

halten; die Scholle, die er noch besitzt, reicht nicht mehr aus, um seine eigene Familie zu ernähren, geschweige denn fremde Arbeitskräfte einzustellen. (Stimme des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Herr Abgeordneter, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die Redezeit Ihrer Fraktion abgelaufen ist. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Schade!)

Abgeordneter Beck: Die Ausführungen, die hier sowohl von dem Herrn Landeshauptmann als auch von den Vertretern der verschiedenen Parteien, vom Zentrum bis zur SPD., gemacht worden sind, zeigen, daß sie den Weg des Bankrotts weiter gehen wollen. Wir aber werden nichts unversucht lassen, die Massen aufzurütteln, um nicht, wie die SPD., mit dem Bürgertum zu marschieren, sondern mit unserer Klasse, um den klassenlosen Staat, die kommunistische Gesellschaftsordnung zu erringen. (Lauter Beifall und Handklatschen bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Ich bitte, auch dortseits nicht zu klatschen.

Damit ist die Besprechung zum Haushaltsplan und zu den damit verbundenen Vorlagen geschlossen.

Ich darf wohl feststellen, daß das Haus in folgendem einmütig ist: den Herrn Landeshauptmann zu ersuchen, in seiner morgigen Verhandlung mit der Reichs- und Staatsregierung mit allem Nachdruck zu betonen, daß der Provinziallandtag der Rheinprovinz von Reich und Staat und auch von der Reichsbank alles erwartet, um die Landesbank als das große öffentliche und in der Vergangenheit bewährte Kreditinstitut der Provinz zu sanieren und wieder zu dem zu machen, was es für unsere Wirtschaft, für unseren Bodenkredit und unsere Kommunalwirtschaft sein muß. (Bravo!) Ich stelle fest, daß das Ihr Wunsch ist und bitte den Herrn Landeshauptmann ausdrücklich namens des Provinziallandtages, diese Erwartung des Provinziallandtages zum Ausdruck zu bringen.

Meine Damen und Herren! Es ist bei mir angefragt worden, ob diejenigen Fraktionen, die in dem Ausschuss für die Fragen der Landesbank an sich nicht

vertreten sind, an diesen Beratungen mit beratender Stimme teilnehmen können. Das ist nach § 10 unserer Geschäftsordnung möglich. Es heißt dort: „Unberücksichtigt gebliebene Fraktionen sind berechtigt, ein Mitglied mit beratender Stimme zu entsenden.“ Also die Gruppen, die Fraktionsstärke haben, sind berechtigt, auch in die Beratungen dieses Ausschusses ein Mitglied mit beratender Stimme zu entsenden.

Dann, meine Damen und Herren, sind eine Reihe Anträge der kommunistischen Fraktion hier eben noch vorgelegt worden. Sie haben zum großen Teil auch dem Provinzialausschuss schon vorgelegen. Ich habe sie durchgesehen und finde, daß die meisten im Provinziallandtage nicht erörtert werden können, weil sie dem § 12 Abs. 2 der Geschäftsordnung nicht entsprechen. In diesem Paragraphen heißt es: „Anträge, die die Bereitstellung größerer Mittel erfordern, als sie in dem vom Provinzialausschuss aufgestellten Voranschlag zum Haushaltsplan vorgesehen sind, müssen gleichzeitig entsprechende Deckungsvorschläge enthalten, die gesetzlich zulässig sind. Anträge, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, dürfen nicht zur Erörterung gestellt werden.“ Ein Teil der Anträge entspricht diesen Voraussetzungen; sie werden den Sachausschüssen überwiesen werden. Im übrigen wird aber der Ältestenrat noch über die Anträge und ihre geschäftliche Behandlung zu befinden haben.

Meine Damen und Herren! Ich bitte dann um die Ermächtigung, für die nächste Sitzung des Plenums am Donnerstag diejenigen Punkte auf die Tagesordnung zu setzen, die in den Sachausschüssen zur Erledigung kommen. Es läßt sich heute noch nicht übersehen, welche das sind. Die meisten werden in den Sachausschüssen selbst erledigt werden können. Ein Teil davon muß nachher noch den Sachausschuss I passieren. Ich bitte, mich also zu ermächtigen, das, was fertig ist, schon auf die nächste Tagesordnung für Donnerstag zu setzen. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Ich darf diese Ermächtigung feststellen und, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, die Sitzung schließen.

(Schluß: 20 Uhr 5 Minuten.)

Dritte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Donnerstag, den 28. April 1932.

(Beginn: 12 Uhr.)

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des V. und II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Auflösung der Heilstätte Fichtenhain und Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes der Anstalt als „Provinzialgut Fichtenhain“.

In Verbindung hiermit: Antrag der SPD-Fraktion auf Wiedereinrichtung der Heilstätte Fichtenhain als Erziehungsheim.

3. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 41 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Besserungswesen

sowie Pflege- und Siechenwesen; hierzu die Unterhaushaltspläne

- a) der Provinzial-Arbeitsanstalt in Brauweiler (Anlage 4);
- b) der Provinzial-Heilstätte in Fichtenhain (Anlage 5).
4. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 44 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Fürsorge für Krüppel; hierzu der Unterhaushaltsplan der orthopädischen Provinzial-Kinderheilstätte in Süchteln (Anlage 6).

In Verbindung hiermit:

Antrag der SPD.-Fraktion auf Beibehaltung der Wirtschaftsführung in der Kinderheilstiftung Söchtern in eigener Regie.

5. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 42 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Fürsorge für Geisteskrante, Idioten und Epileptische; hierzu die Unterhaushaltspäne:

- a) der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten (Anlage 1);
- b) der Provinzial-Kinderanstalt für seelisch Abnorme in Bonn (Anlage 2);
- c) des Provinzial-Psychopathenheimes und Heilerziehungsheimes für Fürsorgezöglinge in Düren (Anlage 3).

6. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 43 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Fürsorge für Taubstumme und Blinde, einschließlich des Bildungswesens; hierzu die Unterhaushaltspäne:

- a) des Provinzial-Taubstummenheims in Guskirchen (Anlage 9);
- b) der Provinzial-Taubstummenanstalten (Anlage 8);
- c) der Provinzial-Blindenunterrichtsanstalten (Anlage 10).

7. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Berichte und Antrage des Provinzialausschusses, betreffend Abänderung des Reglements für die Ausführung des Gesetzes, betreffend die Beschulung blinder und taubstummer Kinder vom 7. August 1911 und für die Verwaltung und Leitung der Provinzial-Taubstummen- und Blindenunterrichtsanstalten der Rheinprovinz.

8. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 47 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Hebammenlehrwesen; hierzu der Unterhaushaltspän der Provinzial-Hebammenlehranstalt und Frauenklinik in Wuppertal (Anlage 11).

9. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 45 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene.

10. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 50 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Wandererfürsorge.

11. Antrag des V. Sachausschusses zu Kapitel 59, Titel 1, 3 und 6 des Haushaltsplans für 1932, betreffend sonstige Fürsorge und Wohlfahrtspflege.

12. Antrag des IV. Sachausschusses zu Kapitel 49 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Fürsorgeerziehung Minderjähriger; hierzu die Unterhaushaltspäne der Provinzial-Erziehungsheime Rheinlahlen, Solingen und Guskirchen (Anlage 7).

In Verbindung hiermit:

- a) Entschließungsantrag des IV. Sachausschusses zu Kapitel 49, Ziffer 1 der Einnahme;
- b) Antrag der SPD.-Fraktion, betreffend Streichung des unter Kapitel 49, Titel 3 eingelegten Betrages von 1200 RM für den Direktor des Provinzial-Erziehungsheimes zu Guskirchen.

13. Antrag des IV. Sachausschusses zu Kapitel 48 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Jugendwohlfahrt (Landesjugendamt).

In Verbindung hiermit:

- a) Antrag der Fraktion „Christlicher Volksdienst und Bauernpartei“, betreffend Bereitstellung

eines Betrages von 20 000 RM aus Kapitel 48, Titel 13 zur Erleichterung der Unterbringung von schulentlassenen Knaben und Mädchen bei Kleinbauern; sowie

- b) Antrag der SPD.-Fraktion, betreffend Wiedereinsetzung eines Betrages von 150 000 RM für Kindererziehung bei Kapitel 48;

- c) Antrag der SPD.-Fraktion auf Streichung der bei Kapitel 48, Titel 12 und 13 vorgesehenen Mittel zur Bekämpfung von Schmutz- und Schundliteratur sowie für Lichtbildwesen.

14. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Betreuung erwerbsloser Jugendlichen.

15. Antrag des IV. Sachausschusses zu Kapitel 49, Titel 2 und 4, sowie zu Kapitel 35, Titel 4 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Fürsorge für kinderreiche Familien.

In Verbindung hiermit:

Antrag der SPD.-Fraktion, betreffend Erhöhung der für kinderreiche Familien in den Etat eingelegten Mittel und Entnahme der erforderlichen Mittel aus Kapitel 63.

16. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Berichte und Antrage des Provinzialausschusses, betreffend den Stand des Ausbaues und der Uebernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung des Provinzialverbandes.

17. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Berichte und Antrage des Provinzialausschusses zu dem Beschlusse des letzten Provinziallandtages, betreffend Bewilligung eines Zuschusses an die Stadt Koblenz zum Bau einer zweiten Moselbrücke in Koblenz.

18. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Abstellung der beim Bau der zweiten Moselbrücke in Koblenz vorhandenen Mißstände.

19. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Vergabung der Straßenbauarbeiten an bestimmte Unternehmer.

20. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Inbetriebsetzung des Provinzial-Bafaltwerkes bei Neustadt/Wied durch die Provinzialverwaltung.

21. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Beseitigung des Verkehrshindernisses durch den Berggrutsch bei Cochem und Vornahme von Sicherungsmaßnahmen.

22. Antrag des VI. Sachausschusses zu Kapitel 61 und 62 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Denkmalpflege und Naturschutz.

In Verbindung hiermit:

Antrag der SPD.-Fraktion, betreffend Streichung sämtlicher im Etat für die Denkmalpflege vorgesehenen Mittel, soweit sie für Kirchen, kirchenähnliche und monarchistische Denkmäler verwandt werden sollen.

23. Antrag des VI. Sachausschusses zu dem Berichte und Antrage des Provinzialausschusses, betreffend Verteilung der unter Abschnitt VI, Kulturpflege, Kapitel 61, Titel 12 des Haushaltsplans für 1932 vorgesehenen Mittel im Betrage von 70 000 RM.

24. Antrag des VI. Sachausschusses zu Kapitel 63 und 64 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Museen

und Heimatpflege; hierzu Unterhaushaltsplan der Provinzial-Museen (Anlage 20).

25. Antrag des VI. Sachausschusses zu Kapitel 65, 66 und 69 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Förderung der Wissenschaft, Volksbildungswesen pp.

In Verbindung hiermit:

- a) Antrag der KPD-Fraktion, betreffend Ueberweisung der in Kapitel 69, Titel 3 für bürgerliche Theater vorgesehenen Mittel an den Bund für neue Volkskunst.
 - b) Antrag der KPD-Fraktion, betreffend Unterstützung der marxistischen Arbeiterschule.
26. Antrag des II. Sachausschusses zu Kapitel 30 des Haushaltsplans für 1932, betreffend landwirtschaftliche Angelegenheiten; hierzu die Unterhaushaltspläne:
- a) Provinzialgut Bylerward (Anlage 17);
 - b) Provinzialdomäne Lammersdorf (Anlage 16);
 - c) Provinzialgut Fichtenhain (Anlage 18);
 - d) Rittergut Desdorf (Anlage 19).

In Verbindung hiermit:

1. Antrag der Fraktion „Christlicher Volksdienst und Bauernpartei“, betreffend Erhöhung des in Kapitel 30, Titel 10 vorgesehenen Betrages von 185 000 RM für Meliorationen, Umlegungen und Wasserleitungen (Wesifonds), falls der Staatszuschuß nachträglich erhöht werden sollte.
 2. Antrag der Fraktion „Christlicher Volksdienst und Bauernpartei“, betreffend Erfassung aller landwirtschaftlichen Betriebe in der Rheinprovinz durch das Rindvieh-Tuberkulosestillungsverfahren.
 3. Entschließung des II. Sachausschusses, betreffend Ausbau der Bestimmungen über den freiwilligen Arbeitsdienst.
 4. Entschließung des II. Sachausschusses, betreffend schonende Behandlung der landwirtschaftlichen Darlehnsnehmer der Landesbank.
 5. Antrag der KPD-Fraktion dahingehend:
 - a) die bei Kapitel 30, Titel 20 a, b und c vorgesehenen Mittel zur Niederschlagung der an Kleinbauern und Kleinwinzer gewährten Darlehen zu verwenden;
 - b) die bei Kapitel 30, Titel 31 bis 34 vorgesehenen Mittel zu Buchzwecken nur an Kleinbauern auszugeben;
 - c) die bei Kapitel 30, Titel 41 bis 43 vorgesehenen Mittel als Zuschüsse an Klein- und Mittelbauern zur Anschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen zu verwenden.
27. Antrag des II. Sachausschusses zu Kapitel 31 des Haushaltsplans für 1932, betreffend landwirtschaftliche Schulen; hierzu die Unterhaushaltspläne:
- a) Provinzial-Lehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier, Kreuznach und Wehrweiler (Anlage 12);
 - b) Landwirtschaftliche Haushaltungsschule in Oelwig (Anlage 14);
 - c) Gemüsebauschule in Trier (Anlage 15);
 - d) Institut für Klimaforschung in Trier (Anlage 13).

In Verbindung hiermit:

Antrag der KPD-Fraktion auf Verwendung der bei Kapitel 31, Titel 10 c und 11 b eingefetzten Mit-

tel zur Niederschlagung der an Kleinwinzer und Kleinlandwirte gegebenen Darlehen.

28. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD-Fraktion, betreffend Niederschlagung der in den letzten Jahren an Kleinbauern und Kleinwinzer gewährten Kredite.
29. Antrag des II. Sachausschusses zu Kapitel 35, Titel 5 des Haushaltsplans für 1932, betreffend landwirtschaftliche und gärtnerische Siedlung.

In Verbindung hiermit:

- Antrag der Fraktion „Christlicher Volksdienst und Bauernpartei“, betreffend Zurverfügungstellung eines Betrages von 20 000 RM aus Kapitel 35, Titel 5 zum Zwecke der Förderung der Anliegersiedlungen im Süden der Rheinprovinz.
30. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Berichte und Antrage des Provinzialausschusses, betreffend die Förderung der ländlichen Ansiedlung.
31. Antrag des II. Sachausschusses zu Kapitel 74 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Verwaltungskosten des Genossenschaftsvorstandes der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft; hierzu Unterhaushaltsplan (Anlage 24).
32. Antrag des II. Sachausschusses zu Kapitel 75 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Viehseuchenentschädigung, Viehvericherung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte, Platz zu nehmen.

Die Niederschriften über die Plenararbeiten am Dienstag liegen auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen.

Als Schriftführer bitte ich für die heutige Sitzung die Herren Abgeordneten Könzgen und Gerhard. Die Wortmeldungen bitte ich hier bei Herrn Könzgen schriftlich einzureichen.

Es ist eingegangen ein Schreiben des Rheinischen Verkehrsverbandes in Bad Godesberg mit der Bitte doch Mittel zur Verfügung zu stellen, um die durch den Bergsturz bei Cochem gesperrte und für lange Zeit gefährdete Moselstraße wieder instandzusetzen. Dieser Punkt steht auf der Tagesordnung. Ich bitte, diese Eingabe mit den übrigen Vorlagen in derselben Angelegenheit zu verbinden.

Dann sind eine Reihe von Anträgen der kommunistischen Fraktion noch eingegangen, die zunächst dem Provinzialausschuß zugehen müssen und, soweit sie zur Erörterung gestellt werden können, dann an die Sachausschüsse überwiesen werden.

Das Verzeichnis der Ausschüsse ist Ihnen zugegangen.

Zur geschäftlichen Behandlung empfiehlt Ihnen der Ältestenrat einstimmig, die zusammenhängenden Punkte der heutigen Tagesordnung zusammenzufassen und gleichzeitig eine Längstrededauer festzusetzen.

Er empfiehlt Ihnen, die Punkte 2 und 3 zusammenzufassen — ich bitte, das zu notieren — mit einer Höchstrededauer für jede Fraktion von 5 Minuten, die Punkte 4 bis 11 mit einer Höchstrededauer von 15 Minuten, den Punkt 12 für sich zu behandeln — Redezeit höchstens 10 Minuten —, die Punkte 13 bis 15 zusammenzufassen — Redezeit 10 Minuten —, die Punkte 16 bis 21 zusammenzufassen — Redezeit 10 Minuten —, die Punkte 22 bis 25 zusammenzufassen — Redezeit 10 Minuten —, die Punkte 26 bis Schluß (Nr. 32 einschließlich) zusammenzufassen — Redezeit 15 Minuten.

Dabei wird unter Nr. 23 der Tagesordnung die Biffer 4: Entschliebung des II. Sachausschusses, betreffend schonende Behandlung der landwirtschaftlichen Darlehnsnehmer der Landesbank, abgesetzt, weil die Stellungnahme des Provinzialausschusses und des I. Sachausschusses noch abzuwarten ist. Irrtümlich ist hier Herr von Stedman als Berichterstatter benannt worden. Er hat mir mitgeteilt, daß er bitten müsse, von seiner Person als Berichterstatter Abstand zu nehmen.

Das Plenum wird heute bis 3½ Uhr tagen. Um 3½ Uhr wird der Landesbankauschuß zusammentreten. Ich hoffe, daß wir die ganze Tagesordnung von heute bis dahin erledigen werden. Sollte noch etwas übrigbleiben, so würde das auf morgen übergehen.

Der Ältestenausschuß schlägt Ihnen in Abweichung von den bisherigen Vorschlägen vor, morgen vormittag um 9 Uhr zunächst den Landesbankauschuß zu einer zweiten Sitzung, soweit das erforderlich sein sollte, zusammentreten zu lassen. Dann sollen ab 10 Uhr die Fraktionen tagen, um 12 Uhr der Sachauschuß I — wenn ich dem Herrn Vorsitzenden des Sachauschusses diesen Wunsch des Ältestenrats übermitteln darf — und um 3 Uhr dann die Plenarsitzung, in welcher alles erledigt werden soll, mit Ausnahme der Fragen der Landesbank.

Am Sonnabend zu einer noch festzusetzenden Zeit würde dann die Schlußsitzung stattfinden. Auf der Tagesordnung dieser Schlußsitzung würde lediglich die Frage der Landesbank stehen. Wahrscheinlich wird der Landtag dann nicht geschlossen werden, sondern sich vertagen, um endgültig zu den Fragen der Landesbank und endgültig zu den Fragen der erhöhten Nachtragsumlage Stellung zu nehmen, wenn die Berliner Verhandlungen über die Landesbank zum Abschluß gekommen sind. Es würde also nicht eine Schließung, sondern eine Vertagung des Landtages erfolgen.

Auch der Sachauschuß II muß morgen noch einmal zusammentreten. Der Herr Vorsitzende läßt mich bitten, die Mitglieder dieses Sachauschusses auf morgen mittag, ebenfalls 12 Uhr, zu bitten.

Ich mache darauf aufmerksam, daß nach einer Notiz in der Einladung für heute diejenigen Punkte, für die nach Ablauf einer Stunde nach Beginn der Sitzung keine Wortmeldungen vorliegen, außer der Reihe zur Beschlußfassung gestellt werden können.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein und kommen zu Punkt 2 und 3:

Antrag des V. und II. Sachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Auflösung der Heilstätte Fichtenhain und Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes der Anstalt als „Provinzialgut Fichtenhain“. In Verbindung hiermit:

Antrag der SPD-Fraktion auf Wiedereinrichtung der Heilstätte Fichtenhain als Erziehungsheim.

Antrag des V. Sachauschusses zu Kapitel 41 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Besserungswesen sowie Pflege- und Siechenwesen. Hierzu die Unterhaushaltspläne der Provinzial-Arbeitsanstalt in Brauweiler und der Provinzial-Heilstätte in Fichtenhain.

Zu Punkt 2 ist Berichterstatterin Fräulein Timmermans, der ich das Wort gebe.

Abgeordnete Fräulein Timmermans: Der V. Sachauschuß schlägt Ihnen vor, die Anträge des

Provinzialausschusses mit Bezug auf die Auflösung der Heilstätte Fichtenhain anzunehmen, mit folgender Begründung:

Die Heilstätte Fichtenhain war ursprünglich eine Fürsorgeerziehungsanstalt für männliche Fürsorgezöglinge. Vor zwei Jahren schon sah sich der Provinzialauschuß genötigt, für diese Anstalt noch andere Fürsorgemöglichkeiten zu suchen, weil die Zahl der männlichen Fürsorgezöglinge stark zurückging. So wurde nach Fichtenhain eine Abteilung für leicht Geisteskrante gelegt und eine Abteilung für Trinker. Heute ist die Situation so, daß die Abteilung für leicht Geisteskrante nur noch eine geringe Belegung aufweist. Weil die Städte nicht mehr in der Lage sind, die hohen Kosten dafür zu zahlen, und weil die noch verbleibenden Kranken in andere Provinzialanstalten übergeführt werden, ist damit die Belegung in Fichtenhain nicht mehr notwendig und möglich.

Bei der Belegung durch Trinker ist die Situation so, daß die Bezahlung für solche Kranke eine Kannenaufgabe der Fürsorgeverbände war. Zu dieser Kannenaufgabe fehlen ihnen heute die Mittel, und darum auch heute nicht die notwendige Ueberweisung.

Es bleibt damit der Provinz keine andere Möglichkeit, als die beiden Aufgaben aufzugeben und sich dort nur noch auf die Bewirtschaftung des Provinzialgutes Fichtenhain zu beschränken, das heute noch mit männlichen Fürsorgezöglingen belegt ist. Diese Belegung soll bleiben, soweit es möglich ist, und zwar deswegen, weil die Einführung in die Landwirtschaft für männliche schulentlassene Fürsorgezöglinge von großer Bedeutung ist, da dies die leichteste und sicherste Ueberführung in später normale landwirtschaftliche Betriebe für diese jungen Menschen ist.

Der Antrag der Kommunisten ist insofern undurchführbar, als einmal die Zöglinge fehlen — und sie wollen, es soll aus der ganzen Anstalt wieder eine Fürsorgeerziehungsanstalt werden —, im übrigen für die bestehenden anderen Anstalten heute ebenfalls keine genügende Belegschaft da ist und wir keinen Grund einsehen, weshalb wir den wenigen privaten Anstalten, die männliche Fürsorgezöglinge haben sollten, die Zöglinge entziehen sollen, um nun mit einem verteuerten Pflegesatz eine Anstalt, die nicht voll belegt ist, zu belegen. Wir müssen also den Antrag der Kommunisten in bezug auf diese Materie abweisen.

Zu den anderen Anträgen (Brauweiler), die Sie in Anlage 4 und 5 finden, bittet der V. Sachauschuß, sich nur hinter die Verwaltung und die Vorschläge des Provinzialausschusses zu stellen. Wir bitten Sie deshalb, die ganze Materie von 1—5, so wie sie in Vorschlag gebracht ist, anzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Mitberichterstatter, Herr Dr. Gilles.

Abgeordneter Dr. Gilles: Meine Damen und Herren, der II. Sachauschuß hat sich der Stellungnahme des V. Sachauschusses angeschlossen und bittet um Annahme der Vorlage der Verwaltung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wünscht Fräulein Timmermans als Berichterstatterin noch zu Punkt 3 das Wort? (Ruf der Abgeordneten Fräulein Timmermans: Das habe ich alles einbezogen!) Das ist also auch erledigt.

Zu Punkt 2 und 3 hat das Wort Herr Abgeordneter Streb.

Abgeordneter Streb: Wir haben den Antrag auf Auflösung der Heilstätte Fichtenhain dahin abgeändert, daß die Anstalt wieder ihrem ursprünglichen Zweck als Provinzial-Erziehungsanstalt zugeführt werden soll, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir nicht einsehen können, daß, obwohl die Anstalt aufgehoben und in eine Privatanstalt übergeführt werden soll, noch ein Zuschuß von 100 000 RM zu zahlen ist. Wir stehen schon auf dem Standpunkt, daß, wenn diese Anstalt Erziehungsanstalt bleibt, was wir nicht für nötig erachten, dann soll sie Provinzial-Erziehungsanstalt bleiben, damit wir auch Gelegenheit haben, die Anstalt zu besuchen. Es ist ja in Wirklichkeit so, daß man heute in der Provinz, wo Erwerbslose sich wehren, unter Tarif zu arbeiten, Urteile fällt, die jeder Beschreibung spotten, wie z. B. in Braunweiler eins gegen einen Erwerbslosen erging, der nicht unter den tariflichen Verhältnissen arbeiten wollte und vom Bezirksausschuß zu einem Jahr Zwangsarbeit verurteilt wurde. So macht man es heute in der Provinz und in den Gemeinden. Wo Arbeiter, die erwerbslos sind, sich von den Privatkapitalisten nicht ausbeuten lassen, werden sie vom Bezirksausschuß zu einem Jahr Zwangsarbeit verurteilt und nach Braunweiler geschickt. Wenn auch diese Anstalt in Privathände überginge, wäre uns nicht mehr die Möglichkeit gegeben, diese Anstalt zu besuchen. Es ist uns sowieso schon die Möglichkeit beschnitten, alle Erziehungsanstalten, auch Braunweiler, dann zu besuchen, wenn wir es wollen. Wir müssen zuerst anfragen, ob uns ein Besuch gestattet wird. Wir stellen hier erneut den Antrag, daß jedem Provinziallandtagsabgeordneten ein Ausweis gegeben wird, damit er zu jeder Zeit unangemeldet die Anstalten besuchen kann. Es ist in Wirklichkeit so, daß in den Fürsorgeerziehungsanstalten in der letzten Zeit Fälle vorkommen, die jeder Beschreibung spotten. Wir stellen, wie gesagt, erneut den Antrag, daß jedem Abgeordneten ein Ausweis gegeben wird, mit dem er die Anstalten besuchen kann, wann und wie er will, nicht erst nach Voranmeldung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Ausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen. Damit ist der Antrag der KPD. abgelehnt.

Wir kommen zu den Punkten 4 bis 11. Redezeit 15 Minuten.

Das Wort hat als Berichterstatterin zunächst Fräulein Timmermans.

Abgeordnete Fräulein Timmermans: Der V. Sachausschuß schlägt Ihnen auch zu diesem Kapitel unveränderte Annahme des Vorschlages des Provinzialausschusses vor.

Ich glaube, es braucht zu dem Krüppelheim nur noch gesagt zu werden, daß alle, die die Anstalt irgendwann einmal besichtigt haben, der Provinz zu Dank verpflichtet sind, daß sie eine solch vorbildliche Anstalt für die vielen armen jungen Menschen geschaffen hat, die dort Heilung suchen und zu 98 Prozent bzw. 96 Prozent dort auch Heilung finden.

Wir haben mit einem Ausschuß die Anstalt besichtigt und sind erstaunt gewesen, eine solch neuzeitliche hervorragende Behandlung der vielen jugendlichen Krüppel konstataieren zu können und uns selber von dem Erfolg zu überzeugen, der in dieser Anstalt erzielt wird. Ich möchte auch im Auftrage des Kreises, der die Anstalt besichtigt hat, der Provinz danken für die Tat, die sie mit der Schaffung dieser Anstalt geleistet hat.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat zu Punkt 5 Herr Abgeordneter Sickmann als Berichterstatter.

Abgeordneter Sickmann: Meine Damen und Herren! Der Etat der Fürsorge für Geisteskranke sieht bei den Einnahmen eine Ermäßigung von 29 Millionen im Vorjahre auf 22,6 Millionen in diesem Jahre, also eine Minderung um rund $4\frac{1}{2}$ Millionen RM vor. Hauptsächlich ist diese Minderung bedingt durch die Herabsetzung des seitens der Fürsorgeverbände zu zahlenden Pflegegeldes. Die Ausgaben sind gesenkt von 33,9 Millionen im Vorjahre auf 25,9 Millionen in diesem Jahre, also um rund 8 Millionen. Möglich war diese Senkung nur einmal durch ein langsames Absinken der Zahl der anstaltspflegebedürftigen Kranken und dann durch die Verbilligung in der Wirtschaftsführung der Anstalten, durch die Senkung der Preise, der Gehälter und Löhne, der Kosten für Ernährung und Bekleidung, für Wäsche und auch durch sonstige Sparmaßnahmen. Die Kommission hat sich überzeugt, daß durch diese Sparmaßnahmen keine Verschlechterung in der Verpflegung der Kranken eintreten wird.

Der V. Sachausschuß empfiehlt daher die unveränderte Annahme der Vorlage.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu Punkt 6 und 7 Herr Abgeordneter Kuhnen als Berichterstatter.

Abgeordneter Kuhnen: Zu Kapitel 43 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Fürsorge für Taubstumme und Blinde einschließlich des Bildungswesens und der Haushaltspläne des Provinzial-Taubstummenheims in Guskirchen, der Provinzial-Taubstummenanstalten und der Provinzial-Blindenunterrichtsanstalten schlägt der V. Sachausschuß unveränderte Annahme vor.

Im V. Sachausschuß ist aber noch einmal eindringlich die Rede gewesen von der Vorlage, die uns im vorigen Provinziallandtag wegen des Baues der Taubstummenanstalt in Aachen beschäftigt hat. Wir wissen ja, aus der Angelegenheit ist bis jetzt nichts geworden, und es wird wohl auch leider in den nächsten Monaten daran noch nicht zu denken sein. Aber der V. Sachausschuß möchte nicht unterlassen, den Herrn Landeshauptmann zu bitten, sobald die Mittel zur Verfügung stehen — so war es auch in der Vorlage im vorigen Jahre vorgesehen —, mit dem Bau zu beginnen, aus dem einfachen Grunde, weil es eine so dringliche oder vordringliche Aufgabe ist.

Zu Punkt 7 schlägt der V. Sachausschuß unveränderte Annahme der Vorlage des Provinzialausschusses vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zu Nr. 8 hat als Berichterstatterin die Abgeordnete Frau Neben Du Mont.

Abgeordnete Frau Neben Du Mont: Der V. Sachausschuß schlägt Ihnen die unveränderte Annahme des Haushaltsplanes, betreffend das Hebammen-

lehrwesen, mit dem Unterhaushaltsplan der Provinzial-Hebammenlehranstalt und der Frauenklinik in Wuppertal vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zu Punkt 9 hat als Berichterstatter Herr Abgeordneter Büchsen-schütz, der offenbar verzichtet.

Das Wort zu Punkt 10 und 11 hat als Bericht-erstatter Herr Abgeordneter Hülsenbeck.

Abgeordneter Hülsenbeck: Der V. Sachausschuß empfiehlt dem Plenum die Annahme des Haushalts-plans für 1932 zu Kapitel 50, ebenso zu Kapitel 59, Titel 1, 3 und 6.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wir kommen zur Be-sprechung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Wegen der beschränkten Redezeit will ich mich darauf abstellen, nur zwei Punkte aus diesem Sammelsurium, das hier wild zusammen-geworfen ist, zu besprechen.

Zunächst die Frage, die in unserem Antrage Druck-sache 40 angeschnitten ist, der lautet:

„Die Wirtschaftsführung in der Kinderheilstalt Süchteln wird in eigener Regie beibehalten. Die im Etat als Pauschalvergütung an die Ordensgenossen-schaft eingesezte Summe von 276 696 RM. wird ge-strichen.“

Wir gehen dabei von dem Gedanken aus, daß es Aufgabe der Provinz sein muß, diese provinzialeigene Anstalt auch mit eigenem, selbständigem, allein der Provinz unterstelltem und von der Provinz eingeseztem Personal zu versehen. Wir stellen auch weiter deshalb diesen Antrag, weil wir endlich einmal Schluß gemacht wissen wollen mit dieser versteckten Subventionierung caritativer konfessioneller Organisationen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Ich gehe dann ein auf Punkt 9: Antrag des IV. Sachausschusses zu Kapitel 45 des Haushalts Kriegs-opferfürsorge.

Da hat sich der Herr Berichterstatter die Sache sehr leicht gemacht: Der Herr Berichterstatter verzichtet auf's Wort. Das ist im heutigen Deutschland nach vier Notverordnungen auch gut zu verstehen, namentlich hier in der Rheinprovinz, die an erster Stelle Grund und Ursache hätte, den Kriegshelden, von denen Sie bei Einweihung von Denkmälern so gern reden, einen besonderen Dank abzustatten. Die Rheinprovinz ist es in allererster Linie gewesen, die durch das Sterben und Bluten der proletarischen Frontsoldaten davor bewahrt worden ist, dieselben Verwüstungen mitzu-erleben, wie sie z. B. Ostpreußen betroffen haben. In der früheren Session hat man gnädigst für die Be-handlung dieser Materie ganze 5 Minuten zur Ver-fügung gestellt. Die deutschen Kriegsoffer, denen man seinerzeit, als wir noch als Kriegsteilnehmer an der Front stehen mußten, vielfach in den glühendsten Phrasen den Dank des Vaterlandes entgegengerufen hat, haben in der heutigen sozialen Republik mit vollster Zustimmung aller bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, eine Behandlung erfahren, die den Versprechungen während des Krieges direkt ins Gesicht schlägt. Ich stelle ausdrücklich fest, daß es als erster ein Sozialdemokrat der Nachkriegszeit gewagt hat, an dem Etat der Kriegsofferversorgung Abstriche zu machen. Das war der sozialdemokratische Reichs-

arbeitsminister Wiffell, der im Kabinett Müller im Jahre 1929 bei der Aufstellung des Reichsetats einen Betrag von 109 Millionen glatt gestrichen hat. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Die Fortsetzung war der Abbau durch den jetzigen Reichskanzler Brüning in vier Notverordnungen. Diese Notverordnungen sind geboren aus dem Geist des sozial-reaktionären Kurses, der in Deutschland bereits unter der Müller-Regierung Mode geworden ist. Kein anderer als der jetzige Reichs-arbeitsminister, der Zentrumsmann Stegerwald, hat seinem Vorgänger in öffentlicher Reichstags-sitzung quittiert, daß die Verschlechterungen in der Sozial-gesetzgebung, besonders die Abbaumaßnahmen auf dem Gebiete der Kriegsofferversorgung und der Kranken-versicherung, in dem Büro seines Amtsvorgängers fertig vorbereitet gelegen haben, als dieser das Regime an seinen Nachfolger im Jahre 1930 abgab. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Wir stellen also hier vor der Öffentlichkeit fest, daß der Brüning-Kurs der sozialen Reaktion vorbereitet und eingeleitet wurde durch den Sozialdemokraten Müller und den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wiffell. Vier Notverordnungen sind über die deutschen Kriegsoffer hinweggegangen. In keiner dieser Notverordnungen sind sie verschont geblieben. Die Notverordnungen haben nicht nur das materielle Recht der Kriegsoffer insofern getroffen, als sie deren Bezüge, die Renten, abgebaut haben, sondern daneben ist auch das Verfahrensrecht, nach dem die Durchführung der Rentenstreitverfahren der Kriegs-opfer geregelt ist, wesentlich beschnitten worden. So gibt es jetzt kaum noch eine Möglichkeit, das Rekurs-verfahren bei der Durchfechtung von Kriegererkern-klagen z. B. in Anwendung zu bringen.

Aber nun Tatsachen dazu. In diesem Etat, der hier ohne Diskussion angenommen werden sollte, stellen wir fest, daß die wichtigsten sozialen Positionen ungeheuerlich abgedrosselt worden sind. Ich erinnere dabei in erster Linie an die Positionen, die der Gesundheitspflege und der Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen und die Kinder zugute kommen. Wir haben in der vierten Notverordnung erlebt, daß bei der Krankenversicherung z. B. alle Mehrleistungen der Krankenkassen abgebaut worden sind. Wir haben also den Zustand, daß die Familienmitglieder der versicherten Kriegsbeschädigten nur noch Anspruch auf die nackte generelle Pflicht-leistung der Krankenkassen haben. In den Fürsorge-stellen der Gemeinden ist der Zustand folgendermaßen: Wenn ein Kriegsbeschädigter für seine Familien-angehörigen Heilbehandlung benötigt, dann muß er die Kosten dafür größtenteils oder in einigen Gemeinden sogar restlos dadurch bezahlen, daß er auf einen Teil seiner Zusatzrente zu verzichten hat. Wir haben im sozialen Deutschland, trotzdem alle Kriegsofferorganisa-tionen sich seit Jahr und Tag diese Forderung zu eigen gemacht haben, heute noch keine gesetzliche Rege-lung der Heilbehandlung für die Kriegshinterbliebenen.

Ich stelle weiter fest: Bei dem Problem Erziehungs-beihilfe, der großen Errungenschaft der Müller-Regierung und des Reichsarbeitsministers Wiffell, er-folgte im Jahre 1930 der erste große Abbau, dann ging der Abbau weiter bis zu dem heutigen Niveau. Von einer wirklichen Erziehungsbeihilfe kann man faktisch nicht mehr sprechen. Die wenigen Etatsmittel, die noch vorhanden sind, reichen nicht aus, um auch nur einen

Bruchteil der Anträge, die alljährlich im Frühjahr eingehen, zu erledigen.

Darüber hinaus muß einmal gesagt werden, daß die örtlichen Fürsorgestellen ihre Nebenleistungen für die Kriegsbeschädigten und die Kriegerwitwen abgebaut haben auf den Nichtsatz, der in der sogenannten gehobenen Fürsorge gegeben wird. Diese gehobene Fürsorge ist ja in ihrer Höhe auch durch die vierte Notverordnung wieder attackiert worden. Bisher war ja die Regelung so, daß die Gemeinden verpflichtet waren, diesem Personenkreis neben der allgemeinen Fürsorge 25 Prozent Zuschuß zu gewähren. Wir haben nun in Essen z. B. erlebt, daß, als in der zweiten Notverordnung die Kriegsofferbezüge in ihrer materiellen Höhe abgebaut wurden, das Wohlfahrtsamt der Stadt Essen dazu überging, den Ausgleich zwischen dem wirklichen Einkommen des Kriegsbeschädigten und dem sogenannten Ortsarmenrichtsatz in der gehobenen Fürsorge nicht zur Auszahlung zu bringen. Wir haben im Rheinland hier kaum eine Stadt, die dem Leichtkriegsbeschädigten den gesetzlichen Anspruch auf gehobene Fürsorge noch bewilligt. Ich denke hierbei in erster Linie an die Stadt Kemscheid, dessen Oberbürgermeister ja auch in diesem Hause sitzt.

Wir haben auf allen Gebieten der Kriegsofferversorgung oben und unten einen systematischen Abbau. (Zuruf der Abgeordneten Frau Esser: Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß!) Ja, das ist der Dank des Vaterlandes.

Das steht in einem großen Widerspruch zu der Behandlung einer anderen Art von Kriegsteilnehmern, der Kriegsteilnehmer, die die Ehre gehabt haben, bei hoher Löhnung den Krieg in der Steppe mitzumachen. Denen zahlt man heute noch unverschämt hohe Pensionen.

Ich möchte diese Tagung nicht vorübergehen lassen, ohne an ein Wort des Herrn Reichspräsidenten Hindenburg zu erinnern, der ja vor wenigen Wochen wiedergewählt wurde durch die Einheitsfront aller Faschisten, von den Sozialfaschisten bis zu den Stahlhelmern Eugenbergs, von denen auch ein Teil bei der letzten Abstimmung sich sichtlich für den Kandidaten Hindenburg entschieden hat. Ich möchte nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß dieser Kandidat Hindenburg einmal während des Krieges gesagt hat: Mir bekommt der Krieg wie eine Badetur. Nun, uns, den Kriegsbeschädigten, den Opfern des Krieges, den proletarischen Kriegerwitwen und Waisen ist der Krieg und die Auswirkungen des Krieges bestimmt nicht bekommen wie eine Badetur. Sie leben heute im „sozialen“ Deutschland in einer Not, die kaum noch zu überbieten ist.

Wenn wir hier fordern, daß die Provinzmittel dementsprechend erhöht werden, tun wir es bestimmt nicht in der Hoffnung, daß sich in dieser Provinz doch noch Kreise finden, die sich in etwa verpflichtet fühlen, dieser Not Rechnung zu tragen.

Sie haben alle wichtigen sozialen Positionen in diesem Kapitel abgebaut. Wir verlangen nicht nur eine Wiederherstellung der früheren Summen, sondern darüber hinaus, daß der Abbau, den das Reich durchgeführt hat, durch die Provinz übernommen wird, sei es auch durch eine Erhöhung der Provinzialumlage. Wir haben unsere Anträge zu diesem Punkte eingereicht.

Sie sind leider noch nicht im Sachausschuß besprochen worden. Wir waren uns aber auch von vornherein darüber klar, daß in diesem Gremium niemand, außer der Kommunistischen Partei, sich finden wird, der diesen berechtigten und notwendigen Anträgen zugunsten der deutschen Kriegsoffer zustimmen wird. Wenn wir an Sie appellieren, tun wir es nur, um den Widerspruch in Ihrer Haltung und Ihrem praktischen Verfahren aufzuzeigen. Draußen benutzen Sie jede Gelegenheit, um immer wieder den Schwindel aufzuwärmen, daß Sie den Kriegsoffern gegenüber eine gewisse Dankespflicht zu erfüllen haben und sie auch üben. Hier, wo es darauf ankommt, diese Dankespflicht praktisch durch materielle Zuwendungen sich auswirken zu lassen, machen Sie die Einheitsfront des Hungers, die Brüning im Reich anführt, unten auch mit. Ich stelle also fest: Wenn die deutschen Kriegsbeschädigten, die Kriegerwitwen und Waisen im „sozialen“ Deutschland hungern müssen, so ist das zurückzuführen auf die einseitliche Politik aller Volksausbeuter und Volksverderber. Auf dem rechten Flügel dieser Front stehen die Leute um Brüning herum, einschließlich Hitler, der hier auch erwähnt werden muß, dessen Heilmittel für die Kriegsbeschädigten darin besteht, daß er ihnen im Wahlkampf Unterbringung in der Arbeitspflicht versprochen hat. Auf dem linken Flügel der Front stehen die Sozialdemokraten. Eine Front der Ausbeuter und Volksverderber! Die deutschen Kriegsoffer werden eines schönen Tages restlos begreifen, was sie ihnen verdanken, daß sie nicht nur während des Krieges ihre Opfer geworden sind, sondern daß dieselben Kräfte, dieselben Parteien, dieselben Gruppen, die sie in das Elend des Krieges hineingejagt haben, heute alle Opfer des Krieges restlos im Elend untergehen lassen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Carl.

Abgeordneter Dr. Carl: Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte vor diesem Hause doch feststellen, daß der Abgeordnete der KPD, der soeben geredet hat, offenbar mehr Wert darauf legt, vor dem ganzen hohen Hause zu reden als in dem Sachausschuß. Seine Kollegen aus derselben Partei im Sachausschuß V haben gestern auf die Vorlage nichts erwidert. Der Berichterstatter, Herr Büchsenhuth, ist im Hause nicht anwesend, so daß er auch auf die Angriffe des Vertreters der Kommunistischen Partei nicht erwidern kann.

Die Schlußfolgerung aus diesem Verhalten stelle ich dem hohen Hause anheim. (Zuruf des Abgeordneten Noth: Darum geben wir auch was!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Landesrat Gerlach.

Landesrat Gerlach: Meine Damen und Herren! Herr Kenner hat einen großen Teil seiner Ausführungen dazu verwandt, um über die Reichspolitik zur Kriegsbeschädigtenfürsorge und über Maßnahmen der Bezirksfürsorgeverbände zu reden. Darüber kann ich hier selbstverständlich nichts sagen, denn das gehört nicht zur Zuständigkeit der Provinzialverwaltung.

So weit er sich mit den gekürzten Positionen des Stats beschäftigt hat, möchte ich nur eins konstatieren:

Nach einer Umfrage, die ich als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der deutschen Hauptfürsorge-

stellen soeben abgeschlossen habe, steht die Rheinprovinz, die sich voll bemüht ist, welche Verpflichtungen sie gegenüber den Kriegsoffern hat, mit ihren Ausgaben auch im diesjährigen Haushaltsplan sowohl hinsichtlich der relativen wie auch der absoluten Ziffern an der Spitze aller deutschen Hauptfürsorgestellen. (Zuruf des Abgeordneten Kenner: Das kann leider im Augenblick hier nicht nachgeprüft werden, das wird sich aber auch hinterher als Schwindel erweisen!)

Soweit Herr Kenner einzelne Positionen beanstandet hat, ist er leider nicht immer mit der notwendigen Sachkenntnis an die Dinge herangegangen. Wenn er beispielsweise von der Kindergesundheitsfürsorge spricht, so darf ich vielleicht darauf aufmerksam machen, daß die Kindergesundheitsfürsorge sich auf Kinder vom 6. bis 14. Lebensjahr erstreckt. Herrn Kenner dürfte nicht ganz unbekannt sein, daß die 8 Jahrgänge Kriegswaisen, die hier 6 bis 14 Jahre alt wären, in diesem Jahr bis auf einen Jahrgang aus der Zahl derjenigen herausgewachsen sind, die für die Kinderausendung noch in Frage kommen können. Das jüngste Kriegskind muß im Jahre 1919 geboren sein, muß also im Jahre 1932 14 Jahre alt sein. Wenn also die Kriegswaisen heranwachsen, so ist es naturnotwendig, daß auch die aufzuwendenden Mittel hier eine Einschränkung erfahren.

Ich glaube, was sachlich zu den Ausführungen des Herrn Kenner zu sagen war, habe ich damit erledigt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Besprechung ist geschlossen. (Zuruf des Abgeordneten Kenner: Ich bitte noch ums Wort!) Ich hatte aber die Besprechung schon geschlossen. (Zuruf des Abgeordneten Kenner: Ich habe noch 5 Minuten Redezeit!) Sie haben noch 2 Minuten.

Abgeordneter Kenner: Ich freue mich, daß der Herr Landesrat Gerlach „festgestellt“ hat, daß die Kritik, die ich an den Etatskapiteln geübt habe, „zum Teil von mangelhafter Sachkenntnis ausgeht“. (Sehr richtig! rechts.) Nun, Herr Gerlach, ich glaube, daß darüber die Kriegsoffener in Rheinland etwas anderer Meinung sind als Sie. Meine Sachkenntnis unterscheidet sich allerdings wesentlich von der Sachkenntnis, über die Sie verfügen. (Landesrat Gerlach: Sehr richtig!) Ihre Sachkenntnis benutzen Sie, um im Dienste der Bourgeoisie all die Abbaumaßnahmen durchzuführen, die der Brüning-Severing-Horion-Kurs hier im Rheinland erforderlich macht. Meine Sachkenntnis gilt dem einen Ziel, alles mobil zu machen gegen Ihren Hungertums, den Sie hier als letztes, unterstes Glied in der Provinz durchführen.

Gerade zur sachlichen Richtigkeit möchte ich hier vor der Öffentlichkeit noch auf einige Tatsachen hinweisen: Die Etatsposition Allgemeine Fürsorge ist von 100 000 auf 60 000 RM abgedrosselt, auch die Position Gesundheitsfürsorge ist vom vorigen Jahre auf dieses Jahr von 250 000 auf 70 000 RM abgedrosselt worden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Herr Gerlach hat versucht, hier die Situation so darzustellen, als ob auf Gesundheitsfürsorge nach irgendeiner gesetzlichen Bestimmung nur das Kriegswaisenkind bis zum 14. Lebensjahr Anspruch hat. Er soll sich vor allen Dingen auch der Tatsache erinnern, daß unter den schulentlassenen Kindern, die zum Teil die Kriegs- und ersten Nachkriegsauswirkungen noch

als kleine Kinder mitgemacht haben, das Elend und die gesundheitliche Not genau so groß sind wie bei den Kriegerkindern, die in den letzten Jahren des Krieges oder in der ersten Nachkriegszeit geboren sind.

Ich stelle also fest: Hier ist jede Position, die einem sozialen Zwecke dient, ungeheuerlich abgedrosselt worden.

Ich will und wollte nur beweisen, daß der Kurs der 100prozentigen sozialen Reaktion dem Einheitskurs entspricht, den Brüning im Reich, Severing in Preußen und Herr Horion, der gute, brave Zentrumsmann, in der Rheinprovinz durchführt und den unsere Oberbürgermeister und Bürgermeister mitmachen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Ruhnen.

Abgeordneter Ruhnen: Meine Damen und Herren! Wir sind es bei diesem Etatspunkt seit Jahren gewohnt, daß Herr Abgeordneter Kenner es nicht unterlassen kann, persönliche Angriffe immer wieder, auch auf die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, loszulassen. Er hat es sich auch heute morgen wieder nicht verkneifen können. In der gestrigen Sitzung des V. Sachausschusses war Herr Kenner Gott sei Dank nicht anwesend. Sonst hätten wir das auch da über uns ergehen lassen müssen. Soweit aber der Herr Kenner die Unverschämtheit besessen hat, unseren Parteigenossen, den verstorbenen Herrn Reichskanzler Müller hier anzugreifen (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Herr Abgeordneter Ruhnen, wenn ich richtig verstanden habe, haben Sie einem Abgeordneten soeben den Vorwurf der Unverschämtheit gemacht. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Zuruf des Abgeordneten Kenner: Mich hat das gar nicht getroffen, der kann sagen, was er will!)

Abgeordneter Ruhnen (fortfahrend): Soweit er sich herausgenommen hat, hier derartige Ausführungen zu machen und in Verbindung damit von Schwindel, Ausbeutern, Volksverderbern und Volksbetrügnern zu sprechen, weise ich das namens meiner Fraktion in der entschiedensten Weise zurück. (Zuruf des Abgeordneten Kenner: Wenn Sie bloß die Politik änderten, das wäre besser!) Für die Kriegsoffener, meine Damen und Herren, ist der Sozialdemokratischen Partei, ist unserer Fraktion nicht nur hier, sondern auch im Reichs- und in den Länderparlamenten nichts zuviel gewesen. Von keiner Fraktion, am allerwenigsten von der kommunistischen, lassen wir uns darin irgendetwas vormachen. Wir lehnen es aber ab, die Kriegsoffener als Mittel zum Zweck vor den Agitationskarren spannen zu lassen. (Zuruf des Abgeordneten Kenner: Notverordnung mit Zustimmung der Sozialdemokraten!)

Im übrigen hat Herr Kenner eine Reihe von Anträgen angekündigt, die hier noch nicht vorliegen. Darauf werden wir zu geeigneter Zeit während der Tagung wohl noch zurückkommen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Besprechung ist geschlossen. (Abgeordneter Kenner macht noch Zurufe zu den Sozialdemokraten.) — Herr Kenner, Sie haben jetzt das Wort nicht mehr.

Getrennte Abstimmung ist nicht beantragt worden. Ich bitte diejenigen, die für die Anträge der Sach-

ausschüsse und des Provinzialausschusses zu den Punkten 4 bis 11 sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Die Anträge sind angenommen.

Wir kommen zu Punkt 12 der Tagesordnung.

Berichterstatterin ist die Abgeordnete Frau Blumberg.

Abgeordnete Frau Blumberg: Mit Dank für die Beamteten und Angestellten der Fürsorgeerziehungsbehörde muß festgestellt werden, daß die Leistungen der Provinz die Anerkennung des Sachausschusses in vollem Umfange fanden, der den Ausführungen der Verwaltung mit großem Interesse folgte und sich der ernststen Sorge der Verwaltung um die Gefährdung der Erfolge ihrer Arbeit in der nahen Zukunft durch die Verminderung des Staatszuschusses um beinahe 2 Millionen voll anschloß. Er empfiehlt Ihnen daher, die in der Drucksache Nr. 48 niedergelegte Entschliebung des Sachausschusses zu der Ihrigen zu machen.

Den Antrag der Kommunistischen Partei auf Streichung der besonderen Zulage an den Direktor von Euskirchen als Landespsychiater empfiehlt der Ausschuß abzulehnen, da er sich durch die Ausführungen der Verwaltung von der Berechtigung dieser Zulage überzeugt hat.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kurth.

Abgeordneter Kurth: Meine Damen und Herren! Wir stehen infolge der Finanzlage der Rheinprovinz auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung leider vor einer vollkommenen Umkehr der bisherigen Praxis. Während in früheren Jahren die Versorgung unserer Fürsorgezöglinge nach den Erfordernissen und dem Bedürfnis geregelt wurde, muß leider in diesem Jahre die Aufgabe umgekehrt nach der Finanzlage durchgeführt werden. Die Frau Berichterstatterin sagte bereits, daß diese Situation vor allem dadurch geschaffen worden ist, daß der Staat für dieses Jahr der Provinz allein einen Zuschuß von 2 Millionen entzieht. Das macht auf den gesamten Kopfbetrag einen Prozentsatz von rund 39 aus. Infolgedessen sieht sich die Provinzialverwaltung zu durchgreifenden Sparmaßnahmen genötigt, denen gegenüber wir aber doch unsere Bedenken und Warnungen vortragen möchten.

Wenn die Provinzialverwaltung in ihrem Bericht herausstellt, daß heute für die Anstaltserziehung rund 83 Prozent der Kosten und für die Familienerziehung rund 11 Prozent aufzubringen sind, so mag es ja schon richtig sein, daß die Provinzialverwaltung mit den Sparmaßnahmen vorab bei den Anstalten beginnt. Wir haben zu verzeichnen, daß die Provinzialverwaltung nach dem vorgelegten Etat versucht, eine radikale Senkung der Unkosten für die Anstaltserziehung herbeizuführen, und zwar um rund 30 Prozent. Das bedeutet, praktisch gesehen, eine Entlassung bzw. eine Verminderung der Zahl der Zöglinge um rund 1200 jährlich. (Hört, hört! links.) Wenn die Provinzialverwaltung dazu übergeht, bei Durchführung dieser Sparmaßnahmen sofort die über 20 Jahre alten Fürsorgezöglinge zu entlassen bzw. nicht wieder aufzunehmen, so erblicken wir darin eine große Gefahr. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sehr richtig!) Wir möchten die Provinzialverwaltung fragen: Wie denkt sie sich, wenn sie diese Maßnahme durchführt, eigentlich die weitere Betreuung dieser gefährdeten

Menschen, wo doch draußen schon das Heer der arbeitslosen Jugendlichen fast unübersehbar ist? Das bedeutet doch nichts anderes, als diese zur Entlassung kommenden Fürsorgezöglinge einfach in das Heer der brot- und arbeitslosen Jugend hineinzustoßen.

Der Frage der Sparmaßnahmen bei der Heim-erziehung versucht die Provinzialverwaltung dadurch beizukommen, daß sie zunächst einmal die Pflegefälle um rund 10 Prozent herabsetzt. Auch hier möchten wir die Provinzialverwaltung warnen, nicht zu weit zu gehen, weil das bedeuten würde, daß der bisher schon beklagenswerte Zustand, wonach nur sehr wenige Pflegefamilien sich in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse bereitfinden, Zöglinge aufzunehmen, sich noch verschlimmern würde. Wahrscheinlich würde die Zahl der sich meldenden Pflegefamilien noch weiter sinken, und damit wäre praktisch nichts erreicht.

Die Schließung von Anstalten berührt die sozialdemokratische Fraktion natürlich auch. Es wurde uns in dem Ausschuß gesagt, daß es leider schon in diesem Jahre notwendig sein werde, eine Reihe von privaten Fürsorgeanstalten zu schließen. Wir vertreten grundsätzlich den Standpunkt — das scheint ja auch die Auffassung der Verwaltung zu sein, wenn Anstalten geschlossen werden müssen, in erster Linie die privaten Erziehungsheime herangeholt und unsere gut geleiteten und gut organisierten Provinzial-Erziehungsanstalten aufrechterhalten werden. Wir vertreten mit dem Ausschuß die Meinung, daß versucht werden muß, durch Heranziehen höherer Staatszuschüsse die Finanzlage der Provinz zu verbessern und dadurch zu erreichen, daß ein Teil der Sparmaßnahmen wieder aufgehoben werden kann. Wir begrüßen deshalb die Entschliebung, die im IV. Sachausschuß einstimmig angenommen wurde, und bitten, auch hier diese Entschliebung anzunehmen.

Zu dem Antrag der kommunistischen Fraktion auf Streichung der 1200 RM Zulage für den Direktor der Provinzial-Erziehungsanstalt in Euskirchen für psychiatrische Beratung haben wir zu sagen, daß es allerdings richtig ist, daß gestern der IV. Sachausschuß diesen Antrag ablehnte. Der Sachausschuß hat aber die Verwaltung ausdrücklich gebeten, in eine Nachprüfung der Angelegenheit einzutreten mit dem Ziel: Sollte bei der endgültigen Festsetzung der Besoldungsregelung für die Leiter der Erziehungsanstalten sich herausstellen, daß der Direktor der Provinzial-Erziehungsanstalt in Euskirchen eine höhere Eingruppierung erfährt, so soll diese Sonderzulage gestrichen werden. Der Direktor wird ja diese Aufgabe während seiner sonstigen Arbeitszeit durchzuführen haben.

Im übrigen schließen wir uns dem Vorschlage des Sachausschusses an und genehmigen den Etat für das Erziehungswesen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Beck.

Abgeordneter Beck: Ich habe am Dienstag bereits festgestellt, daß sich die Politik der Sozialdemokratie hier wie im Reichstag und im Landtag in keiner Weise unterscheidet. Wir haben gerade bei der Beratung dieser Position, zu der wir jetzt sprechen, die beste Gelegenheit, zu sehen, wie die Preußenpolitik sich in der Provinz auswirkt. Der Zuschuß des Landes, der Zuschuß von Preußen zu der Erziehungsfürsorge ist von 5 auf 3 Millionen gedrosselt worden. (Hört, hört! bei

den Kommunisten.) Unter dieser Preußenpolitik, unter dieser „Sozialpolitik“, wie die Sozialdemokraten sagen, steht der ganze Etat der Fürsorgeerziehung in der Rheinprovinz. Daraus folgt, daß man gegenüber früher, wo man einen hartnäckigen monate- und jahrelangen Kampf führen mußte, um jeden Zögling, jedes Mädchen, das in die Anstalt gekommen war, wieder herauszubekommen (Sehr richtig! bei den Kommunisten), heute auf einen Schlag Hunderte von Zöglingen hinauswirft, ohne zu fragen, ob die Eltern auch in der Lage sind, für das Kind aufzukommen. Man wirft sie hinaus, weil es das Profitinteresse der Herren vor rechts erfordert. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Sehr gut!) Das ist Demokratie, für die die Sozialdemokratie kämpft. Das ist aber auch gleichzeitig der Sozialismus, der sich mit dem Sozialismus der Nationalsozialisten deckt. Wohin das führt, können wir an einigen Beispielen klarmachen. Hier helfen keine Phrasen, die Sie hier durch Zurufe hineinwerfen wollen; hier reden nur die nackten Tatsachen.

Wir haben den Antrag gestellt — er ist abgelehnt worden —, die Anstalt Fichtenhain wieder zu einer Erziehungsanstalt zu machen. Wie berechtigt unsere Auffassung ist, dafür nur ein einziges Beispiel: Neu-Düsseldorf ist eine Anstalt, die kürzlich durch einen Freund Ihrer Partei — zu der SPD. gewandt —, der nicht zu uns steht, befragt wurde. Was stellt er fest? In dieser Anstalt Neu-Düsseldorf, die wir als Provinziallandtagsabgeordnete nicht besuchen dürfen oder höchstens mit Genehmigung der Provinz, hat man die Erzieher abgebaut. Man hat dort junge Seminaristen hineingesetzt, die die Kinder erziehen sollen. Man hat dort — ich berichte immer noch das, was dieser Sozialdemokrat im „Dortmunder Generalanzeiger“ geschrieben hat — drei Viertel schwachsinnige mit einem Viertel gesunder Kinder zusammengeworfen und will sie so erziehen. Gegen eine derartige Maßnahme wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Der dortige Direktor meint zwar nach dem Ausspruch dieses Sozialdemokraten, der die Gelegenheit hatte, das Heim zu besuchen: Wenn das Zusammenwerfen der drei Viertel schwachsinnigen mit dem einen Viertel gesunder Kinder erzieherisch und von Heilerfolgen begleitet ist, so wollen wir sie alle unter sich lassen. Wir haben eine andere Auffassung: Schwachsinnige müssen anders erzogen werden. (Zuruf.) Wenn Sie allerdings bereits so schwachsinnig geworden sind, dann bleiben Sie bei dieser Gesellschaft.

Das Zentrum operiert sehr gern mit Zahlen, die, wie der Herr Landeshauptmann selbst kürzlich in einem längeren Aufsatz in der „Wohlfahrtspflege für die Rheinprovinz“ feststellen mußte, absolut unwahr sind und Lügen darstellen. Unter anderem taucht auch dort der nette Name Muderemann auf, derselbe Muderemann, der eine Zeitlang Propaganda machte mit seinen Tischekarotten, womit er so glänzend hereinfiel.

Ein anderer Fall: Ein Fräulein Wessel hat ein Buch geschrieben: Ich zitiere hier die Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns. Er sagt: Fräulein Wessel schreibt, die Anstaltskosten der Rheinprovinz betragen pro Tag für den Zögling 6,04 RM, und in Wirklichkeit betragen sie nur 5,11 RM. Hätte das ein Kommunist geschrieben, wäre das von ihm ausgegangen, so hätte man in allen Zeitungen damit Propaganda gegen uns gemacht, und der Herr Landeshauptmann

hätte auch in seiner Statsrede auf diese Unwahrheiten der Kommunisten hingewiesen. Aber hier sind es ja seine eigenen Freunde, die mit solchem Material die Öffentlichkeit bewußt beschwindeln; denn es ist ein Beschwindeln, wenn man mit solchen Zahlen operiert, trotzdem man weiß, daß sie unwahr sind.

Wohin führt ein derartiger Abbau, wie wir ihn jetzt gerade auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung sehen! Er führt dazu, daß man jetzt z. B. gegenüber dem Jahre 1928, wo für die Beföstigung der Zöglinge noch 1,19 RM ausgegeben wurden, nur noch 77 Rpf ausgehen will. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Also ein Abbau um mehr als 40 Rpf pro Tag. Ich frage jede Hausfrau, ob man in der Lage ist, den gesunkenen Preisen entsprechend einen derartigen Abstrich in der Beföstigung zu machen? Es ist kein solcher Preisabbau eingetreten. Dieser Preisabbau ist ein Schwindel geblieben wie die Verfügung, die damals der Herr preussische Abbaukommissar Gördeler gemacht hat, der zwar ein schönes Gehalt eingestockt hat, aber nicht abbauen konnte. Ein Preisabbau ist nur bei solchen Luxusgegenständen eingetreten, die nur für diejenigen in Frage kommen, die schon vorher genug hatten.

Man hat die Personalausgaben von 3,05 RM auf 2 RM abgebaut. Dagegen bezieht der Direktor des Provinzial-Erziehungsheims Guskirchen neben einem Gehalt, das nach der Befoldungsordnung immerhin zwischen 5000 und 9000 RM im Jahr schwankt, noch 1200 RM extra für eine Tätigkeit, die er ausschließlich oder fast ausschließlich während seiner Dienstzeit durchführt. Das ist ein Skandal. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Darüber helfen auch die schönen Redensarten des Herrn Kurth von der SPD. nicht hinweg, der sich hier hinstellt und sagt: Wir wollen abwarten, was für eine Neuregelung die Provinz in der Befoldungsordnung der Direktoren der Erziehungsanstalten trifft. Wie sieht denn diese Neuregelung aus? Man will die Direktoren der Erziehungsanstalten gleichstellen mit den Direktoren, die heute in den Heil- und Pflegeanstalten sind, weil die Gehaltsätze dort höher sind. Wir sagen: Jeder Arbeiter und Angestellte in diesen Anstalten muß mehr als einmal eine Arbeit verrichten, für die er keinen Pfennig Entschädigung bekommt. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, diese 1200 RM, die der Direktor des Erziehungsheims Guskirchen bekommt, müssen gestrichen werden. Und wenn eine Partei wie die Sozialdemokratie sich hinstellt und sagt: Prinzipiell stehen wir auf dem Standpunkte des Sachausschusses, der kommunistische Antrag muß abgelehnt werden, dann beweist dies, daß hier auch eine Bundesgemeinschaft von der Rechten über das Zentrum bis zur SPD. besteht.

Was für Auswirkungen all das auf die Zöglinge selbst hat, das ist festgelegt in dem Entschließungsantrag, den das Zentrum eingebracht hat. Der Vertreter des Zentrums, Herr Elbes, als Polizeifachmann und früherer Gewerkschaftssekretär hat selbst zugeben müssen, daß die 2 Millionen RM, die Preußen abgestrichen hat, daß die ganzen Maßnahmen, die man jetzt durchführt, dazu führen, daß keine Ersparnis kommt, sondern daß die Kosten für Polizei, Justiz und Gefängnis doppelt und dreifach steigen werden. (Hört! hört! bei den Kommunisten.) Das ist Ihre praktische Politik. Und hier in dieser Front — das stellen wir mit aller Deutlichkeit erneut fest — marschieren

nicht nur das Zentrum, nicht nur die Nationalsozialisten und die Herren von der Rechten, sondern in diefer Front marschiert auch jene Sozialdemokratie, die immer noch die Werttätigen beschwindelt, indem sie behauptet, daß sie auf dem Boden des Marxismus stehe. Wir sind der Auffassung: Wenn man den Bankrott so offen zugibt, wenn man so offen zugibt, daß die Fürsorgeanstalten, wie wir schon duzende Male hier betont haben, in diesem System nichts anderes sind als die Vorschulen zum Zuchthaus, dann wird das durch die Entschließung, die Herr Elbes eingebracht hat, bestätigt. Wenn gestern im Sachausschuß von einem kollektiven Arbeiten geredet wurde, wenn von neuen Erziehungsmethoden geredet wurde, nach denen man sucht, und wenn man durchblicken läßt, daß die einzige Erziehungsmethode, die zum Erfolg führt, jene ist, die in Sowjetrußland angewandt worden ist, dann muß man sich vor Augen halten, was dort geleistet worden ist und was man auch innerlich bereits als richtig ansieht. Die Zustimmung zu dem Film „Der Weg ins Leben“, die zustimmende Begeisterung auch in der Sitzung der Wohlfahrtspflege für die Rheinprovinz über das Buch „Die Republik der Stralche“, in dem gerade die Erziehung in der Sowjet-Union aufgezeigt wird, zeigt, daß auch die Herren vom Zentrum bereits innerlich eingesehen haben, daß ihre Erziehungsmethode alles andere ist als ein Mittel, diese Zöglinge auf einen anderen Weg zu bringen. (Glocke des Präsidenten.) Aber Sie können nicht anders —

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Beck (fortfahrend): — weil Sie sich an äußeren Verhältnissen stoßen müssen, weil Sie nicht loskommen können von Ihrer kapitalistischen Profitwirtschaft. (Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte, das Händeklatschen zu unterlassen. Ich habe schon wiederholt darum gebeten und bitte, diese Bitte doch zu befolgen.

Das Wort wünscht noch einmal die Berichterstatterin Frau Abgeordnete Blumberg zur Ergänzung ihres Referats.

Abgeordnete Frau Blumberg: Auf Wunsch mehrerer Mitglieder des Sachausschusses — und der Wunsch erscheint besonders berechtigt, nachdem wir Herrn Beck angehört haben — habe ich ergänzend zu sagen, daß wir Ihnen zwar vorschlagen, den Antrag der Kommunistischen Partei auf Streichung der 1200 RM in der augenblicklichen Situation abzulehnen, daß aber durch die Beendigung der Verhandlungen über die Befolgung der drei Direktoren unter Umständen eine neue Situation in dieser Frage geschaffen werden kann, die eine Behandlung erneut notwendig macht.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kurth.

Abgeordneter Kurth: Meine Damen und Herren! Die Darlegungen des Herrn Beck veranlassen mich, noch einige Ausführungen zu machen. Wir sind es ja seit vorgestern gewohnt, daß die kommunistische Fraktion große Agitationsreden gegen die Sozialdemokratische Partei und Fraktion glaubt halten zu sollen. Auch ich stelle fest, daß die Vertreter der kommunistischen Fraktion in den Ausschüssen es in keinem Falle für not-

wendig halten, zu den Angelegenheiten überhaupt Stellung zu nehmen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) oder irgend etwas zu sagen. (Zurufe von den Kommunisten.) Die Leute kommen lediglich in die Ausschüsse hinein, spielen dort die braven Gentlemen, die vornehmen Gestalten (Zurufe von den Kommunisten), spielen ihre Weisheiten, um sich möglichst das aufzuschreiben, was der eine oder andere Vertreter einer Fraktion sagt, und dann stellt man sich hier vor das Publikum und glaubt, große Agitationsreden halten zu können. (Unruhe bei den Kommunisten. Glocke des Präsidenten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Einen Augenblick. Herr Abgeordneter Beck hat dem Redner eben den Vorwurf der Lüge gemacht. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Er hat auch gelogen!) Ich rufe ihn wegen der ersten Beleidigung zur Ordnung und wegen Wiederholung zum zweitenmal zur Ordnung und mache ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Er hat bewußt die Unwahrheit gesagt!)

Abgeordneter Kurth (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten sind gewohnt, in ernster Arbeit gerade in den Ausschüssen unsere Pflicht zu tun, wenn es darum geht, auch auf dem Gebiete des Fürsorgeerziehungswesens sich mit einzelnen praktischen Fragen zu beschäftigen. Das halten die Herren von der kommunistischen Fraktion nicht für notwendig. Man sollte in Zukunft einmal überlegen, wie es geschäftsordnungsmäßig möglich wäre, einem derartigen Anflug der kommunistischen Fraktion endlich einmal ein Ende zu machen. (Zurufe von den Kommunisten.) Wir Mitglieder des Ausschusses sind es satt, in den Ausschüssen offen das zu erklären und auszusprechen, was notwendig ist, und uns dann fortwährend von den kommunistischen Rednern nachher hier im Plenum um die Ohren schlagen zu lassen. Herr Beck, Sie können hier Reden halten, wie Sie wollen: dieses Raketenfeuer zieht bei uns Sozialdemokraten nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieses große Geschrei im jetzigen Augenblick ist weiter nichts als ein taktisches Manöver nach außen hin (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), weil Sie wahrscheinlich in den nächsten Wochen Ihre Grundsätze verbergen und Ihre Prinzipientreue zu Grabe tragen müssen. Deshalb glauben Sie es jetzt für richtig zu halten, nach außen hin große Reden zu führen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber, verehrte Herren von der kommunistischen Partei, die Arbeiterschaft hat Ihnen bisher nicht geglaubt — das zeigen die Wahlen — und wird Ihnen noch weniger in Zukunft glauben. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abgeordneten Kohl: Ihr habt Eure Grundsätze für 30 Silberlinge verkauft!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Besprechung ist geschlossen. Getrennte Abstimmung wird nicht beantragt. Ich bitte diejenigen, die für die Anträge des IV. Sachausschusses sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist dem Antrage des Sachausschusses entsprechend beschlossen.

Wir kommen zur zusammenfassenden Besprechung der Punkte 13—15. Zu Punkt 13 hat das Wort als Berichterstatter Herr Abgeordneter Dörr.

Abgeordneter Dörr: Meine Damen und Herren! Der IV. Sachausschuß schlägt die unveränderte Annahme des Haushaltsplanes des Landesjugendamtes,

Kapitel 48 des Etats, vor. Im einzelnen ist hierzu folgendes zu berichten.

Zunächst zu Titel 1. Im vergangenen Jahr standen im Etat unter dem Titel „Unterstützung von Einrichtungen der Jugendfürsorge einschließlich Schulzahnpflege“ 100 000 RM. Davon waren 50 000 RM für die Unterstützung der Jugendgesundheitsfürsorge und 50 000 RM für die Schulzahnpflege vorgesehen. In dem uns vorliegenden Haushaltsplan sind im ganzen nur 30 000 RM vorgesehen. Diese sollen ausschließlich für den erstgenannten Zweck, also die Jugendgesundheitsfürsorge, Verwendung finden. Für den zweiten Zweck, die Schulzahnpflege, steht aus dem Vorjahre noch ein Betrag zur Verfügung. Die Verwaltung glaubt mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln das bisher Geleistete auch in diesem Jahre durchführen zu können.

Zur Titel 2. Hier ist der Betrag von 150 000 RM im Vorjahr auf 80 000 RM heruntergesetzt. Es handelt sich hier um eine Parallelaktion zu der Aktion der Landesversicherungsanstalt, und zwar um die Durchführung der Gesundheits- und Erholungsfürsorge für Kinder Nichtversicherter. Von den entstehenden Kosten trägt die Provinz 50 Prozent, während zur Bedingung gemacht wird, daß weitere 50 Prozent die Bezirksfürsorgeverbände tragen müssen. Die Verwaltung erklärt auf Grund der Erfahrung des Vorjahres, daß die Bezirksfürsorgeverbände infolge der stets zunehmenden Finanznot zur Tragung der Hälfte der Kosten vielfach nicht in der Lage gewesen wären, so daß es schwer gehalten habe, die hierfür vorgesehenen Etatsmittel überhaupt unterzubringen. Die Verwaltung glaubt daher, auch hier mit der geringeren Summe von 80 000 RM relativ dasselbe wie im Vorjahre leisten zu können.

Zu Titel 3, „Kinderspeisungen“, erkennt der Ausschuss dankbar an, daß hier der Maßstab der Streichung nicht in dem Umfang wie bei den übrigen Etatstiteln angewandt worden ist. In dem uns vorliegenden Haushaltsplan sind für diesen Zweck 130 000 RM vorgesehen, während im Vorjahre 150 000 RM zur Verfügung standen. In dem hierzu vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion — ich verweise auf die Drucksache Nr. 29 — wurde im Sachausschuß IV beschlossen, diesen dem Provinzialausschuß mit der Maßgabe zu überweisen, wenn möglich, die gekürzten 20 000 RM an anderen Stellen im Etat einzusparen und sie erneut wieder einzusetzen.

Der IV. Sachausschuß stellt mit Befriedigung fest, daß der Titel 10 „Maßnahmen zur Betreuung erwerbsloser Jugendlicher“ keine Kürzung erfahren hat.

Ich bin schließlich als Berichterstatter vom IV. Sachausschuß einstimmig beauftragt worden, die Verwaltung zu bitten, falls die Kassenlage im Laufe des Jahres eine weitere Drosselung der Ausgaben Seite des Etats erforderlich machen sollte, mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und seelische Not unserer Jugend im Etat des Jugendamtes eine weitere Drosselung der eingesetzten Summe nicht vorzunehmen.

Zu der Ihnen vorliegenden Drucksache Nr. 25, Antrag der Fraktion des Christlichen Volksdienstes, hat der Ausschuss beschlossen, diesen Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Zu den beiden Ihnen vorliegenden kommunistischen Anträgen der Drucksache Nr. 37 und Nr. 47 hat der Ausschuss beschlossen, Ihnen die Ablehnung dieser beiden Anträge zu empfehlen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Damit ist auch zu Punkt 14 die Berichterstattung erledigt.

Punkt 15. Berichterstatterin Frau Abgeordnete Becker.

Abgeordnete Frau Becker: Der IV. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, den Antrag der Verwaltung zum Haushaltsplan betreffend Fürsorge für kinderreiche Familien unverändert anzunehmen.

Desgleichen schlägt der Sachausschuß vor, den Antrag der Kommunisten, Drucksache Nr. 39, abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Glier.

Abgeordneter Glier: Wie überall, zeigt sich gerade bei der Fürsorge der Jugendlichen und der Kinder die verderbliche Auswirkung der Brüning-Notverordnungspolitik und der ganzen Arbeit der preussischen Regierung. Gerade bei diesem Kapitel hat man die ungeheuerlichsten Abstriche vorgenommen, und die Berichterstatterin hat ja jetzt vorgeschlagen, daß es bei den Abstrichen bleiben soll.

Bei der Position „Fürsorge für die kinderreichen Familien“ hat man den Betrag von 250 000 auf 125 000 RM herabgesetzt und die Summe, aus der Darlehen für Wohnungen kinderreicher Familien gewährt werden sollen, von 300 000 auf 150 000 RM. Gerade das Zentrum ist eine derjenigen Parteien, die sich nach außen immer als besonders kinder- und jugendfreundlich gebärden und in einer riesigen Zahl von Jugendorganisationen die Jugendlichen zu erfassen versuchen, um sie für ihre politischen Ziele zu gewinnen und einzuspannen. (Zuruf von den Kommunisten.) Hier zeigt sich das wahre Gesicht der herrschenden Klasse. Hier zeigt sich das wahre Gesicht vor allem auch der angeblich christlichen Zentrumspartei. Die an und für sich schon viel zu geringen Beträge werden gewaltig herabgesetzt, weil der kapitalistische Staat nicht mehr in der Lage ist, für die Kinder und Jugendlichen auch nur das Notwendigste zu beschaffen. Die Verwaltung hat im Ausschuss — und die Berichterstatterin hat es auch hier wieder erklärt — eine recht feine Ausrede gefunden, um die Herabsetzung dieser Beträge zu begründen. Sie sagt, daß die Fürsorgeverbände und Gemeinden nicht in der Lage seien, die Gelder der Provinz in Anspruch zu nehmen, weil sie den auf sie entfallenden Anteil nicht zahlen könnten. Hier redet sich recht schön die eine staatliche Stelle mit den finanztechnischen Schwierigkeiten einer anderen heraus. Dieselben Stellen, die hier von der Provinz als Grund abgegeben werden, daß man weitere Gelder zur Fürsorge Jugendlicher und Kinder nicht aufbringen könne, werden dann mit Hilfe der Zentrumsfraktion, der Sozialdemokratischen Partei und der anderen bürgerlichen Parteien in ihren Kreisen wieder einen ähnlichen Dreh finden, um nach außen hin ihre jugend- und kinderfreundliche Einstellung zu begründen.

Meine Fraktion hat beantragt, daß die Beträge von 250 000 und 300 000 RM wieder eingesetzt werden. Wir sind uns nicht im unklaren über die Entscheidung, die der Provinziallandtag treffen wird. Er wird im Sinne

der Verwaltung entscheiden, wird also in dieser so wichtigen Frage der Sorge für die kinderreichen Familien die schon viel zu geringen Beträge um die Hälfte herabsetzen im Interesse der kapitalistischen Profitwirtschaft Deutschlands.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um auf etwas anderes hinzuweisen. Auch hier ist es wieder in erster Linie das Zentrum, das einen erbitterten Kampf für die Erhaltung des Schandparagraphen 218 führt. Gerade das Zentrum ist die Partei, die die proletarische Frau zwingen will, Kinder in größter Zahl zu gebären, obgleich die Zentrumsparlei weiß, daß Millionen von Arbeiterfrauen die Kinder nicht ernähren können. Nur meine Partei und mit ihr im Bunde die große überparteiliche Organisation der Roten Hilfe führt den Kampf gegen den § 218, und ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um draußen den Arbeiterfrauen zuzurufen, gemeinsam mit der Roten Hilfe den Kampf zu führen gegen das Zentrum und alle anderen Anhänger gegen diesen Schandparagraphen 218, gegen einen Paragraphen, den Sie, meine Damen und Herren, aufrecht erhalten wollen, trotzdem den Arbeiterfrauen nicht die Möglichkeit gegeben ist, diese neugeborenen Kinder auch zu ernähren. Sie wissen, daß Millionen von Kindern elend an Hunger zugrunde gehen, und Sie wollen trotzdem die proletarische Frau zwingen, Kinder in die Welt zu setzen, die sie nicht ernähren kann.

Ähnlich steht es auch mit den anderen Positionen. Die freiwillige Erziehungshilfe will man von 450 000 auf 150 000 RM herabsetzen. Die Erholungsfürsorge für Kinder Nichtversicherter will man von 150 000 auf 80 000 RM herabsetzen unter der Begründung, man könne das Geld nicht aufbringen.

Die Kommunistische Partei hat weiter den Antrag eingebracht, daß die erwerbslosen Jugendlichen durch die örtlichen Erwerbslosenausschüsse betreut werden sollen. Wir halten die Durchführung dieser Fürsorgemaßnahme durch die örtliche, von den Erwerbslosen selbst gewählte Erwerbslosenfürsorge für dringend erforderlich. Die erwerbslosen Klassengenossen haben zu den unzähligen Vereinen, die sich jetzt angeblich mit der Fürsorge der erwerbslosen Jugendlichen befassen, nicht das geringste Vertrauen, gleich von welcher der übrigen Parteien diese Organisationen kommen.

Meine Fraktion hat weiter den Antrag gestellt auf Streichung der 3500 RM zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur und von 40 000 RM für das Lichtbildwesen. Wir halten auch die Annahme dieser beiden Anträge für unbedingt erforderlich. Wir sind der Auffassung, daß unter den Druckfaktoren, die heute hier erscheinen, sich unzählige viele Schmutz- und Schundfaktoren befinden. In einem roten Sowjet-Deutschland wird man selbstverständlich gegen den Schund und Schmutz mit den schärfsten Mitteln vorgehen. Aber das, was Sie als Schund und Schmutz bezeichnen, meine Damen und Herren besonders von Seiten des Zentrums, unterscheidet sich ganz wesentlich von dem, was die aufstrebende proletarische Klasse als Schund und Schmutz betrachtet. (Zuruf aus dem Zentrum: Gott sei Dank!) Das, was Sie als Schund und Schmutz betrachten, was Sie mit Hilfe dieses Geldes verbieten wollen, ist nichts weiter als das, was Sie glauben zur Erhaltung Ihrer Klassenherrschaft, zur weiteren Ver-

dummung der werktätigen Klasse benutzen zu können. Sie verhindern alles, um die breite Masse aufzuklären über den Hungertod Ihrer Parteien, aufzuklären über den Klassencharakter Ihrer Gesellschaft, die Sie mit solchen Mitteln und Methoden stützen wollen, wie Sie sie auch hier im Provinziallandtag anwenden.

Mein Parteifreund hat schon bei der Frage der Fürsorge auf den großen Unterschied hingewiesen zwischen dem kapitalistischen Deutschland, das heute die Fürsorgezöglinge aus den Anstalten herauschmeißen muß, ohne Rücksicht, was mit ihnen geschieht, weil kein Geld mehr vorhanden ist, auf den großen Unterschied des kapitalistischen Deutschlands mit Sowjet-Rußland. Ich möchte das in diesem Zusammenhang gleichfalls tun. Hier im kapitalistischen Deutschland, unter Ihrer Führung, unter der Preußenregierung Braun-Severing, unter der Reichsregierung eines Zentrumsmannes Brüning, schärfste Drosselung aller Ausgaben, die irgendwie geeignet sind, das Los der Jugendlichen und der Kinder zu lindern, rücksichtslose Drosselung aller dieser Ausgaben — in dem ersten Arbeiterstaat Sowjet-Rußland ein gewaltiger Aufbau aller Maßnahmen für Mutter und Kind, dort die ungeheuerlichsten Anstrengungen, um die Kinder vor Not und Elend zu schützen und aus diesen Kindern wirklich aufrechte Menschen zu machen, im Gegensatz zu dem kapitalistischen Deutschland, wo man alle Maßnahmen nur anwendet, um das Kind weiter in kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung zu erhalten. (Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Darf ich noch einmal bitten, das Klatschen zu unterlassen, auch wenn es den Damen schwer fallen sollte.

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Becker.

Abgeordnete Frau Becker: Meine Damen und Herren! Wir haben gestern unsere Zustimmung gegeben, den Antrag des Christlichen Volksdienstes, erwerbslose Jugendliche bei Kleinbauern unterzubringen, dem Provinzialausschuß zu überweisen, obwohl wir sehr viele Bedenken dagegen vorzubringen hätten. Wir hoffen aber, daß der Provinzialausschuß die Folgen und auch den Ernst dieses Antrages berücksichtigt und danach handeln wird.

Gestatten Sie mir aber ein paar Worte zu dem Antrage meiner Fraktion. Wir haben den Antrag gestellt, den Betrag von 150 000 RM für die Kinderspeisung wieder einzusetzen. Dieser Betrag ist um 20 000 RM gekürzt worden. Wir haben natürlich auch gleich einen Deckungsvorschlag gemacht, haben uns aber nach einer Berichterstattung durch die Verwaltung damit einverstanden erklärt, daß dieser Antrag dem Provinzialausschuß überwiesen wird, und zwar nicht nur einfach überwiesen wird, sondern zur Berücksichtigung überwiesen wird. Das besagt doch wohl, daß unter allen Umständen diese 20 000 RM der Summe von 130 000 RM wieder zugeschlagen werden müssen. Ich verbinde hiermit die Bitte und den Wunsch an den Herrn Landeshauptmann, vor allen Dingen diesen Betrag wieder einzusetzen und aus irgendeiner Position des Haushalts diese 20 000 RM herauszuholen. Das soll kein Agitationsantrag sein. Wir belieben es nicht, wie die Kommunisten, Agitationsanträge zu stellen. Wir belieben es auch nicht, in den Ausschüssen den stillen,

zahmen Mann zu markieren (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und hier dann den wilden Mann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen durch unsere praktische Arbeit und Erkennung der realen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse versuchen, etwas für die armen Proletariatskinder draußen herauszuholen. (Zuruf von den Kommunisten.) Sie (zu den Kommunisten) haben vorhin den wilden Mann markiert. Die vielen Verbesserungen und der Fortschritt, der auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung gekommen ist, ist nicht unter Ihrer Mithilfe gekommen, sondern seitdem wir Sozialdemokraten, die Sie hier so angepflaumt haben, in diesem Parlament sitzen. Darauf sind wir stolz. Es ist schade, daß die Jugendlichen, die sich in vorgerücktem Alter befinden, wegen Geldknappheit aus den Fürsorgeanstalten herauskommen. (Zuruf von den Kommunisten.) Auch der Abgeordnete Beck wäre noch reif für die Fürsorge, damit er so erzogen würde, um sich hier anständig benehmen zu können. (Weiterkeit.)

Aber zurück zu unserem Antrage. Wir haben den Antrag gestellt, für die Kinder Erwerbsloser die Kinder- speisung durchzuführen. Es ist ja nun wohl richtig, daß von diesen 130 000 RM infolge der Verbilligung der Lebensmittel ebensoviele Kinder gespeist werden können, wie im vorigen Jahre von 150 000 RM. Aber wir wollen doch auch nicht verkennen, daß die Not außer- ordentlich größer geworden ist und daß es soviel tausende Kinder mehr sind, die in dieser fürchterlichen Zeit der Speisung und Unterhaltung bedürfen. Wir haben dabei auch an die erwerbslosen Jugendlichen gedacht, die keine Unterstützung beziehen, an die Für- sorgezöglinge, die jetzt zu ihren Eltern zurückkehren und am Leben erhalten werden müssen. Es ist ja fraglich, ob diese von den Unterstützungseinrichtungen der Gemeinden etwas mitbekommen.

Der Gesundheitszustand der Kinder verschlechtert sich. Wenn man die Berichte in den einzelnen Jugend- ämtern hört, so sagen uns die zuständigen Dezernenten immer, daß sich der Gesundheitszustand der Kinder ver- schlechert und, was viel schlimmer ist, daß die Prosti- tution besonders unter den jugendlichen Mädchen, unter den jugendlichen Erwerbslosen wieder im Aufblühen ist. Das ist eine Folge der Zeit, eine Folge des Hungers. Diese jugendlichen Menschen fallen eben auf diese fürchterlichen Verführungen herein und wollen einmal satt werden. Auch das müssen wir bei der Betrachtung dieser ganzen Frage in die Waagschale werfen. Ich bitte deshalb, unserem Antrag zuzustimmen und diese 20 000 RM wieder in den Etat einzusetzen.

Wenn aber die Herren von der kommunistischen Fraktion glauben, wir hätten kein Herz für die Kinder- reichen, so sollen sie sich darum keine Sorge machen. (Zuruf von den Kommunisten.) Für die Kinderreichen ist schon von unserer Seite gesorgt worden, ehe die Kommunisten überhaupt da waren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Früher schon, vor dem Kriege, ehe die Kommunisten waren, wo Sie vielleicht noch die Schulbank gedrückt haben, da waren es unsere Leute, die für die Kinderreichen gesorgt und geschafft haben. (Unruhe. — Glocke des Präsidenten.) Es ist nicht abzuleugnen, daß gerade unsere Fraktion im Reichstag und die Gewerkschaften unserer Organisation für die kinder- reichen Familien sorgen. Und ich sage es auch hier,

daß Ihre Leute, die hilfsbedürftig sind — ich mache ihnen daraus keinen Vorwurf; in der Not macht jeder alles, um sich zu helfen —, zu den Wohlfahrtsorgani- sationen der anderen politischen Richtungen gehen, auch zur Arbeiterwohlfahrt, und dort Hilfe bekommen. Dafür müssen wir uns beschimpfen und beschimpfen lassen. Pfui Teufel über eine solche Politik! (Lachen und Zurufe von den Kommunisten. — Unruhe.) Das ist eine Flegelei von Ihnen, eine Frau anzupflaumen, die nur im Interesse der Arbeiterschaft redet. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Gehen Sie doch in die Heilsarmee! — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Noch einmal bitte ich, diese Worte, die ich hier gesagt habe, im realen, praktischen Sinne aufzufassen, nicht als Agitationsanträge, sondern nur, um draußen unsere armen Kinder gesundheitlich wieder auf die Höhe zu bringen. Ich glaube und hoffe, daß der Herr Landeshauptmann auch in dieser Beziehung unseren berechtigten Wünschen Rechnung tragen wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dörr.

Abgeordneter Dörr: Meine Damen und Herren! Ich glaube, außer der kommunistischen Fraktion ist niemand hier im Hause, der nicht wirklich erstaunt ist über das Maß von Fürsorge für die kinderreichen Familien, das die äußerste Linke mit einemmal auf- bringt. Ich darf daran erinnern, meine Herren (zu den Kommunisten), daß Sie bisher noch jedes Jahr gegen den Etat gestimmt haben und damit auch gegen die Mittel, die für kinderreiche Familien eingesetzt waren. (Zuruf von den Kommunisten: Gegen den Hungeretat!) Wenn Sie sich heute hier hinstellen und nach außen hin — denn etwas anderes ist es nicht — nun der Welt plausibel machen wollen, daß Sie ein ganz besonderes Herz für die kinderreichen Familien haben, dann setzt das außer Ihnen das ganze Haus in Erstaunen. Wenn Sie insbesondere der Zentrums- fraktion glauben Vorwürfe machen zu können, dann darf ich Sie auch bitten, der Wahrheit die Ehre zu geben (Zuruf des Abgeordneten Deppe: Muckermann!); denn das bringen Sie schließlich doch auch noch fertig. Die eine Tatsache steht fest, daß die Anregung, für die kinderreichen Familien etwas Besonderes auch im rheinischen Provinziallandtag zu tun, von der Zentrumsfraktion ausgegangen ist. (Sehr richtig! im Zentrum. — Zuruf des Abgeordneten Engels: Damit habt Ihr noch Geschäfte gemacht!) Das wollen Sie doch nicht bestreiten; es ist jederzeit in den Protokollen nachzulesen. Sie dürfen sich darauf verlassen, daß wir im Rahmen des Möglichen — denn wir sind vernünftig genug, keine Forderungen zu stellen, die praktisch nicht erfüllt werden können (Zuruf von den Kommunisten) — auch in Zukunft dafür sorgen, daß den kinderreichen Familien ihr Recht wird. Das tun wir um so mehr, meine sehr verehrten Freunde von links, als ja bestimmt in unseren Reihen mehr Vertreter kinderreicher Fami- lien sitzen als bei Ihnen. Ohne das im einzelnen zahlenmäßig nachprüfen zu können, bin ich fest davon überzeugt, daß das der Fall sein wird. (Zuruf von den Kommunisten.) Aus diesem Grunde dürfen Sie ver- sichert sein, daß wir auch in Zukunft unserer grund- sätzlichen Einstellung nach der Richtung treu bleiben, ob Sie uns folgen oder nicht. (Beifall bei der Zentrums- partei.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Beck. (Zuruf von den Kommunisten.)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Ernst. (Zurufe von den Kommunisten.) Ja, Herr Beck kommt nicht.

Abgeordneter Ernst-Herzogenrath: (Zuruf von den Kommunisten: Der Vertreter von Muckermann!) — Beruhigen Sie sich, Sie werden schon das Ihrige bekommen! (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Es ist einfach unerhört, wenn die Vertreter der Kommunistischen Partei glauben, der Zentrumsparlei unterstellen zu können, daß sie hinsichtlich der Fürsorgebestrebungen nicht das Ihrige täte. Meine Damen und Herren von der Kommunistischen Partei! Ehe man daran dachte, jemals eine Kommunistische Partei zu gründen, haben die Damen und Herren, die meiner Fraktion heute angehören (Zurufe von den Kommunisten), auf dem karitativen Gebiete bereits so Ungeheures geleistet, was Sie in Ihrem ganzen Leben niemals zu leisten imstande sein werden. (Zurufe von den Kommunisten.) Bevor es in den vergangenen Jahrhunderten einen Parlamentarismus gab, können sich die Katholiken, wie überhaupt das Christentum, rühmen, auf karitativem Gebiete Ungeheures geleistet zu haben. (Unruhe bei den Kommunisten.) Für das, was später der Staat geschaffen hat, war ihm im wesentlichen die karitative Hilfe Vorbild. Er hat seine Pflicht eingesehen, hier ebenfalls einzuspringen.

Wenn wir heute bei den finanziellen Schwierigkeiten erklären, daß wir auch noch im Rahmen dieser Schwierigkeiten das tun werden, was möglich ist, so ist damit zum Ausdruck gebracht, daß wir uns von niemandem sonst übertreffen lassen werden (Zuruf von den Kommunisten), insbesondere von jenen Leuten nicht, die sich nach Verhältnissen eines anderen Staatssystems orientieren (Sehr richtig! im Zentrum), das wirklich nicht hinsichtlich der Fürsorge den Anspruch erheben kann, das Allernotwendigste zu tun. (Lebhafte Zustimmung.) Ich darf daran erinnern, meine Damen und Herren, daß in Rußland Millionen verwahrloster Kinder sich auf den Straßen herumtreiben, für die der russische Staat keinen einzigen Pfennig aufbringen kann. (Zuruf des Abgeordneten Deppe: Unter dem Zarismus! — Unruhe bei den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Noch etwas anderes. Es ist neulich festgestellt worden und die kommunistische Presse hat es nicht bestritten, daß im russischen Steinkohlenbergbau die Witwen verunglückter Bergleute nur 3 Monate eine Unterstützung bekommen. Im vierten Monat müssen sie sich melden, und wenn sie bei der Untersuchung für arbeitsfähig gehalten werden, müssen sie ins Bergwerk einfahren und arbeiten. (Hört, hört! in der Mitte. — Zuruf von den Kommunisten: Das ist eine Lüge von Muckermann!) Sie dürfen sich um ihre Familie nicht mehr kümmern. Das hat mit Muckermann nichts zu tun. Die „Machener Arbeiterzeitung“ hat das zugegeben mit der Bemerkung, daß sie über die bürgerliche Voreingenommenheit, Frauen mit Männern zusammen arbeiten zu lassen, hinaus wäre (Unruhe bei den Kommunisten. — Glocke des Vorsitzenden) und nichts darin sehe, wenn die verheiratete Frau unter Tage im Bergwerk beschäftigt sei.

Sie haben gar keine Veranlassung, hier große Reden zu halten, sondern versuchen Sie überhaupt einmal, karitative Fürsorge zu studieren. (Beifall im Zentrum.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schumacher-Röhl.

Abgeordnete Frau Schumacher-Röhl: Meine Damen und Herren! Wir sind die Vorwürfe gewohnt, die sich ja nachgerade bei jeder Sitzung des Provinziallandtages wiederholen, und das nicht einmal in einer originellen Form. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Sie sind auch allmählich abgebrüht! — Antwort des Abgeordneten Dr. Dighans: Seien Sie doch einmal ruhig da drüben, immer reden Sie dazwischen!) Sie haben einen sehr billigen Weg gewählt, um insbesondere auch dem Zentrum, den Vertretern der christlichen Weltanschauung, zu unterschieben, daß sie die Grundsätze, die sie vor dem christlichen Volk draußen vertreten und für die sie sich einsetzen, dadurch zuschanden machen, daß sie in der Politik eine andere Praxis gelten lassen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Haben Sie das noch nicht gemerkt?)

Meine Damen und Herren! Die Herren von der Linken vergessen bei all ihren Ausführungen, daß wir neben der staatlichen Hilfe auf dem Gebiete der Fürsorge, neben der behördlichen Hilfe, noch etwas anderes haben. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: An die Lumpensammlung der Bürger!) Wir appellieren an die Liebe des Menschen zum Menschen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Denken Sie nur an Herrn Muckermann!) Daß wir das nicht vergeblich tun, das beweist der Notwinter, den wir hinter uns haben. Und wenn Sie keine Ahnung davon haben, was in diesem Winter auf den Appell an die christliche Liebestätigkeit hin geschehen ist auch an Leuten, die zu Ihnen (zu den Kommunisten) gehören (Zustimmung im Zentrum), dann sind Sie das selber schuld. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Die Bürger haben das Geld von uns gestohlen!) Wir begnügen uns nicht damit, eine Fürsorge aus dem Säckel anderer Leute zu leisten, sondern wir sind bereit, auch persönlich Opfer zu bringen. (Zustimmung im Zentrum.) Und wenn wir in unseren Vereinen unseren Frauen sagen, daß der Kindermord kein Rettungsmittel ist für die Familie, auch nicht für die Mutter und zu allererst für das Kind (Zuruf der Abgeordneten Frau Esser: Sie lassen es verhungern!), dann tun wir gleichzeitig ein anderes, dann rufen wir die Verantwortlichkeit aller auf, den notleidenden Kindern und Müttern zu helfen, und nicht ohne Erfolg. Wenn Sie sich einmal die Mühe geben wollten, sich anzusehen, was an praktischer Hilfe für Mutter und Kind etwa in unseren katholischen Frauen- und Müttervereinen tagaus tagein geschieht in der Hilfe für die Wöchnerinnen und für die Kinder (Zustimmung im Zentrum), in der Hilfe für die kinderreichen Mütter, die wir z. B. in diesem Winter, nachdem die behördliche Hilfe infolge der Zahlungsschwierigkeiten aussetzte, trotzdem aus eigenen Mitteln durchgehalten haben, die wir auch weiterhin durchhalten werden, indem wir die Hilfe der einen Frau für die andere in Anspruch nehmen, dann werden Sie nicht mehr sagen, daß wir kein Herz haben. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Ihr habt auch gebettelt, dann könnt Ihr durchhalten!)

Meine verehrten Damen und Herren! Wir sind in ganz falschen Vorstellungen befangen, wenn wir immer

glauben, nur an behördlicher Hilfe das Maß dessen zu haben, was in unserem Volke an gegenseitiger Hilfe geschieht. Diese behördliche Hilfe kann immer nur eine ergänzende Maßnahme sein, und Sie können die Summe so hoch nehmen, wie Sie wollen, Sie werden die Not niemals lindern, wenn Sie in dem Volke den Willen zur Selbsthilfe und zur gegenseitigen christlichen Liebestätigkeit ertönen, so wie Sie (zu den Kommunisten) es planmäßig machen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir sind auf dem besten Wege, die allertiefsten und innersten Kräfte, die uns zusammenhalten und die vor allem in einer Notzeit wesentlich sind, zu zerbrechen, indem wir uns in dieser Form gegenseitig verheizen. Wir wollen als Parlament, als politische Körperschaft das tun, was nötig ist. Wir wollen nicht durch Forderungen, von denen wir im voraus wissen, daß sie sich nicht befriedigen lassen, daß sie einfach an der Unmöglichkeit, sie durchzuführen, scheitern werden, unseren Armen Sand in die Augen streuen und in ihnen Hoffnungen wecken, die nachher bitter enttäuscht werden, sondern wir tun hier an dieser Stelle das (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Ihr tut überhaupt nichts!), was uns durchzuführen möglich erscheint.

Im übrigen möchte ich von dieser Stelle auch noch einmal alle die, die mit uns auf dem Boden einer christlichen Gesellschaftsordnung stehen, auffordern, diese Notzeit als eine gewaltige und tiefe Verpflichtung an ihre persönliche Hilfsbereitschaft anzusehen. (Glocke des Präsidenten.) Ich weiß, daß ich da Wiederhall finde. Ich weiß, daß das nicht in die Luft gesprochen ist. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Gehen Sie mal mit dem Klingelbeutel herum!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Frau Abgeordnete, die Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordnete Frau Schumacher-Röhl (fortfahrend): Aber diese Liebestätigkeit nimmt nicht die große Glocke und posant die Taten aus, sondern sie weiß, daß sie die Verantwortung vor einem anderen abzulegen hat. (Beifall im Zentrum.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Beck.

Abgeordneter Beck: Sowohl von dem Vertreter des Zentrums als auch der SPD. wird immer versucht, die Verhältnisse in Rußland derartig katastrophal hinzustellen, wie sie in Wirklichkeit gar nicht vorhanden und längst widerlegt sind. Ich frage an dieser Stelle: Was haben Sie gegen früher zu verteidigen? Gegen früher haben Sie heute in Deutschland den Bankrott, gegen früher haben Sie heute einen Trümmerhaufen, während die russischen Arbeiter und Bauern einen Trümmerhaufen übernommen haben und heute bereits ein aufwachsendes Gebäude zu verzeichnen haben. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Gilles: Gehen Sie doch nach Rußland!)

Ein einziges Bild! Ich glaube, unter uns sitzt der Abgeordnete Bracht, Oberbürgermeister von Essen. Dort ist eine Frau von 31 Jahren — die können Sie hier in der Fotografie sehen — 55 Pfund schwer. (Hört, hört!) bei den Kommunisten.) Was gibt man dieser Frau? Sie erhielt bisher Butter. Man gibt ihr jetzt Sanella-Margarine! Das ist Ihre Liebestätigkeit! Sehen Sie einmal diese Frau (der Redner zeigt das Bild) und dann urteilen Sie darüber, was Sie ver-

teidigen. Sie verteidigen den Hunger. Sie sind es gewesen, die immer mehr und mehr das werktätige Volk dem Hungerkurs aussetzen, damit die wenigen Tausende zu fressen haben (Sehr gut! bei den Kommunisten), damit die wenigen Tausende noch mehr in ihrem Geldschrank anhäufen können. Das ist Ihre Politik. Und wenn Sie von freier Liebestätigkeit sprechen, wenn Sie davon sprechen, unsere Leute kämen zu Ihnen und seien froh, dort etwas zu erhalten, dann sagen wir Ihnen: Ehe man etwas hergeben kann, muß man es zuerst irgendwo anders holen, und all die Gelder und die Kleider, die Sie abgeben, haben Sie vorher — ich habe das durch einen Zwischenruf bereits festgestellt — von uns, von der werktätigen Masse, geholt. Die Arbeiter speisen Sie mit Hungergrotschen ab. Die Gewerkschaftsführer vom Schläge Ernst, ebenso wie von der SPD., sind diejenigen, die den Hungerkurs jener Bankiers, die hier auf der Rechten sitzen, unterstützen, die es für gerecht ansehen, wenn eine Großbank zusammenbricht, 700 Millionen Mark auszuwerfen. Für Kinderpeisung hat man aber nichts übrig. Für den Panzerkreuzer, für den Wehretat, für die Polizei hat man Millionen und aber Millionen sowohl im Brüning-Deutschland als auch im Severing-Preußen übrig. (Glocke des Präsidenten.) Dagegen wenden wir Kommunisten uns mit allem Recht und mit uns die gesamte werktätige Bevölkerung, die noch anständig denkt. (Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Becker.

Abgeordnete Frau Becker: Ein paar kurze Worte zu den Ausführungen des Herrn Beck. Er will hier — ich will es noch einmal sagen — den wilden Mann markieren. Ich muß aber einmal erklären, welchen Schwindel diese Leute mit der Roten Hilfe treiben. Mit Ihren Sammlungen für die Rote Hilfe wird Schindluder getrieben. (Erregte Zurufe von den Kommunisten: Das ist unerhört! — Zuruf des Abgeordneten Renner: Das wagen Sie als Vertreterin der korrupten Arbeiterwohlfahrt zu sagen?) Lassen Sie mich einmal aussprechen. (Große Unruhe bei den Kommunisten. — Zuruf des Abgeordneten Renner: Wenn Sie nicht eine Frau wären, sollte man Ihnen ein paar Ohrspeigen geben!) Das Geld kommt nicht in die Kreise, wo die Geldgeber es haben wollen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Renner, ich rufe Sie zur Ordnung!

Abgeordnete Frau Becker (fortfahrend): Kleine Kinder schicken Sie an die Betriebe und auf die Straße, um Geld zu sammeln; Sie bringen diese Kinder schon in eine sehr gefährliche Situation.

Dann will ich Ihnen noch einmal etwas aus meiner persönlichen Erfahrung sagen. Ich glaube, da werden mir alle diejenigen, die in den Städten und Gemeinden wohnen, beipflichten. Die Gelder, die Sie sammeln (Unruhe bei den Kommunisten) — Sie können schreien, ich kann es noch lauter, glauben Sie das (Heiterkeit) —, die Sie für die Rote Hilfe sammeln, brauchen Sie nicht für Wohlfahrts- und Fürsorgezwecke, sondern für Ihre parteipolitische Agitation. (Unhaltend große Unruhe bei den Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.) Ihre Leute, die in Not sind, kommen zu uns. Die Stadtverordneten der Kommunistischen Partei in der Stadt

Düsseldorf haben in einer Wohlfahrtsbeiratsitzung auch das Maul aufgerissen, aber nicht mit praktischen Vorschlägen, sondern nur mit Schimpfen und Töben auf die Verwaltung. Ich bin ihnen entgegengetreten. Am nächsten Tage habe ich wieder eine Sitzung gehabt, in der eine Stadtverordnete vertreten war. Da hat mir Ihre Vertreterin gesagt: „Das war nicht richtig, daß Sie uns so angegriffen haben.“ Ich habe darauf gefragt: „Sollen wir uns bei der Arbeit, die wir leisten, auch noch anpflaumen lassen?“ Da hat mir Ihre Vertreterin gesagt: „Ja, das ist ja wahr. Das dürfen wir unseren Leuten nicht sagen. Wir haben keine Leute, die auf dem Gebiete der Wohlfahrt und Fürsorge arbeiten, besonders nicht in dem Stadtteil, wo Sie wohnen.“ — Ich wohne in einem Stadtteil, wo vielleicht 100 000 Arbeiter wohnen. — „Da schickte ich die Leute zu Ihnen, und ich muß feststellen, daß die Leute dann zu mir kommen und sagen: Die Sozialdemokraten helfen uns aber doch! Aber Ihr dürft das nicht sagen.“ (Lachen bei den Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.) So sieht es überall aus. Mit Ihrer groben parlamentarischen Arbeit kommen Sie nicht weiter. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß durch unsere vernünftige Politik die Kinder nicht so verwahrlost werden wie in Rußland. (Unruhe bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Ich bitte um Ruhe.

Abgeordnete Frau B e c k e r (fortfahrend): Glauben Sie doch nicht, Sie könnten uns mit Ihren Märchen aus Rußland fangen! Wir, die wir jahrzehntelange praktische Erfahrungen im Fürsorge- und Wohlfahrtswesen haben und bei den Errungenschaften mitgeholfen haben (Zuruf von den Kommunisten: Wo sind die Errungenschaften?), wir wissen, was Los ist. Wenn Herr Beck sagt, er habe nichts zu verlieren, so will ich ihm sagen, daß er noch sehr viel zu verlieren hat. Wenn Sie den alten Staat und die alte Ordnung wieder hätten, ständen Sie nicht hier und würden diese fleghaften Reden führen. (Unruhe bei den Kommunisten.) Dann würden Sie draußen sein, wo Sie auch hingehören. Eigentlich ist die kommunistische Fraktion mit ihrer Unterwürigkeit, mit ihrer Unehrllichkeit, mit dem Willen, gar nicht an den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen mitzuarbeiten, gar nicht wert, daß man hier seine Kraft und Zeit verbraucht. (Glocke des Präsidenten.) Ihr seid unverbesserlich. Aber wir haben eine Verantwortung in uns und tragen das große Verantwortungsgefühl, das wir der Arbeiterschaft gegenüber schuldig sind. Das nutzen wir aus und wir arbeiten gemeinsam mit anderen Parteien hier im Landtag, soweit wir zusammengehen können (Glocke des Präsidenten) im Interesse der Arbeiterschaft und im Interesse der armen fürsorgebedürftigen Kinder. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Große Unruhe und erregte Zurufe zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Die Besprechung ist geschlossen. Ich bitte jetzt Ruhe zu halten. (Große Unruhe und fortgesetzte Zurufe zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.) Herr Abgeordneter Renner, ich rufe Sie zur Ordnung. (Unhaltende Unruhe.) Wenn die Ruhestörungen weiter fortgehen, werde ich diejenigen von der Sitzung ausschließen, die sich der Ruhestörung schuldig machen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Darf ich mich nicht einmal gegen den Zuruf „Steg!“

wehren? Haben Sie das nicht gehört?) — Ich werde darüber zu befinden haben, was in Ordnung und was in Unordnung ist. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ihre kapitalistische Unordnung kennen wir!)

Die Besprechung ist geschlossen. Getrennte Abstimmung ist nicht beantragt. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des IV. Sachausschusses sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Die Anträge des Ausschusses 13—15 sind angenommen.

Wir kommen zu Punkt 16 bis einschließlich 21. Berichterstatter zu 16 und 17 ist Herr Abgeordneter Dr. Dechamps.

Abgeordneter Dr. D e c h a m p s : Meine Damen und Herren! Alljährlich legt uns der Provinzialausschuß eine Uebersicht vor über den Stand des Ausbaues und der Uebernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung des Provinzialverbandes. Von rund 2000 Kilometer Straßen, die zu übernehmen sind, sind bisher schon 743 Kilometer Straßen übernommen worden. Die Einzelheiten ersieht Sie aus der Druckfache Nr. 7. (Unruhe bei den Kommunisten.) — Wir sind doch schon gar nicht mehr bei der Wohlfahrtspflege, sondern wir sind jetzt auf der Straße! (Zuruf von den Sozialdemokraten: Da können die es noch besser!)

Meine Damen und Herren! Der III. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, von dem Stande des Ausbaues und der Uebernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung des Provinzialverbandes Kenntnis zu nehmen.

Zu dem 2. Punkt! Wir haben im vergangenen Jahr einen Betrag bis zur Höhe von 950 000 RM für den Bau der zweiten Moselbrücke in Koblenz bewilligt. Wir haben es damals dem Provinzialausschuß überlassen, die genaue Höhe festzusetzen. Der Provinzialausschuß hat die Höhe auf 950 000 RM festgesetzt und beehrt sich, dem Provinziallandtag folgenden Beschluß vorzuschlagen:

„Der Provinziallandtag nimmt Kenntnis von der Festsetzung der Höhe des Zuschusses für die zweite Moselbrücke in Koblenz durch den Provinzialausschuß und der vorgesehenen Zahlung des Zuschusses in einzelnen Jahresraten bis zum Jahre 1939.“

Der III. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, diesem Antrag zuzustimmen.

Stellvertretender Vorsitzender E b e r l e : Wir kommen zu Punkt 18 bis 20. Berichterstatter Herr Abgeordneter Lenz. Wird auf die Berichterstattung verzichtet? (Zustimmung.)

Zu Punkt 21 Berichterstatter Herr Abgeordneter Junglas.

Abgeordneter Junglas : Meine Damen und Herren! Durch den bekannten Erdbeben oberhalb Cochem ist die Provinzialstraße an dieser Stelle mit Geröll überschüttet und gesperrt worden; sie ist also für den Verkehr nicht frei. Deshalb sind zwei Anträge an die III. Kommission gestellt worden, der erste von der Zentrumspartei, die beantragt, sofort die Beseitigung des Verkehrshindernisses zu bewerkstelligen und die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen und zweitens auch die projektierte Umgehungsstraße sofort in Angriff zu nehmen. Außerdem hat der rheinische Verkehrsverband den Antrag gestellt, für die sofortige Wiederinbetriebnahme der Straße die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Verwaltung hat dazu erklärt, daß sie sofort mit den Aufräumungsarbeiten beginnen wird, damit die Straße für den Verkehr wieder freigegeben werden kann und dadurch die Schäden, die die Moselbewohner durch die Fernhaltung des Verkehrs erleiden, herabgemindert oder ganz behoben werden. Sie wird also das tun, was notwendig ist, und durch Absprengungen der Ueberhänge dafür sorgen, daß die Straße ohne Gefahr befahrbar wird.

Für die Anlage der Umgehungsstraße liegen zur Zeit noch keine Möglichkeiten vor, und zwar erstens wegen des Fehlens der Mittel und zweitens, weil man nicht weiß, inwieweit der Berg weiterrutscht. Augenblicklich sind 25 000 Kubikmeter verschoben. Es kann aber sein, daß noch 100 000 oder gar 500 000 Kubikmeter in Bewegung gesetzt werden. Weil nach dieser Seite jetzt noch keine Entscheidung möglich ist, schlägt die III. Sachkommission dem Provinziallandtag folgendes vor:

„Der Provinziallandtag ersucht den Provinzialausschuß, für die möglichst baldige Beseitigung des Verkehrshindernisses Sorge zu tragen, gleichzeitig erwartet der Provinziallandtag, daß die Staatsregierung in Anbetracht des notleidenden Haushaltsplanes der Provinzialverwaltung und des großen Umfangs des schadenbringenden Naturereignisses sich an den Kosten zur Wiederherstellung eines gefahrlosen Zustandes beteiligt.“

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **D e p p e**.

Abgeordneter **D e p p e**: Auch im Straßenbauwesen wirkt sich der kapitalistische Niedergang ganz gefährlich aus. Das zeigte gestern die Behandlung in der Sitzung des III. Sachausschusses, wo man sich den Kopf zerbrach, woher man die Mittel nehmen sollte, um den Straßenbau weiter zu erhalten. Sogar der Oberpräsident erschien persönlich in der Sitzung, um sein Bedauern über die katastrophale Lage des Straßenbaues in der Rheinprovinz auszudrücken. Die Wege sind heute schon derart schlecht, daß man Schilder aufstellen muß, die vor diesen schlechten Wegen warnen. Die Wege sind schlecht, aber dafür sind die Schilder um so schöner. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Auch der Oberpräsident sucht einen Ausweg aus dieser Krise. Aber die Vorschläge, die er gemacht hat, werden bei der Arbeiterklasse keinen Anklang finden. Denn er führte aus: „Wir müssen versuchen, mit möglichst wenig Geld viele Arbeiter zu beschäftigen.“ Er führte dann weiter aus, daß man die Erwerbslosen zu dem freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen müsse. Man will versuchen, mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes aus dieser Klemme herauszukommen. Wir Kommunisten lehnen ein derartiges Aufinnen ganz strikte ab.

Andererseits habe ich schon darauf hingewiesen, daß noch genügend Mittel vorhanden sind, wenn man nur daran gehen wollte, die riesigen Gehälter der oberen Reichs- und Staatsbeamten abzubauen. Aber da traut man sich nicht heran. Diese Herren müssen ihre Gehälter weiterbeziehen! Dafür können die Straßen der Rheinprovinz weiter verderben!

Die kommunistische Fraktion hat nichts mit dem Arbeitsdienst zu tun. Sie ist der Meinung, daß man hier in diesem System, wo alles auf Ausbeutung eingestellt ist, auf Kosten der Arbeiterschaft und der Er-

werbslosen sanieren will. Das lehnen wir strikte ab. Die erwerbslosen Arbeiter, die jetzt schon jahrelang gehungert haben, die keine Kleidung und keine Schuhe haben, will man jetzt zum freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen und will sie vielleicht mit ein paar Hungergroßchen abspeisen. Woher sollen diese Leute, die keine Kleider und keine Schuhe haben, die Mittel hernehmen, um sich die notwendigen Kleidungsstücke zu beschaffen? Es ist vollständig ausgeschlossen, daß auf diese Art und Weise der Straßenbau in der Rheinprovinz saniert werden kann.

Auch die Pflichtarbeit, die augenblicklich in den Städten und Gemeinden vorherrschend ist, bekämpfen wir auf das schärfste. Wir fordern die Aufhebung dieser Pflichtarbeit. (Zustimmung bei den Kommunisten.)

Man hat allein für die Rheinprovinz allerhand Abstriche gemacht. So hat man z. B. für den Erweiterungsbau der Straßen und Wege 7 828 000 RM gestrichen. Man sieht hier, daß in Zukunft die Straßen weiter verkommen werden, und alle Maßnahmen, die bisher ergriffen wurden, vor allem die Sparmaßnahmen, nicht dazu beitragen, diese Arbeiten durchzuführen, sondern die Sparmaßnahmen werden weitere Erwerbslosigkeit schaffen und eine weitere Verelendung der arbeitenden breiten Klasse herbeiführen. Das ist das Programm der kapitalistischen Gesellschaftsordnung; auf Kosten der Arbeiterschaft will man heute die Wirtschaft aufbauen.

Wir haben dann verschiedene Anträge gestellt, z. B. die Arbeiten nur an solche Unternehmer zu vergeben, die auch gewillt sind, die Löhne, die vor den Notverordnungen bestanden haben, zu bezahlen. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Wir haben aber kein Interesse daran, die alte kapitalistische Mißwirtschaft weiter zu unterstützen, sondern wir fordern für alle Arbeiter, auch die in der Provinz beschäftigt werden, anständige Löhne. Wir fordern nicht Lohnabbau, sondern Lohn-erhöhung. Wenn diese Unternehmer darauf bedacht sind, auch noch die Löhne zu reduzieren, so werden wir dagegen schärfste Front machen.

Dann ist ein Antrag zu dem Bau der Moselbrücke gestellt worden, wo die Arbeiter manchmal nicht nach den tariflichen Löhnen bezahlt werden, wo sie aber auch nicht menschlich behandelt werden. Da ist z. B. der Schachtmeister **Heck**, der die Leute schlecht behandelt und sie mit ganz robusten Ausdrücken traktiert, wie z. B.: Ich trete Euch in den Arsch, usw. Das sind also die Stützen der Gesellschaft! Ebenso nimmt der Bohrmeister **Hauer**, ein Nazi, an dieser rohen Behandlung teil und versucht auf diese Art und Weise die kapitalistische Gesellschaft zu retten. Weiter muß darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiter ihre Wochenlöhne von dem geringen Lohn selbst bezahlen müssen. Die Preßluftarbeiter haben früher 3 RM pro Stunde erhalten, weil das eine so gefährliche und angreifende Arbeit ist. Jetzt versucht man Arbeiter zu bekommen, die dieselbe Arbeit für 1,80 RM machen. Dann ist festgestellt worden, daß Dampfhauerarbeiter, die 96 Rpf pro Stunde bekommen sollen, nur mit 88 Rpf abgespeist werden. So sieht also die Geschichte aus. Wir sind der Meinung, daß sich die Provinzialverwaltung um diese Sachen kümmern muß. Es genügt nicht allein, daß die Mittel für den Bau der Moselbrücke von ihr bewilligt worden sind, sondern wir müssen verlangen,

daß auch kontrolliert wird, daß die Arbeiter, die bei diesem Brückenbau beschäftigt werden, auch zu ihrem Recht kommen.

Kurz und gut, die ganzen Sparmaßnahmen, die hier angeführt worden sind, werden nicht dazu führen, das Straßennetz der Rheinprovinz in Ordnung zu halten. Deshalb sagen wir: Wir sind diejenigen, welche die Massen mobilisieren für den Kampf um höhere Löhne, für Freiheit und für Brot. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Wir haben kein Interesse daran, die alte reaktionäre kapitalistische Gesellschaftsordnung zu unterstützen. Das überlassen wir den Sozialdemokraten und den Parteien, die sich seit 1914 für die Sanierung des Kapitalismus eingesetzt haben. Wir werden die Massen dahingehend aufklären, daß sie, solange das kapitalistische System bestehen bleibt, immer tiefer ins Elend hineinkommen und daß nur ein Ausweg vorhanden ist: das ist der Kommunismus. Nur durch den Kampf zum Sturze des Kapitalismus wird eine andere Wirtschaft Platz greifen, die es allen Menschen ermöglicht, Arbeit, Brot und Freiheit zu haben, aber auch allen Menschen, nicht wie es im Kapitalismus ist, wo ein kleiner Teil der Menschen auf Kosten der gesamten Arbeiterschaft schwelgt und praßt, sondern eine Wirtschaft, wo nur derjenige, der arbeiten will, sein Brot haben soll. (Abgeordneter Dr. Schüler: Sehr richtig!) Deshalb sind auch die Lügen aufgetaucht, die die Muckermänner verbreitet haben. Da ist z. B. ein Muck-Arbeiter von Rußland zurückgekehrt; die Arbeiter in Sowjet-Rußland mußten feststellen, daß dieser Kerl zu faul zum arbeiten war. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die Arbeiter haben sich zusammengeslossen und dafür gefordert, daß dieser Mann nach Deutschland zurückkehren mußte. So liegt die Geschichte in Wirklichkeit. Also mit den Muckermann-Lügen können Sie heute die Welt nicht mehr befoffen machen; denn die Wahrheit bricht sich Bahn und wird sich noch weiter Bahn brechen, und mancher von Euch, der heute hier sitzt, wird in Zukunft erleben müssen, daß die kommunistische Partei im Recht ist, wenn sie vom Anfang an erklärt hat, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, den Menschen Arbeit und Brot zu geben, sondern nur der Kommunismus. Deshalb sagen wir: Kampf bis zum Siege! (Beifall bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Bühler**.

Abgeordneter **Bühler**: Meine Damen und Herren! Auf dem Gebiete des Straßen- und Wegebaues hat ja die Provinz in früheren Jahren — das muß anerkannt werden — Erhebliches geleistet und leisten können. Aber seit der Schrumpfung der Gesamtwirtschaft, seit dem Niedergang in der kapitalistischen Wirtschaft sehen wir die Erscheinungen des Niedergangs auch im Straßen- und Wegebau der Provinz. Es ist aber auch allgemein bekannt, daß gerade der Straßen- und Wegebau sich positiv gestaltet und Werte schafft, die von längerer Dauer sind. Fachleute auf diesem Gebiet haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Gemeinden, die Kreise, die Länder und das Reich alles daransehen müssen, um auf diesem Gebiete produktive Arbeit leisten zu können. Da sollte die Provinz nicht zurückstehen.

Ich darf einen einzigen Fachmann einmal zitieren. Auf der 7. Hauptversammlung der Studiengesellschaft

für Automobilstraßenbau erklärte der Baurat Dr.-Ing. **Miebert** folgendes:

„Daß der Straßenbau als produktiv anzusehen ist, darüber dürften Zweifel wohl nicht mehr bestehen; produktiv nicht im Sinne einer höchstmöglichen Verzinsung des investierten Kapitals, sondern in dem Sinne, daß eine zweckentsprechende Kapitalinvestierung im Straßenbau den Wirkungsgrad der Wirtschaft insgesamt erhöht, daß also dadurch der Gesamtertrag der Volkswirtschaft steigt. Auch die arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Straßenbaues ist unumstritten. Wie kein anderer Wirtschaftszweig bietet der Straßenbau, da er in besonders hohem Maße arbeitsintensiv ist, Beschäftigungsmöglichkeiten gerade auch für ungelernete Arbeiter. Entfallen doch rund zwei Drittel der für den Straßenbau aufgewendeten Mittel auf Löhne und Gehälter.“

Wenn wir aus diesen Kreisen derartige fachmännische Urteile hören, so glauben wir, ein Recht zu haben, von der Provinz zu verlangen, daß sie mehr noch als bisher dem Straßen- und Wegebau die größte Aufmerksamkeit zuwendet. Aber nicht, daß nun der Provinzialausschuß kommt und uns als Provinziallandtag zumutet, daß wir die Ermächtigung geben, wie es sogar im Vorbericht heißt, die Substanz anzugreifen. Dem dürfen und können wir als Provinziallandtag unsere Zustimmung nicht geben.

Wörtlich heißt es im Vorbericht:

„Weitere Kürzungen werden allerdings zur Folge haben, daß beispielsweise auf dem Gebiete des Straßen- und Hochbaues auch die zur Substanzerhaltung unbedingt erforderlichen Arbeiten dann unterbleiben müssen.“

Das wäre natürlich ein unerträglicher Zustand. Wenn die Substanz aufgegeben wird, wenn die Abdrosselung in dem Sinne vor sich gehen soll, meine Damen und Herren, nenne ich das nicht Abdrosselung, sondern Erdrosselung der Gesamtwirtschaft, Erdrosselung des gesamten Straßen- und Wegebaues. Dem können und dürfen wir unsere Zustimmung nicht geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Allerdings hat, nachdem dieser Bericht erschienen war, der Herr Oberpräsident in seiner vorgestrichenen Rede hier ausdrücklich erklärt, daß wir uns hüten sollten, die Sparsamkeit so weit zu treiben, daß sie die Substanz angreift. Ich habe hier einen Bericht, der die Rede des Herrn Oberpräsidenten in diesem Teil wiedergibt. Er hat u. a. gesagt:

„Auch unter den heutigen beschränkten Verhältnissen mit geringeren Mitteln kann viel geleistet werden.“

Er sagte aber im Anschluß daran:

„Es wäre der größte Fehler, wenn notwendige und dringende Arbeiten, wie beispielsweise die Arbeiten zur Unterhaltung der Straßen, bei dem Ueberfluß an Arbeitskräften ungetan blieben.“

Ich möchte hier dem Herrn Oberpräsidenten ein altes Wort zurufen: Mit Deiner Auffassung bleibe hart! (Hört! hört! bei den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Würden wir dem Provinzialausschuß die Ermächtigung geben, selbst die Substanz aufzugeben, dann könnten wir auch unser gesamtes Bauamt nach Hause schicken. Dann könnten wir den Herren des Bauamtes sagen: Bitte schön, es ist nirgendwo etwas vorhanden; wenn die Substanz

weg ist, dann seid auch Ihr dazu zu rechnen. Ich glaube nicht, daß der Provinziallandtag sich dazu aufschwingen wird.

Ist es denn nicht geradezu unerträglich, meine Damen und Herren, daß eine „steinreiche“ Stadt — ich meine jetzt buchstäblich „steinreich“ —, der Ort Mayen, straßenbaupolitisch so verschandelt ist, daß jeder Fremde, der dorthin kommt, staunen muß, daß in dieser steinreichen Stadt Schlaglöcher und verkehrs-unmögliche Straßen vorhanden sind und dabei hunderte arbeitslose Steinarbeiter dastehen, daß wir dort viele Kubikmeter Material an der Straße liegen haben und die Arbeitslosen ihre Betrachtungen darüber anstellen, warum nicht gearbeitet wird!

Meine Damen und Herren! Wir müssen nach Mitteln sinnen, um hier die arbeitslosen Arbeiter beschäftigen zu können, weil es uns da auch möglich ist, ungelernete Arbeiter zu beschäftigen. (Zuruf rechts: Arbeitsdienstpflicht.) Wenn Sie, meine Herren, von der Arbeitsdienstpflicht sprechen, so will ich darauf hinweisen, daß an anderer Stelle der Tagesordnung über diese Dinge einmal ernsthaft gesprochen werden muß. Aber glauben Sie nicht, daß weite Kreise der Bevölkerung der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht so eine große Liebe entgegenbringen. Ich weise, ohne jemanden anzugreifen, darauf hin, daß die Gewerkschaften aller Richtungen diesen Dingen mit der größten Skepsis gegenüberstehen. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Aber im übrigen sind sie einverstanden?) Im III. Sachausschuß, wo ein Vorstoß für den freiwilligen Arbeitsdienst in einer Resolution unternommen war, ist diese Resolution nach Schluß der Aussprache zurückgezogen worden. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Auf dem Papier!) Ueberzeugend werden wir Ihnen bei einem anderen Tagesordnungspunkte nachweisen, daß der Aufbau, die Art der Organisation und die Inanspruchnahme der verschiedenen Organisationen beim freiwilligen Arbeitsdienst alles andere ist als erhehend. Da werden noch andere Wege und Mittel gesucht werden müssen, um die Arbeit anzukurbeln. Das wird Ihnen und der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht mehr möglich sein, meine Damen und Herren, sondern das wird erst dann möglich, wenn eine Planwirtschaft aufgestellt und durchgeführt wird. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Sowjetwirtschaft!) Dann wird auch die Arbeitslosigkeit wenigstens gemildert, wenn nicht gänzlich beseitigt werden. — Meine Herren Kommunisten, es wird dazu kommen, daß auch Sie in sachlicher Beratung mit uns gemeinschaftlich zu Tische sitzen müssen. Große Agitationsreden werden niemals Brot und Arbeit bringen, sondern nur eine sachgemäße Beurteilung der Dinge. Darum herangegangen an die großen Aufgaben, die unser harren. Sie sind wahrlich mehr wert als große Redensarten. Dazu müssen die Männer und Frauen aufstehen, die das nötige Deut- und Tatvermögen in sich haben. Dann erst wird es möglich sein, auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: In einem Sowjet-Deutschland!)

Stellvertretender Vorsitzender G e b e r l e: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Sachausschusses, die zu Punkt 16 bis 21 der Tagesordnung vorliegen. Ich bitte diejenigen, die nach dem Vorschlage des Sachausschusses beschließen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehr-

heit. Damit sind diese Punkte der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen jetzt im Zusammenhang zu den Punkten 22 bis 25.

Berichterstatter zu all diesen Punkten ist Herr Abgeordneter Dr. K o m b a c h. Er wird so freundlich sein, die Berichterstattung hintereinander zu erledigen.

Abgeordneter Dr. K o m b a c h: Meine Damen und Herren! Der VI. Sachausschuß hat wegen der finanziellen Lage der Provinz mit ganz besonderem Ernst geprüft, ob und in welchem Umfange die an sich schon stark gekürzten Mittel für die Kulturpflege noch zur Verfügung gestellt werden können. Er hat diese Prüfung besonders ernst auch deshalb vorgenommen, weil ein Kollege des Christlichen Volksdienstes in den letzten Tagen gerade die Ansätze für Beförderungen und Dienstreisen der hier tätigen Beamten glaubte beanstanden zu müssen. Demgegenüber hat der Ausschuß in eingehender Beratung festgestellt, daß eine Ueberbesetzung mit Personal bei den Dezernaten der Kulturpflege nicht vorliegt. Im Gegenteil haben wir geglaubt, annehmen zu sollen, daß man durch den Abbau von vier Kräften bereits über das Maß des Möglichen erheblich hinausgegangen ist. Daß die angelegten Reisekosten bei der Natur der Denkmalpflege und bei dem Aufgabekreis der hier tätigen Beamten auch nicht zu hoch zu bemessen sind, darüber war man sich im Ausschuß vollständig klar. Meine Damen und Herren! Die Herren, die dort arbeiten, betreiben eben ein Gewerbe im Umherziehen, und es wäre total verfehlt, wenn die Herrschaften rein büromäßig von hier aus ihre Aufgaben wahrnähmen.

Der vom Provinzialausschuß vorgeschlagenen Verteilung der Etatmittel bittet der Ausschuß zuzustimmen. Hiernach soll nicht der ganze für die Denkmalpflege vorgesehene Betrag von 70 000 RM verteilt werden. Vielmehr sollen 19 000 RM dem Provinzialausschuß zur Verfügung gestellt werden, um damit aus dem Gremium des Provinzialausschusses heraus noch einzelne besondere Aufgaben zu bedenken. Der Sachausschuß hat aber beschlossen, den Provinzialausschuß zu bitten, aus dem ihm überwiesenen Betrage weitere 10 000 RM für die Instandsetzungsarbeiten am Kölner Dom und weitere 6000 Mark für gleiche Arbeiten am Aachener Dom bereitzustellen. Maßgebend für diese Bitte des Sachausschusses war einerseits die außerordentlich große Dringlichkeit der an diesen bedeutungsvollen Baudenkmalern vorzunehmenden Arbeiten, weiterhin aber auch die schwierige Finanzlage der beiden Dombauvereine. Bisher haben diese beiden Vereine in der Hauptsache die Instandsetzungsarbeiten bestritten. Sie haben sogar in den letzten Jahren nicht unerhebliche Schulden aufgenommen, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können. Die wirtschaftliche Lage hat, wie ohne weiteres verständlich ist, die Mitgliederzahl auch hier gemindert, und deshalb sehen sich die Vereine außerstande, mit den etatsmäßig zur Verfügung gestellten Mitteln ihre Aufgabe zu erfüllen. Man wird auf die Dombaulotterie verweisen. Meine Damen und Herren! Aber auch hier bitte ich doch zu beachten, daß die unter dem Namen Kölner Dombaulotterie im allgemeinen bekannte Losgemeinschaft nicht allein dem Kölner Dom, sondern auch dem Aachener Dom, dem Kantener Dom und anderen kirchlichen Gebäuden zugute kommt.

Im Sachausschuß VI sind in eingehender Beratung außerordentlich viele Anregungen zur Förderung der Kulturpflege gegeben worden, deren Durchführung als notwendig anerkannt wird, aber wegen der Finanzlage zweifellos zur Zeit in diesem Umfange nicht möglich ist. Der Ausschuß ist aber der Auffassung, daß vielleicht bei anderen Titeln des Provinzialetat's sich immerhin noch eine Möglichkeit bietet, für diese kulturell so wichtigen Aufgaben, die sich in den zur Beratung stehenden Punkten auf den verschiedensten Gebieten der Kulturpflege ergeben, Mittel zur Verfügung zu stellen. Dabei hat er besonders der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die außerordentlich bedeutsamen Ausgrabungen im Altbachtale bei Trier fortgesetzt und bald zum Abschluß gebracht werden können und daß weiterhin das zur Zeit dem immer mehr fortschreitenden Verfall preisgegebene, kulturhistorisch so außerordentlich wichtige Gebäude des früheren kurfürstlichen Palastes in Trier endlich vom Reiche für die Einrichtung eines Zentralmuseums der Stadt Trier zur Verfügung gestellt wird. (Bravo!)

Besondere Aufmerksamkeit bittet der Ausschuß auch der Denkmälerstatistik zuzuwenden. Wenn es schon wegen der Finanzlage nicht möglich ist, die Denkmäler in einem Umfange zu erhalten, wie es wünschenswert wäre, so ist es um so dringender, diese Denkmäler inventarmäßig, insbesondere bild- und buchmäßig zu erfassen und die Vergangenheit wenigstens auf diesem Wege der Nachwelt zu erhalten.

Der Ausschuß schlägt also zu Nr. 22, 23 und 24 Annahme der Anträge des Provinzialausschusses vor.

Die SPD. hat unter Drucksache 42 den Antrag gestellt:

„Der 79. Rheinische Provinziallandtag wolle beschließen:

Sämtliche im Etat vorgesehene Mittel für die Zwecke der Denkmalpflege werden gestrichen, soweit diese Summe für die Erhaltung von Kirchen, kirchenähnlichen Einrichtungen oder monarchistischen Denkmälern verwendet werden sollen.

Zuschüsse werden nur geleistet für profane Bauten solcher Besitzer, deren jährliches Einkommen 4000 RM nicht übersteigt.“

Meine Damen und Herren! Die kulturgeschichtliche Entwicklung unserer rheinischen Heimat bringt es mit sich, daß die kirchlichen Baudenkmäler im Rheinlande überwiegen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus bittet der Ausschuß, den ersten Teil des Antrages der SPD. abzulehnen.

Was den zweiten Teil, die Zuschüsse für Profanbauten, angeht, so ist es zweifellos, daß bei der heutigen Lage des Hausbesitzes, insbesondere bei der Lage der Besitzer von profanen Kulturdenkmälern, die in ihrer Verwertbarkeit ja stark hinter diejenige anderer Häuser zurücktreten, eine Aufbringung besonderer Mittel in nennenswertem Umfange nicht möglich ist. Der Ausschuß geht davon aus, daß in jedem einzelnen Falle die vorliegenden Anträge von der Provinzialverwaltung hinsichtlich der Bedürftigkeit ihrer Besitzer genau geprüft werden. Es ist daher gewiß, daß hier schon die Provinzialverwaltung aus eigenem Antriebe nach dem Rechten sehen wird. Der Ausschuß bittet auch diesen zweiten Antrag der SPD. abzulehnen.

Bei Punkt 25 sind die Zuwendungen für die Theater herabgesetzt worden. Meine Damen und Herren! Der Ausschuß hat das außerordentlich bedauert. In klarer Erkenntnis der wertvollen Kulturarbeit, welche die Wanderbühnen gerade in den kleinen Städten und Gemeinden im letzten Jahrzehnt geleistet haben (Abg. Dr. Schüler: Richtig!), bittet der Sachausschuß dringend, zu prüfen, ob nicht eventuell aus Mitteln, die zur Verfügung des Provinzialausschusses oder des Landeshauptmanns stehen, hier die bisherigen Etatsansätze wiederhergestellt werden können. Im übrigen schlägt er auch hier die Annahme der Vorlage des Provinzialausschusses vor.

Die SPD. hat unter Nr. 43 der Druckfachen beantragt, unter Ablehnung der in Kapitel 69, Titel 3, vorgesehenen 6000 RM für bürgerliche Theater, Ueberweisung dieses Betrages an den Bund für neue Volkskunst, Sitz Düsseldorf. Weiter unter Nr. 44:

„Der vom Provinziallandtag 1928 gefasste Beschluß, wonach unter „Kulturpflege“ nur Organisationen unterstützt werden dürfen, die von Reich und Staat anerkannt sind, wird aufgehoben, um auch solche Einrichtungen fördern zu können, die sich, wie die Marxistische Arbeiterschule, die Erziehung breiter Volkskreise im marxistischen Sinne als Aufgabe stellen.“

Der Ausschuß bittet, aus grundsätzlichen Erwägungen diesem Antrage der SPD. Ihre Zustimmung zu versagen.

Darüber hinaus hat der Ausschuß selbst einen Antrag und einen Wunsch vorgebracht. Er ist der Auffassung, daß es an der notwendigen Verbindung zwischen ihm und der schon seit langem bestehenden Ständigen Kommission für Denkmalpflege fehlt. Dies mag seinen Grund darin haben, daß der VI. Sachausschuß erst vor kurzer Zeit gebildet worden ist und daß die Kommission für Denkmalpflege schon länger besteht. Um hier ein Gegen- und Nebeneinanderarbeiten, das zur Zersplitterung führen würde, zu vermeiden, bittet der Sachausschuß, den Provinzialausschuß zu ermächtigen, die Kommission für Denkmalpflege durch 4 Mitglieder des VI. Sachausschusses, von denen zwei das Zentrum, eins die Arbeitsgemeinschaft und eins die SPD. zu stellen hat, zu ergänzen.

Weiterhin wird gebeten — das ist die Bitte, die ich noch der Provinzialverwaltung vorzutragen habe —, daß demnächst der VI. Sachausschuß schon vor der Beratung des Etats gehört wird. Gestern sind in diesem Ausschuß, wie ich eben schon andeutete, außerordentlich viele und umfangreiche Anregungen, deren Durchführung ohne erhebliche Mittel möglich gewesen wäre, gegeben worden, insbesondere in der Richtung, wie in der Rheinprovinz durch Beteiligung der Lehrerschaft und der Arbeiterkreise und unter Heranziehung und Schulung von Erwerbslosen — im Wege der freiwilligen Arbeitsleistung — mit wenigem Geld viel geleistet werden könnte. Wir glauben, daß sich diese Pläne und Vorschläge vielleicht schon in die Wirklichkeit hätten umsetzen lassen, wenn der Ausschuß vor der Festsetzung des Etats gehört worden wäre. Ich darf deshalb dem Herrn Landeshauptmann die Bitte des Ausschusses hier unterbreiten, ihn in Zukunft vor der Etatsberatung zu hören.

Daran anschließen muß ich aber im besonderen Auftrage des Ausschusses ein Wort herzlichen Dankes nicht nur an alle die Beamten richten, die in den provinziellen Dezernaten der Kulturpflege tätig sind und die, wie schon die Fach-Zeitschriften ergeben, eine außerordentliche Arbeit in den letzten Jahren entwickelt haben, sondern darüber hinaus besonders auch an alle diejenigen, die sich auf den verschiedensten Gebieten der Kulturpflege im ganzen Rheinland ehrenamtlich in den Dienst der Sache gestellt haben. Wir sind uns darüber einig: Wenn diese ehrenamtlichen Kräfte uns für die Zukunft ihre Mithilfe versagten, würde damit der Kulturpflege im Rheinlande der denkbar größte Schaden zugefügt. Wir bitten deshalb auch mit unserem Danke zugleich die ehrenamtlichen Mitarbeiter, uns ihre Unterstützung auch in Zukunft nicht versagen zu wollen. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Zur Aussprache hat das Wort Herr Abgeordneter Riegel.

Abgeordneter Riegel: Es ist verständlich, daß man bei der Provinzialverwaltung sich veranlaßt sieht, einen Hungerhaushaltsplan vorzulegen, verständlich in einer Situation, wo die Mittel in Reich, Staat und Kommunen nicht mehr ausreichen, um das Notdürftigste zu beschaffen. Es ist verständlich, daß da ein Punkt wie die Kulturpflege, umfassend eine Reihe wichtiger Aufgaben, besonders hart angefaßt wird, weil die Vertreter der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung es natürlich als ihre Pflicht betrachten, nach außen hin wenigstens den Anschein zu erwecken, als wenn sie bereit wären, vor diese Aufgaben noch dringlichere, d. h. eben die Fragen, die wir bisher schon behandelt haben, treten zu lassen.

Wir stellen aber fest, daß in diesem Hungerhaushaltsplan die Ausgaben für die Kulturzwecke um rund 50 Prozent gekürzt werden sollen. Die Vertreter der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bekunden damit, daß sie für diese Zwecke, für diese ihre Kultur, heute in dieser Zeit der ungeheuerlichen Wirtschaftskrise auch nicht mehr die Beträge aufzuwenden vermögen, die sie eigentlich Anlaß hätten, dafür aufzuwenden. Wir Kommunisten stehen ja diesen Fragen ganz anders gegenüber; wir verzichten darauf, die Mitteln in Angriff zu nehmen, die auch bei diesem Punkte des Etats von anderen Parteien angewandt worden sind.

Wenn z. B. die sozialdemokratische Fraktion am Dienstag in der ersten Sitzung den Antrag stellte, im Haushaltsplan die gekürzte Summe für Kinderspeisung von 130 000 RM wieder auf 150 000 RM zu erhöhen und die dazu erforderlichen 20 000 RM aus dem Fonds zu entnehmen, der dem Provinzialausschuß für Kulturzwecke zur Verfügung steht, so ist dies natürlich wiederum eines der beliebtesten demagogischen Mittelchen, mit denen die Sozialdemokratie glaubt, ihr warmes Herz für die hungernden Kinder zeigen zu können. (Sehr richtig! bei den Kommunisten. Zuruf eines sozialdemokratischen Abgeordneten: Sie merken aber auch alles!)

Wenn auch die Partei des Christlichen Volksdienstes Anträge stellte und sie auch zu vertreten suchte, daß hier und dort noch Kürzungen in dem Kulturetat möglich wären, um die ersparten Beträge dann für Zwecke der Wohlfahrt zu verwenden, so ist das wiederum

kennzeichnend, weil damit ja wirklich nur von einem Teil etwas genommen werden soll, um es anderen Teilen zuzuwenden, während alle Teile als Ganzes und zusammengenommen doch nur darauf hinauslaufen, die Mittel, die verwandt werden, im Interesse des gegenwärtigen Systems zu verwenden.

Es wird auch damit nichts geändert, wenn von dem Vertreter der Provinzialverwaltung gesagt wird, daß all die in diesen Kapiteln festgelegten Summen zum größten Teil Arbeitern, Angestellten und Künstlern zugute kommen. Wir sind als Kommunisten der Auffassung — und deshalb unsere Ablehnung auch dieser hier im Etat für Denkmal- und Kulturpflege festgelegten Summe —, daß, wenn diese Mittel aufgewandt werden sollen, sie für andere, wichtigere Zwecke aufgebracht und verwandt werden müssen. Wir stehen auf dem Standpunkt, wie wir dies auch in der Kommission bei der Vertretung unserer Anträge erklärt haben, daß der Mensch im Mittelpunkt aller Beratungen und aller Verhandlungen stehen muß. Solange wir alle sehen und feststellen, solange alle Abgeordneten, auch diejenigen, die nicht Kommunisten sind, uns zugehen müssen, daß in dieser gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Hunderttausende, ja Millionen Menschen buchstäblich hungern, daß eine Verzweiflungsstimmung bei Tausenden und aber Tausenden vorhanden ist, die sie zum Selbstmord als dem einzigen Ausweg aus diesem Elend greifen läßt, kann es nicht angebracht sein, Hunderttausende von Mark in dieser Provinz für tote Gegenstände aufzuwenden. In dieser Situation muß das Entscheidende sein, alles, was zu beschaffen möglich ist, im Interesse der hungernden, darbenenden Menschheit zu verwenden.

Ich habe schon im vergangenen Jahr erklärt, daß die Vertreter der kapitalistischen Kreise, die so warm eintreten für die Erhaltung ihrer Kultur, die Pflege ihrer Denkmäler, der alten wilhelminischen Denkmäler usw., die Erhaltung der Kirchen als Vertreter der christlichen Lehre doch aus ihren eigenen Mitteln die dazu erforderlichen Summen aufbringen müßten, um das, was sie in der Theorie vertreten, auch durch die Praxis zu beweisen. Sie sollten also die erforderlichen Summen zur Denkmalpflege, zur Erhaltung der Kirchen, der wilhelminischen Denkmäler usw. aus ihren eigenen Mitteln nehmen, weil sie dann das, was sie theoretisch vertreten, auch praktisch durchführen. Es kann aber nicht angehen, daß auf diese Art und Weise von den kärglichen Summen, die der Provinz in diesem Hungeretat zur Verfügung stehen, noch rund 600 000 RM für diese Zwecke aufgebracht werden.

Wenn wir als Kommunisten diese Forderung gestellt haben, so geschah es von dem Gesichtspunkt aus, daß natürlich hier in diesem Provinziallandtag, ebenso wie in dem Ausschuß, der sich mit dieser Frage näher beschäftigte, heute keine Mehrheit vorhanden sein wird, die diesen Forderungen ihre Zustimmung gibt. Wir sind ja überzeugt davon, daß die Vertreter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zu denen die Vertreter der Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den Nazis gehören, keine Veranlassung haben, ihre Gegner zu stärken und Summen aufzubringen, die zur Vertiefung der marxistischen Lehre verwandt werden sollen. Sie haben vielmehr allen Anlaß, die Summen,

die ihnen noch geboten werden können, zu verwenden, um das von ihnen vertretene System zu stützen und zu stärken.

Der Antrag der Sozialdemokratie, aus dem Fonds noch 20 000 RM zu entnehmen, steht in enger Verbindung mit den Ausführungen, die ihr Vertreter, Herr Abgeordneter Kurth, zu einem anderen Punkte der Tagesordnung gemacht hat. (Glocke des Vorsitzenden.) Wenn dieser Abgeordnete sich hier entrüstete und erklärte, daß wir Kommunisten in den Kommissionen wohl zuhören, aber nicht praktisch und positiv mitarbeiten und das dort Gehörte nur dazu verwenden, um hier im Plenum diese Fragen aufzurollen . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Abgeordneter Kiegel (fortfahrend): so ist dies bezeichnend für die ganze Einstellung. Herr Abgeordneter Kurth sagte hier, daß er es begrüßen würde, wenn Maßnahmen getroffen werden könnten oder sollten, um derartiges für die Zukunft unmöglich zu machen. Wir sind es ja gewohnt, daß die Sozialdemokratie richtungs- und zielgebend in allen Angelegenheiten ist, die sich gegen die Arbeiterklasse, gegen den revolutionären Teil der Arbeiterklasse richten. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Wir haben praktisch gearbeitet!) Sie haben mitgearbeitet an der Verschlechterung der Geschäftsordnung. Sie werden es auch weiter tun. Sie sind heute bereits die Steigbügelhalter der Nazis und werden diese bei Ihrer Tätigkeit brauchen können. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hohmann.

Abgeordneter Hohmann: Meine Damen und Herren! Bei diesem Kapitel Kulturpflege sind sehr reichliche Kürzungen erfolgt, insbesondere bei dem Kapitel 62: Naturschutz, wo wir eine Kürzung um rund 50 Prozent und bei den Kapiteln: Wissenschaft und Volksbildung, wo wir eine Kürzung von rund 43 Prozent haben. Soweit ich aus dem Etat ersehen habe, ist bei diesen Kapiteln der Kulturpflege die Kürzung am allerstärksten. Wir entnahmen den Ausführungen des Herrn Busley im Sachausschuß, daß heute die Zerstörungen durch die Wirtschaftskrise auch auf dem Gebiete der Erhaltung von Kulturdenkmälern viel gewaltiger und größer sind, als wir sie uns jemals vorstellen konnten.

Meine Damen und Herren! Wenn wir heute sagen: wir wollen Kulturdenkmäler als solche nicht der Zerstörung anheimfallen lassen, so sagen wir das aus dem Grunde, um zu dokumentieren: Wer die Geschichte kennt, wer die Zusammenhänge in der historischen Entwicklung kennt, wird auch bewahrt vor Phantasien und vor Uebertreibungen, die zu Meinungen führen, wie wir sie heute leider zum großen Teil im politischen Leben zu verzeichnen haben. Darum sagen wir: Kenntnis der Historie, nicht um der Historie willen, sondern Kenntnis der Historie, um daran auch die Zusammenhänge in der Entwicklung eingehend studieren zu können.

Zum anderen aber muß ich Ihnen schon sagen, daß ja die gegenwärtige wirtschaftliche Not den Er-

werbslosen und ganz besonders den Jugendlichen immer mehr vor die Frage gerückt hat: Was verstehe ich in diesem Augenblick des Hungerns noch von der Vergangenheit? Liegt mir das Vergangene noch so nahe und habe ich noch Beziehungen zu der Vergangenheit, wenn die Gegenwart mir nicht das gibt, um die Vergangenheit begreifen zu können? Meine Damen und Herren! Darum werden Sie in diesem Augenblick auch nicht daran vorbeikommen, das Wirtschaftliche als das Primäre für Kulturarbeit auch hier zu betrachten. Das bedeutet natürlich durchaus nicht, daß man sich zu dem anderen Extrem bekennt, nun überhaupt das, was noch an Kultur vorhanden ist, vollkommen zu leugnen und das nun auch vollkommen untergehen zu lassen, sondern es fordert auch in dem gegenwärtigen Augenblick der Krise uns heraus, doch auch nach bestem Können wenigstens das Wesentliche aus der Vergangenheit noch zu erhalten.

Wenn wir nun bei dem Bildungswesen diese außerordentlich starke Kürzung haben, so möchte ich hier den Wunsch oder die Bitte aussprechen, daß die Mittel, die wir heute hier noch stehen haben, auch eine durchaus gerechte, ganz korrekt gerechte Verteilung finden mögen.

Es gehören zu diesem Kapitel Volkshochschulen ja auch heute noch die Volkshochschulen. Es gehört zum Teil, glaube ich, auch noch mit hinein die Pflege der Theaterkultur. Wenn wir heute auch von Volkshochschulen kaum noch oder nur noch sehr wenig reden können, so möchte ich aber doch sagen, daß die Mittel, die heute noch für Volkshochschulen im Etat stehen, von diesem Verband nicht so angewandt werden, wie wir es eigentlich im Interesse der allgemeinen Volksbildung wünschen. Es ist vielleicht richtiger, diese Mittel allgemein der Theaterkultur zugute kommen zu lassen. Ich weiß, daß ja gerade auch für die Wanderbühne, für das Theater die Mittel außerordentlich stark beschränkt sind. Ich verbinde damit den Wunsch, daß bei der Theaterkultur auch das moderne Zeitstück heute seine gerechte Berücksichtigung erfährt, eine Berücksichtigung, die sich darin ausdrückt, daß auch hier Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges eine gerechte Kombination erfährt.

Ich möchte hier den Vertretern der Linken kurz erwidern. Wenn Sie hier gesagt haben, daß sie vollkommen gegen jede Erhaltung alter Kultur sind (Widerspruch bei den Kommunisten), so möchte ich Ihnen, meine Freunde von der Linken, doch sagen: Ich wünschte, daß Sie auch nach dieser Richtung hin den Blick nach Rußland richten. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Das tun wir!) In Rußland werden die kulturhistorischen Denkmäler heute erhalten, und es wird alles daran gewandt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Selbst in den schweren Jahren 1922 und 23 hat man alles getan, um zu inventarisieren, um auch in dieser schwierigen Zeit alte, vergangene Kultur aufrecht zu erhalten. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Sie stehen ja im Gegensatz zu Ihrer Presse!) Wir wollen ganz sachlich und ruhig darüber reden. Von der Stadt Duisburg aus ist auch der Musikdirektor Jochum in Rußland gewesen und hat dort in Moskau und Leningrad dirigiert. Er hat uns erklärt, daß er dort in der Hauptsache nur Werke von Mozart, Schubert, Wagner, Beethoven und dergleichen dirigiert

hat. Und als er fragte: Aber Ihre kommunistischen Freunde in Deutschland verlangen doch, daß lediglich das Zeitstück, daß lediglich die moderne Musik berücksichtigt wird (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Das ist ja gar nicht wahr!), da haben ihm die dortigen Bolschewisten erklärt: Das sind Kinderkrankheiten, die haben wir auch einmal durchmachen müssen. (Zurufe der Kommunisten.) Meine werten Damen und Herren! Ich kann Ihnen nur wiedergeben, was da klar und bestimmt von Leuten ausgesprochen worden ist, die die russischen Verhältnisse nach dieser Richtung hin kennen. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Haben Sie keine Matten da gefunden?) Ich kann nicht verstehen, was Sie eben sagen; sonst würde ich Ihnen darauf antworten.

Meine Damen und Herren! Wir wünschen sicherlich nicht, daß viel und unendlich viel für Totes und Vergangenes aufgewandt wird. Wir wünschen aber, daß das, was wir haben und was der Gegenwart nützlich und dienlich sein mag, erhalten wird auch in einer Zeit, die eine sehr, sehr kritische Zeit ist.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, und zwar über die Vorschläge des Sachausschusses zu Punkt 22 bis 25 der Tagesordnung. Ich bitte diejenigen, die entsprechend dem Vorschlage des Sachausschusses beschließen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Wir kommen nun zu den Punkten 26 bis 32 der Tagesordnung.

Wir hören erst die Herren Berichterstatter der Reihe nach, zunächst zu Punkt 26 Herrn Dr. Gilles.

Abgeordneter **Dr. Gilles**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der II. Sachausschuß hat mit großem Bedauern von den starken Abstrichen, die im landwirtschaftlichen Haushalt der Provinz gegenüber dem Vorjahre gemacht worden sind, Kenntnis genommen. Er hat sich aber der zwingenden Notwendigkeit, angesichts der ernststen Finanzlage weitgehende Einsparungen vorzunehmen, nicht verschließen können. Der II. Sachausschuß hat jedoch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß möglichst bei den einzelnen Positionen im Laufe des Jahres nicht noch weitere Abstriche vorgenommen werden, sondern daß, falls sich im Laufe des Jahres an einzelnen Stellen des landwirtschaftlichen Etats zwangsläufig Einsparungen ergeben sollten, insbesondere auch bei dem Anleiheendienst des landwirtschaftlichen Haushaltes infolge weiterer Zinssenkung, diese Einsparungen den Zwecken des landwirtschaftlichen Haushaltes auch zugute kommen.

Besonders bedauert wurden die starken Abstriche beim Westfonds, zumal dieser Fonds durch die Notwendigkeit, die im Gange befindlichen Umlegungen weiterzuführen, schon sehr stark vorbelastet ist und dadurch die Gefahr besteht, daß für Meliorationen, insbesondere aber auch für Wasserleitungen, ausreichende Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Sachausschuß bittet daher die Provinzialverwaltung, neben der Förderung der Umlegungen und Meliorationen nicht die Unterstützung des Wasserleitungsbaues, namentlich in den Höhengebieten der Provinz, zu vernachlässigen.

Auch die Kürzung der verschiedenen Tierzuchtbeihilfen an die Landwirtschaftskammer trifft die Landwirtschaft namentlich in diesem Jahre besonders hart, zumal die Gefahr besteht, daß auch die Kreisverwaltungen jedenfalls nicht mehr in dem bisherigen Umfange in der Lage sein werden, ihrerseits entsprechende Zuschüsse für Tierzuchtzwecke bereitzustellen.

Der Sachausschuß hat ferner eingehend die Behebung der landwirtschaftlichen Notlage in der Rheinprovinz behandelt und hierzu auch mehrere Entschlüsse gefaßt. Vor allem wurde die Einbeziehung des freiwilligen Arbeitsdienstes in die Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft eingehend erörtert. Bekanntlich hat ja der Herr Oberpräsident in dankenswerter Weise diesem Problem in den letzten Monaten seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet und bereits den Berliner Zentralstellen in mehreren Denkschriften Vorschläge unterbreitet. Der Sachausschuß selbst hat seine Auffassung in einer Entschlußung niedergelegt, die Ihnen im Druck vorliegt und die er dem Provinziallandtag zur Annahme empfiehlt.

Im übrigen sind im Sachausschuß die einzelnen Positionen des landwirtschaftlichen Haushaltes durchgesprochen worden. Der Sachausschuß hat Abänderungsvorschläge zu den Positionen nicht zu machen, sondern empfiehlt den landwirtschaftlichen Haushalt der Provinz dem Provinziallandtag zur Annahme.

Bezüglich der beiden Anträge der Fraktion christlicher Volksdienst und Bauernpartei in Drucksachen 23 und 24 empfiehlt der Sachausschuß, entsprechend dem Vorschlage des Provinzialausschusses, Ueberweisung an den Provinzialausschuß.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Der nächste Berichterstatter Herr Abgeordneter **Schmitz-Loverich**.

Abgeordneter **Schmitz-Loverich**: Der II. Sachausschuß schlägt Ihnen zum Antrage der KPD. unter 5a Ablehnung vor, zum Antrage 5b ebenfalls Ablehnung. Der II. Sachausschuß hat festgestellt, daß die Mittel, die hier bewilligt werden, sämtlich der Landwirtschaftskammer überwiesen werden und dort nach besonderen Richtlinien zur Auszahlung gelangen. Deshalb schlägt er Ablehnung vor.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Ich gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort auch zu den Punkten 27 und 28.

Abgeordneter **Schmitz-Loverich**: Zu den Anträgen Nr. 46, Ziffer 2, und Nr. 32 schlägt der Sachausschuß ebenfalls Ablehnung vor.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Der nächste Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Gessinger**.

Abgeordneter **Gessinger**: Der II. Sachausschuß schlägt zum Antrage 45, Ziffer 6, Ablehnung vor.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Herr Abgeordneter **Bergweiler** als Berichterstatter zu Punkt 27.

Abgeordneter **Bergweiler**: Meine Damen und Herren! Der II. Sachausschuß schlägt Ihnen einstimmig die unveränderte Annahme des Haushaltsplans, betreffend landwirtschaftliche Schulen, vor, und zwar:

- a) Provinzial-Lehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier, Kreuznach und Altrweiler,

- b) Landwirtschaftliche Haushaltsschule in Oewig,
- c) Gemüsebauschule in Trier,
- d) Institut für Klimaforschung in Trier.

Trotz der Notlage in Landwirtschaft und Weinbau hat der Besuch der Schulen erfreulicherweise noch zugenommen.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Körner als Berichterstatter zu den Punkten 29 und 30.

Abgeordneter **Körner**: Zu Kapitel 35, Titel 5, des Haushaltsplans, betreffend landwirtschaftliche und gärtnerische Siedlung, schlägt der Sachausschuß II unveränderte Annahme vor.

Zu Verbindung damit steht ein Antrag der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei, betreffend Zurverfügungstellung eines Betrages von 20 000 RM zur Förderung der Anliegersiedlungen im Süden der Rheinprovinz. Hier schlägt der Sachausschuß nach eingehender Beratung Ueberweisung an den Provinzialausschuß vor.

Zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Förderung der ländlichen Ansiedlung, wird ebenfalls unveränderte Annahme empfohlen.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Zu Punkt 31 der Berichterstatter Herr Abgeordneter Engels.

Abgeordneter **Engels**: Der II. Sachausschuß schlägt unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Zu Punkt 32 der Berichterstatter Herr Abgeordneter Dötsch.

Abgeordneter **Dötsch**: Der Sachausschuß schlägt unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Die Berichterstattung ist erledigt. Wir kommen zur Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Mohl.

Abgeordneter **Mohl**: Die kommunistische Fraktion hat eine Anzahl Anträge zu dem landwirtschaftlichen Etat gestellt, und, wie die Berichterstatter ja gemeldet haben, wird überall Ablehnung vorgeschlagen. Wir wundern uns darüber nicht, denn bereits in den Ausschlußberatungen wurde uns gesagt: Die Anträge der Kommunisten sind durch die Bank ungesetzlich. Nun, was könnte schon Gesetzliches von den Kommunisten kommen, die mit ihren Anträgen ja doch nur den Zweck verfolgen, diese unerhörte Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Bauernschichten und Winzer auf dem Lande auf diese Weise anzuprangern! Wir stehen nicht an, zu erklären, daß die kommunistische Fraktion nicht daran denkt, etwa im Parlament die Interessen der Werktätigen so „wahrzunehmen“, wie es die Herrschaften dort vom Zentrum vorgeben.

Wir sagen den Arbeitern und Bauern auf dem Lande und im Dorfe in jeder Versammlung: Nicht der Stimmzettel entscheidet über euer Los! Nicht das Parlament, nicht die Reden der Abgeordneten, die ihr dorthin schickt, entscheiden über eine Besserung eurer Lage, sondern nur der außerparlamentarische Kampf. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Aus diesem Grunde haben wir von vornherein in den Ausschüssen darauf verzichtet, lange Reden zu halten. Die Herren von der

SPD. verstehen es glänzend, sich in den Ausschüssen aufzuplustern wie die Frösche, sich dorthin zu stellen und zu sagen: „Wir machen praktische Arbeit.“ (Weiterkeit.) Diese Frösche quaken sehr gut; aber wenn es darauf ankommt, etwas für die Arbeiter zu tun, sind sie nicht zu haben. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Was tut Ihr denn?) Dann lehnen sie die Anträge der Kommunisten als „ungesetzlich“ ab mit der Begründung: „Ihr habt keine Deckungsvorschläge gemacht!“

Wenn wir ihnen aber sagen: Bitte, die Provinzialverwaltung hat kein Geld zur Verfügung, aber wie steht es mit einer Millionärsteuer in Deutschland, dann schütteln sie ihr graues Haupt und sagen: Das geht nicht, das ist ja gegen die bestehenden Gesetze. Damit dokumentieren sie, daß sie für die Erhaltung der heutigen Gesellschaftsordnung und für die weitere Ausplünderung der werktätigen Schichten sind. Sie sind geschickte Demagogen. Wenn die Wahlen kommen, verstehen sie es, den Arbeitern vorzuschwindeln, daß sie sogar „Arbeitervertreter“ sind.

Wir gehen an die Staatsberatung nur unter dem Gesichtspunkt heran, diese demagogische Politik der bürgerlichen Parteien von den Nazis bis zur SPD. anzuprangern. „Gesetzlich“ ist heute allerdings nur noch die Notverordnung, die den Werktätigen das letzte Hemd stiehlt. „Gesetzlich“ ist heute nur noch der Lohnraub und der Abbau der Unterstützungen. „Gesetzlich“ ist alles das, was Hunger und Not vermehrt.

„Ungesetzlich“ sind alle diejenigen, die sich gegen diesen Hunger und diese Not auflehnen und gegen sie in den Kampf gehen. Diese „ungesetzlichen“ Revolutionäre wandern in die „demokratischen“ Zuchthäuser der Sebering-Brüning-Republik; dort werden sie mundtot gemacht.

Heute ist die zentrale Figur des Dorfes nur noch der Gerichtsvollzieher. Das ist die einzige Kategorie, die noch nicht arbeitslos ist; hier sind sogar noch mehr Leute eingestellt worden. Nicht weniger als 105 000 Gerichtsvollzieher sorgen heute dafür, daß den Kleinbauern und Handwerkern die Staatsautorität eingepreßelt wird und, wenn es mit dem Gerichtsvollzieher nicht klappt, holt man aus der nächsten Kreisstadt das Ueberfallkommando. Das sorgt mit dem „Radiergummi“ dafür, daß ihnen die Begriffe beigebracht werden, die die Proleten schon seit den 13 Jahren von der Weimarer Koalition in sich tragen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Auf dieser Basis wird auch das „geistige Bedürfnis“ der Arbeiter und Bauern befriedigt, die sich nicht mehr beschwindeln lassen von bürgerlichen Parlamentsreden, von zentriimlichen Parteisekretären, von der Kanzel herunter oder von anderen Beeinflussungsmethoden, wie sie besonders beim Zentrum mit seiner raffinierten Wahlmaschinerie gang und gäbe sind.

Wir haben noch ein paar Worte zu sagen zu den Methoden der Melioration. Es wurde bedauert, daß nicht genügend Geld zur Verfügung steht, um die Meliorationen in den Höhengebieten im Westerwald, in der Eifel usw. durchzuführen. Wir erinnern an die Vorgänge im Schwalmgebiet am Niederrhein. Dort hat man den Versuch gemacht und eine Gesellschaft gegründet. Aber man hat dabei nur die Interessen der Großanlieger, der Großgrundbesitzer und der reichen Bauern berücksichtigt, während die armen Bauern da-

bei „auf die Schuppe“ genommen worden sind. Die Sache ist heute so, daß man die 500 Bauern, die dort in der Genossenschaft vereinigt sind, fast vollkommen ausgeplündert hat.

Man hatte ihnen gesagt, der Anteil pro Morgen werde etwa 20 RM betragen, und jetzt stellt sich heraus, daß die Belastung 350 RM pro Morgen ausmacht und daß die Bauern bankrott dabei gehen, weil sie nicht in der Lage sind, bei den erbärmlich niedrigen Preisen für landwirtschaftliche Produkte diese Kosten aufzubringen. Sie haben stürmisch die Auflösung dieser Genossenschaft und die Uebernahme des Restbetrages von 128 000 RM auf Staatskosten verlangt. Aber nichts dergleichen geschieht. Die Regierung hat wohl Geld zur Verfügung, wenn es darum geht, die Danatbank, die Goldschmidt & Co., die großen Räuber Deutschlands, zu sanieren. Aber wenn den armen Bauern die letzte Kuh aus dem Stall geholt wird, dann hat sie keinen Pfennig übrig; dann heißt es: „Es ist kein Geld da!“ — genau wie bei den Erwerbslosen.

Wenn die Bauern klagen: „Meine Frau und mein Kind haben nichts zu essen,“ so heißt es: „Es tut uns leid, wir sind zwar Demokraten, aber die Taschen sind leer. Wählen Sie Sozialdemokraten, wählen Sie Nationalsozialisten, wählen Sie Zentrum bei der nächsten Wahl, dann geht es Ihnen bestimmt besser.“

Das ist die Rede, die den Leuten gehalten wird. Es ist dort drüben schon so weit gekommen, daß man den Bauern auf der Mistfarre ihre letzten Möbel weggeholt hat. Das ist der „Dank des Vaterlandes“, das ist die „nationale Politik“, die Sie treiben. Das ist Ihre angebliche „Erhaltung der bodenständigen Bauernschaft“. So sind die Reden im Parlament, und das sind die Taten, von denen hier kein Wort gesprochen wird. Man versucht, die Kritik hier abzdrosseln, indem man den Etat durchpeitscht und die nötige Zeit für eine richtige Debatte überhaupt nicht zur Verfügung stellt. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Wollen Sie noch mehr reden?)

Eine ähnliche Situation ist in Holzheim bei Neuf. Dort ist ein ganzes Dorf ausgeplündert worden, weil die Raiffeisenkasse in Koblenz Pleite gemacht hat, durch die Politik ihrer zentrümlichen und nationalistischen Revisoren, die von der Arbeit niemals etwas verstanden. Nachher, als es darauf ankam, die Holzheimer Spar- und Darlehenskasse zu erhalten, wurde statt einer Hilfe der Gerichtsvollzieher ins Dorf geschickt. Wenn nicht die Bauern mit Hilfe der Kommunisten den offenen außerparlamentarischen Kampf geführt hätten, dann wären heute dort nur noch leere Höfe, dann wäre keine Kuh und kein Pferd mehr im Stalle, dann hätte man alles hinausgeschleppt. Nur dadurch, daß die Arbeiter und Bauern sich gemeinsam zur Wehr setzten, haben sie es erreichen können, daß man die Pfändungen vorläufig nicht durchgeführt hat. Aber die Pfändungsbefehle bleiben nach wie vor in Kraft.

So sieht eure Politik aus, die angeblich bauernfreundlich ist. Aber wenn man die Frage stellt: Was habt ihr getan, um die ostelbischen Großgrundbesitzer aus ihrer „nationalen Not“ zu befreien?, dann kann man sofort mit ganz anderen Zahlen aufwarten. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Hier wagte sogar der baldige Exminister Braun auf einer Wahlversammlung

zu erklären: „Die ostelbischen Junker sind undankbar, weil sie statt Hindenburg Hitler wählen, denn wir haben ihnen doch 3 Milliarden Bankkredite als „verlorene Zuschüsse“ zur Verfügung gestellt, und trotzdem wenden sie sich nicht uns, sondern Hitler zu.“

Ist das nicht ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie und alle bürgerlichen Parteien es gewesen sind, die den Nationalsozialismus finanziert haben, die durch ihre Politik erst diese nationalsozialistischen Banditen großgezogen haben? Das ist ihre volle Schuld.

Wenn man die Frage stellt: Wie steht es mit den Pacht- und Bodenpreisen?, so ist auch das ein Kapitel für sich. Die kleinen Bauern werden bis aufs Blut ausgefogen. Ihre Verschuldung ist dermaßen angewachsen, daß jede Woche und jeden Tag Duzende von Bauern von Haus und Hof gejagt werden. Während der Reichste der Großgrundbesitzer am linken Niederrhein, der Fürst von Salm-Reifferscheidt auf Schloß Dyl, an die Großpächter zu 40 RM pro Morgen das Land abgibt, fordert man den kleinen Pächtern 60, 70, 80 RM für den Morgen ab. Und die Kirche, die bekanntlich nach Heinrich Heine einen großen Magen hat (Zuruf: Nach Goethe!) und alles verdauen kann, nimmt von den Kleinbauern die 300- bis 400fache Vorkriegspacht (Hört, hört! bei den Kommunisten), obwohl die Bauern nur 90 Prozent des Friedenspreises für ihre Produkte bekommen. Damit ist diese angeblich „soziale Kirche“, die eben noch über den grünen Klee gelobt wurde, ins richtige Licht gestellt. Sie schämt sich nicht, das von den Ärmsten zu nehmen. Das gehört alles zur Politik der „alleinseligmachenden Kirche“. Dabei sorgt die Kirche durch die Konkordatspolitik mit Hilfe der Sozialdemokratie auch noch dafür, daß sie den Säckel gehörig voll bekommt durch die Steuergroschen der Werkstätigen. So sieht die Politik der Kirche aus.

Die Lage ist so: In den Bauerngebieten der Eifel haben die Bauern überhaupt keine Möglichkeit mehr, sich Lebensmittel zu kaufen, die sie nicht selbst ziehen. — Hier wurde wieder einmal in Russlandhebe gemacht. Es wurde wieder einmal erzählt, daß dort drüben in Russland die Tscheka die armen Muckermänner (Heiterkeit) durch Ratten auffressen läßt — eine grausige Geschichte, die in ein Grimmsches Märchenbuch gehört, aber nicht bei vernünftigen Menschen Anklang finden dürfte. Aber was würden Sie dazu sagen, wenn wir gegenüber den angeblichen Massenerschießungen russischer Flüchtlinge, die aus Russland nach Rumänien wollten, gegenüber diesen Geschichten, die in der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse kolportiert werden, hier behaupteten, daß diese Massenerschießungen nicht in Russland stattfinden, sondern in unmittelbarer Nähe der rheinischen Grenzprovinz! Dort fallen jeden Tag die Opfer, nicht weil sie den Bolschewiki entfliehen wollen, sondern weil sie aus den Gefilden der zentrümlichen Zollpolitik, die die Lebensmittelpreise maßlos in die Höhe treibt und sie unerreichbar macht, ein paar Schritte über die Grenze gehen und versuchen, sich dort 1 Pfund Kaffee, etwas Mais, etwas Gerste oder ein paar Pfund Mehl zu holen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Carl: Hundertzenterweise!) Dabei werden sie glatt über den Haufen geschossen. Kein Hahn kräht danach. Keine Zentrumsprelle zieht diese schmachvollen Tatsachen ans Licht der Öffentlichkeit.

Das gehört zur Demokratie, das gehört zur kapitalistischen Ordnung. Aber wenn ein paar Kulaken, die sich durch ihre Ausbeutungspolitik auf dem russischen Dorfe mißliebig gemacht haben, versuchen, über die Grenze zu kommen, so wird darüber in großer Aufmachung berichtet. So schwindelt die bürgerliche Presse, um ihre eigenen Verbrechen damit zu vertuschen. Es ist nicht so, daß in Rußland die Arbeiter und Bauern um Lebensmittel Schlange stehen müssen. Die haben satt zu essen. (Widerspruch rechts.) Mancher deutsche Bauer wäre froh, wenn er einmal die Lebensmittel konsumieren könnte, die die russischen Proleten bekommen.

Allerdings, Ihre Genossen, die Herren Großgrundbesitzer, die früher auf geschnittenen Stühlen gefessen und in Palästen gewohnt haben, sie kriegen in Rußland noch nicht einmal das Schwarze unter dem Nagel, und selbst wenn sie Schlange stehen, kriegen sie noch keinen Fezzen Lebensmittel, wenn sie nicht selbst arbeiten und selbst Schüppe und Hammer in die Hand nehmen.

Wenn sie glauben, sie könnten noch nach wie vor das Volk mit der zaristischen Knute niederschlagen, so sind sie die Gelackmeierten. Sie haben natürlich alle Ursache, diese Hebe zu verbreiten, um zu verhindern, daß die deutschen werktätigen Bauern und Arbeiter nicht einmal das Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern nachahmen und mit euch nicht nur spanisch sprechen, sondern russisch, die einzige Sprache, die ihr überhaupt noch versteht. Diese Sprache wird nicht im Parlament, sondern draußen, außerhalb des Parlaments, gesprochen.

Die Arbeiter und Bauern beginnen bereits zu begreifen, daß sie nichts gemein haben mit den Großkapitalisten und den zentriemlichen Räubern, die ihnen die Mittel zum Leben wegnehmen. Sie beginnen zu begreifen, daß die einzigen Freunde, die sie haben, die Kommunisten sind. Sie gehen bereits in den Dörfern in die kommunistischen Versammlungen, selbst wenn das Zentrum mit seiner ganzen Polizeimacht auftritt, unsere Versammlungen verbietet und alle Unterdrückungsmaßnahmen anwendet, um zu verhindern, daß die Zentrumsarbeiter die Wahrheit über das kapitalistische Deutschland und über Sowjet-Rußland erfahren.

Es ist kein Zufall, daß vor einigen Wochen am linken Niederrhein eine große Bauernkundgebung stattfand, die nicht unter dem Zeichen „Gott mit uns“ und auch nicht unter dem Zeichen „Wir schützen das Vaterland“ stand. Das „Vaterland“ ist bei ihnen auch bald nichts anderes mehr als eine elende Baracke am Rande der Stadt oder ein Spritzenhaus, wo sie ihre Möbel unterstellen müssen, wie es bei den Proleten der Fall ist. Sie haben begriffen, daß sie „Vaterland, Heimat und Herd“ erst dann haben, wenn sie es sich selbst erkämpfen und wenn sie die Räuber, die heute vorgehen, die Vertreter der „vaterländischen Gesinnung“ zu geben, die Grenze jagen. Unter welchem Banner sind die Arbeiter und Bauern marschiert? Das war nicht das Hakenkreuz, nicht die Schwarze-Kreuz-Flagge, auch nicht das Banner der SPD. mit der falschen Schlange im schwarzen Felde, sondern es war die rote Sensenflagge mit Hammer und Sichel. Diese rote Sensenflagge bedeutet eine tödliche Drohung für alle

Arbeiterfeinde, die heute noch vorgeben, sie könnten die Interessen der Arbeiter mit schönen Worten „vertreten“, in der Tat aber die Arbeiter und Bauern niederknüppeln und ausplündern.

Wenn wir Kommunisten im Parlament unsere Anträge stellen, wenn wir im Parlament im einzelnen formulieren, was wir für die arbeitenden Bauern des Rheinlandes verlangen, so tun wir das, um diesen Arbeitern und Bauern programmatisch zu zeigen, wofür die Kommunistische Partei kämpft. (Abgeordneter Deppe: Sehr gut!) Und wenn die bürgerlichen Vertreter gegen diese Anträge stimmen, obwohl auch sie wissen, daß nur der außerparlamentarische Druck imstande ist, diese Forderungen durchzuführen, so stellen wir fest, daß sie in der Front der Arbeiter- und Bauernfeinde stehen und nicht daran denken, auch nur das geringste für die armen, geknechteten Bauern und Arbeiter zu tun. Wenn wir die Bauern auffordern, zu verhindern, daß die Zwangsräumungen weiter durchgeführt werden, daß im Jahre 1933 nicht wieder 15 000 Arbeiter und Bauern von Hof und Scholle vertrieben werden, wenn wir diese Anträge alle stellen, dann können wir damit am besten den Bauern den Weg zeigen. Dieser Weg geht nicht über den Stimmzettel; er geht über das freie Räte-Deutschland, er geht über das rote Rheinland, er geht über den gemeinsamen Kampf gegen die Rotverordnungsdictatur des Zentrums und gegen die grenzenlose Demagogie der nationalfaschistischen Betrüger vom Hakenkreuz und gegen die Betrüger von der SPD, die es fertiggebracht haben, kalfchnäuzig 3 Milliarden den Großgrundbesitzern und auch noch ein paar Milliarden den ehemaligen Hohenzollern in den Hals zu werfen, und die sich dann darüber „entrüsten“, daß diese Hohenzollern den Hitler-Banditen Geld geben zur Finanzierung der Wahlpropaganda. (Glocke des Vorsitzenden: Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ihre Zeit ist abgelaufen! Herunter!) Ich sage, um zum Schluß zu kommen, nur noch:

Vorwärts mit uns in den Kampf gegen die Rotverordnungsdictatur und für ein rotes Rheinland und ein freies sozialistisches Räte-Deutschland! (Lauter Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dötsch.

Abgeordneter Dötsch: Meine Damen und Herren! Der Redner der Kommunisten hat die Tagung des Provinziallandtags wieder einmal mit einer Wahlversammlung verwechselt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wann mögen die Kommunisten einmal begreifen lernen, daß ihre nichtsfagenden Reden in dieser Versammlung wirklich keinen Eindruck mehr machen? Und wann mögen sie begreifen lernen, daß die Bauern für ein solches Gerede wirklich nur noch ein Kopfschütteln haben? Genau so urteilen sie über eure Bauernkongresse, mit denen ihr jetzt im Lande herumkrebbsen geht, um unter einer angeblichen neutralen Flagge für eure Ideen werben zu können. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Das rote Tuch!) In einem großen Bauerndorf war ein witziger Mann, der das Plakat: „Heute nachmittag 4 Uhr großer Bauernkongress“ in die viel richtigere Ueberschrift umgewandelt hat: „Heute nachmittag große Bauernfängerei“. (Abgeordneter

(Geläch: Sehr gut!) So kam er der Methode der Kommunisten schon wesentlich näher.

Auch eure Agitationsphrase von dem Wohlergehen der russischen Bauern zieht nicht mehr. Meine Herren Kommunisten, ich kann Ihnen nur empfehlen, wenn Sie einmal ein wirkliches Urteil russischer Bauern hören wollen, einmal nach Mecklenburg zu fahren und sich dort einmal die Siedlung Subwitz anzusehen, wo etwa 35 sogenannte Deutsch-Russen aus dem Wolgabgebiet, die den Staub Rußlands von den Füßen geschüttelt haben, angesiedelt sind. Sie sollten einmal hören, wie die über die segensreiche Tätigkeit des russischen Staates zugunsten der Bauern urteilen. Ich gebe Ihnen aber einen guten Rat: Lassen Sie sich von dem nächsten Polizeipräsidenten ein starkes Aufgebot von Schutzpolizisten mitgeben, damit Sie die Bauern dort nicht totschiagen. (Unruhe bei den Kommunisten.) Das kann ich Ihnen nur dringend empfehlen. Machen Sie doch einmal den Versuch! Aber ich glaube, Sie haben nicht den Mut, in das Dorf hineinzugehen.

Meine Damen und Herren! Was wissen die Kommunisten zur Hebung der rheinischen Landwirtschaft vorzuschlagen? Sie beantragen, die bei Kapitel 30, Titel 20a, b und c, vorgesehenen Mittel zur Niederschlagung der an Kleinbauern und Kleinwinzer gewährten Darlehen zu verwenden. Unter diesen Positionen steht ein Drittel der Kosten der Weinbauwanderlehrer, des Geschäftsführers für Weinbau bei der Landwirtschaftskammer und der Obstbaubeamten bei der Rheinischen Landwirtschaftskammer mit zusammen rund 25 000 RM. Gehen Sie doch einmal zu Landwirten oder zu Obstzüchtern und sagen ihnen, daß Sie diese Mittel, die in außerordentlich segensreicher Tätigkeit für die Fortbildung und die Standardisierung des rheinischen Obstbaues verwandt werden, einfach streichen wollen, um sie zur Niederschlagung der Darlehen an Kleinbauern usw. zu verwenden. Meine Herren, Sie sollten sich schämen, in dieser Weise die Not der Bauern zu mißbrauchen, obwohl Sie genau wissen, daß damit der Not der Bauern nicht gesteuert wird, wenn man diese geringen Mittel zur Abdeckung der Verschuldung der Bauern verwenden würde. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Wie können Sie überhaupt das Wort „schämen“ in den Mund nehmen?)

Die Kommunisten beantragen weiter, die bei Kapitel 30, Titel 31 bis 34, vorgesehenen Mittel zu Zuchtzwecken nur an Kleinbauern auszugeben.

Meine Herren, ich muß schon sagen: Wenn Sie keinen Kuh- und Pferdeverstand haben, sondern nur — ich will das Wort nicht gebrauchen, sonst bekomme ich einen Ordnungsruf (Heiterkeit) —, dann lassen Sie doch die Finger davon und mischen Sie sich nicht in Dinge, von denen Sie nichts verstehen, sondern überlassen Sie es doch den berufenen Fachleuten, darüber zu entscheiden, in welcher Art und Weise diese Mittel verwandt werden. Sie blamieren sich doch bloß damit, und man kann es den Leuten nicht verdenken, wenn man bei Ihnen von Bauernfängerei statt von Bauernhilfe spricht.

Sie wollen weiter die bei Kapitel 30, Titel 41 bis 43, vorgesehenen Mittel — es sind das Mittel zur Förderung der Versuchsringe und Wissenschaftswirtschaften an die Landwirtschaftskammer, zur Unterstützung der

Grünlandwirtschaft an den landwirtschaftlichen Verein für Rhein-Preußen und ein Zuschuß zur Förderung des Braugerstebaues in der Rheinprovinz an die Landwirtschaftskammer — streichen und diese Mittel den Klein- und Mittelbauern — diesmal sind auch die Mittelbauern dabei — zur Anschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen überweisen. Auch hier ist Ihr Antrag von Sachkenntnis in keiner Weise getrübt. Daß ein Kleinbauer mit 3 bis 4 Morgen keine großen Maschinen kaufen kann, weiß ein landwirtschaftlicher ABC-Schütze; die kommunistische Fraktion weiß es anscheinend nicht. Damit mag es genug sein mit der Widerlegung der Kommunisten. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Jetzt kommt die Zustimmung zu dem Abbau, dann ist alles in Ordnung!)

Meine Herren! Ein paar Worte zum rheinischen Weinbau und zur Tätigkeit der Weinbaulehranstalten in Kreuznach, Trier und Uhrweiler. Wir haben bereits bei der Beratung des Etats ausgeführt, daß wir nicht nur die Tätigkeit dieser Anstalten als außerordentlich segensreich für den Weinbau betrachten, sondern auch wünschen, daß die Tätigkeit dieser Lehranstalten erheblich erweitert wird. Es hilft nichts, wir müssen feststellen, daß die Absatzkrise in der rheinischen Weinbauwirtschaft das größte Uebel ist, das zur Zeit bei den Winzern herrscht, und daß somit die größte Aufgabe darin besteht, den Weinabsatz zu steigern, ganz gleich, welche Mittel und Wege dazu gesucht werden. Die Winzer müssen, wenn es ihnen besser gehen soll, vor allen Dingen ihre Produkte verkaufen zu einem Preise, der über die Herstellungskosten hinaus einen anständigen Unterhalt der Familie gewährleistet. Wir müssen feststellen, daß der deutsche Weinhandel in keiner Weise mehr in der Lage ist, das Produkt der Winzer zu einem angemessenen Preise abzunehmen. Wir sind deshalb der Meinung, daß in der Frage des Weinabsatzes neue Wege beschritten werden müssen und daß es mit einer Aufgabe der Provinzialverwaltung sein muß, auf diesem Gebiete neue Wege zu weisen. Dazu dürften nach unserer Auffassung die Weinbaulehranstalten die geeigneten Institute sein, hier wenigstens einmal neue Wege zu zeigen, damit geprüft wird, ob sie durchführbar sind. Es ist ja auch in Koblenz schon ein derartiges Institut, die sogenannte Delatyp, entstanden, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Wein in viel größerem Maße zu propagieren, als es bis jetzt der Fall ist. Wir möchten die Provinzialverwaltung auf die Notwendigkeit größerer Propaganda für den rheinischen Wein mit aller Entschiedenheit aufmerksam machen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Schüler.

Abgeordneter Dr. Schüler: Wie Sie aus dem Vorbericht, Seite 5, ersehen, betragen die Abzüge gegen das vorige Jahr bei der Kulturpflege 34,5 Prozent, bei dem Verkehrswesen 33,8 Prozent, bei der Volksfürsorge 22,7 Prozent, bei der Finanz- und allgemeinen Verwaltung 15,4 Prozent, dagegen bei der Wirtschaftspflege 44,6 Prozent. Hier ist es vor allem der Titel, der mit „Meliorationen, Umlegungen und Wasserleitungen“ überschrieben ist, der einen noch größeren Abstrich erfahren hat.

Seit vielen Jahren vor dem Kriege besteht der sogenannte Bestfonds, aus dem den wirtschaftlich und klimatisch so ungeheuer schlecht gestellten Gebieten der

Rheinprovinz eine gewisse unbedingt erforderliche Hilfe für diese so wichtigen Maßnahmen geleistet werden soll. Tritt hier keine Erhöhung der Summe ein, so wird diese von Regierung und Provinz bisher mit allen Kräften betriebene Maßnahme nur noch von ganz geringer Bedeutung sein. Ist doch schon das Soll, das ein einziges Kulturamt im Süden der Rheinprovinz gebraucht, um das zu zahlen, was 1930 dafür bewilligt wurde, 167 000 RM. Das bedeutet etwa die Hälfte der ganzen Summe für Meliorationen, Umlegungen und Wasserleitungen.

Ich möchte Herrn Abgeordneten Nohl doch entgegen: — die einzelnen angeführten Punkte kann ich nicht nachprüfen — daß im allgemeinen die Umlegungen sicherlich unendlich viel Gutes geschaffen haben, daß im allgemeinen die Umlegungen durch das Landeskulturamt in jeder Weise zufriedenstellend und in jeder Weise für die rheinische Bauernbevölkerung nützlich und gut gewesen sind. (Abgeordneter Dr. Gilles: Sehr richtig!) Wir können es nicht verstehen, daß der preussische Staat bei diesem Kapitel einen derartig ungehobenen Abstrich von mehreren 100 000 RM gemacht hat, während er andererseits in der Westhilfe eine neue Einrichtung getroffen hat, in der ein wesentlich größerer Betrag für ähnliche und andere Zwecke Verwendung findet, die sicherlich zum Teil von geringerer Bedeutung sind. Ueber diese Verwendung hat man im vorigen Jahre Genaues, sogar durch die Zeitungen, erfahren können. Leider hat man von der Regierung in Koblenz bis jetzt noch nichts darüber gehört. Ich halte es doch für unbedingt notwendig, daß die Provinzialverwaltung, auch die Öffentlichkeit, hierüber Bescheid bekommen. Denn wie soll die Provinzialverwaltung, etwa beim Westfonds, über diese Gebiete beraten, wenn wir hier nicht Bescheid wissen?

Weiter müssen wir Bauern immer noch darauf hinweisen, daß in weiten Kreisen der übrigen Bevölkerung immer noch nicht das nötige Verständnis für unsere jetzige Landwirtschaft vorhanden ist. Man sagt uns immer: Ihr habt ja zu essen genug. Das ist richtig. Aber was haben denn unsere Kleinbauern zu essen? Die Krumbeeren und das Schwarzbrot bilden auch heute noch den Hauptbestandteil der Nahrung unserer Kleinbauern. Und dann gehört auch mehr als das Essen zum Lebensunterhalt. Der Bauer wirft sogar nur einen kleinen Teil seines Einkommens dafür aus. Er mag sich auch in der Kleidung so viel einschränken wie er will — und er muß es sogar mehr tun, als nötig ist, damit er nicht den Titel des dreckigen Bauern beim Städter verliert —; aber hier und da muß er sich doch einmal ein Paar Schuhe und Kleider kaufen. Aber dazu fehlt ihm das bare Geld, weil seine Erzeugnisse zu gering bezahlt werden und er die anderen Sachen viel teurer bezahlen muß. Man hat nicht nur den Grund und Boden des Bauern besteuert, sondern namentlich auch seine Arbeitskraft in ganz unerhörter Weise. Wenn Sie sehen, wie die Bauern auch in den allerwichtigsten Dingen sich einschränken müssen, so werden Sie einsehen, daß es nicht unberechtigt ist, wenn er immer wieder das Wort Sparen groß schreibt und auch allen anderen Ständen zuruft, auch dieses Wort recht groß zu schreiben.

Gewiß, der Bauer hat sein Essen. Aber was bekommt er von all den anderen Luxusartikeln, von

denen doch die großstädtische Bevölkerung immer noch recht viel verbraucht? Ich erinnere nur kurz an die Süßfrüchte, an die allzu frühen Frühgemüse. Ich erinnere weiter an die Luxusautos und auch an die Millionen kostenden Lippenstifte aus Läuseblut ausländischer Tiere. Weiter: was bekommt denn nun eigentlich der Bauer von all den Vergnügungen der Großstadt, die doch auch Geld kosten? Was bekommt er denn nun wirklich von euren modernsten Theaterstücken, die einem Goethe oder einem Schiller so große Ehre machen? Was bekommt er von euren Romanen, und der Schmutz- und Schundliteratur? Was bekommt er denn von den einem Haydn, einem Mozart, einem Beethoven alle Ehre machenden jüngsten Erzeugnissen unserer hohen Kulturstufe, der Jazzmusik, die wir der Negerkultur, dieser so hochstehenden Kultur, entnommen haben?

Die Not des Kleinbauern im Hunsrück, Eifel, Westerwald usw. ist ungeheuer groß. Der Herr Landeshauptmann hat gestern auch in berechneten Worten davon gesprochen, wie groß die Not ist. Aber dann bitten wir doch Landesverwaltung und Regierung, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß es anders wird.

Hier gibt es eine ganze Reihe Maßnahmen, die notwendig sind. Ich erinnere nur an die Anliegersiedlung, für die ich mich schon mehr als zehn Jahre einsetze, wofür aber bisher so gut wie nichts geschehen ist. Das muß gefördert werden und wird wahrscheinlich mehr erreichen, als viele von uns glauben. Allerdings soll man diese Verhältnisse nicht einseitig vom städtischen Standpunkte aus sehen. Es sollte doch eine Ausnahme sein, daß, wie es kürzlich der Fall war, in einer Versammlung, in der die Frage behandelt wurde, wie man aus Arbeitslosen-Jugendlichen der Städte Bauern machen könnte, von 50 Teilnehmern kaum ein einziger ein wirklicher Bauer ist. Nur in gemeinsamer sachlicher Arbeit von Stadt und Land läßt sich in der Siedlungsfrage etwas erreichen.

Wir haben durchaus Verständnis dafür, wenn Frau Becker sagt, daß gewisse Bedenken gegen unseren Antrag Nr. 25 bestehen. Die haben wir auch. Andererseits sollen aber doch Stadt und Land endlich versuchen, alle diese Bedenken, soweit als möglich, zurückzustellen, selbst einzugreifen, um Abhilfe zu schaffen.

Daß ein verständnisvolles Zusammenarbeiten möglich ist, hat ein kürzlich von der Frauenhilfe auf dem armen Hunsrück durchgeführtes Kinderhilfswerk bewiesen, durch das viele Hunderte von Kindern aus dem hiesigen Industriegebiet zur Freude dieser Kinder und zur Freude unserer Bauern viele Wochen bei uns Unterkunft gefunden haben.

In welcher Not sich die rheinischen Bauern, namentlich des Südens, befinden, hat wohl manchem von Ihnen der Ausgang der letzten Wahlen gezeigt. Wenn man in diesem Zusammenhang von einem Undank der Bauern gegen die jetzige Regierung spricht, so ist das durchaus ein Irrtum. Gewiß hat die bisherige Regierung manches für die Bauern getan, aber doch nicht mehr und auch nicht weniger, als daß die deutsche Landwirtschaft jetzt etwa 13 Milliarden Schulden hat und dicht vor dem endgültigen Untergang steht. Die Uvernunft der herrschenden Klassen hat einst den zum größten Teil durchaus berechtigten Gegendruck der deutschen Arbeiterschaft hervorgerufen. Zur

Herrschaft gekommen, fehlte der Arbeiterschaft der große Mann, der durch seine geistige und seelische Größe und Autorität die Arbeiterschaft und das ganze deutsche Volk einigte. Diese falsch geführte Arbeiterbewegung hat dann zusammen mit fast dem größten Teil des übrigen deutschen Volkes einen Druck auf uns Bauern ausgeübt, der ungeheuer groß ist und einen Gegendruck hervorgerufen hat, von dem sich die meisten noch keinen Begriff machen. Wir Bauernführer sind verpflichtet, das deutsche Volk darauf aufmerksam zu machen. — Das soll keine Drohung sein. — Aber treiben Sie die Bauern nicht zur Verzweiflung! Vor etwa 400 Jahren zog durch Deutschlands Gauen das größte Revolutionsheer, das Deutschland je gesehen hat. Als es geschlagen war und Tausende und Hunderttausende gefallen waren oder unter dem Beil oder durch den Strick des Henkers geendet hatten, ging ein Spruch durch die deutschen Bauern: „Geschlagen ziehen wir nach Haus, unsere Enkel fecthen's besser aus.“

Einfach sind unsere Bauernforderungen. Ich bin überzeugt davon, wenn nicht in erster Linie die Parteiinteressen dem entgegenstünden, müßten alle Deutschen diese unsere Forderungen erfüllen. Die erste Forderung lautet ganz einfach: Das gesamte deutsche Volk hat Tarife, angefangen von den Trusts und Konzernen, dem Handel und dem Gewerbe, den freien Berufen bis zu den Handwerfern und Arbeitern. Nur der Bauer ist vogelfrei. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Weil er sich den Junkern freiwillig ausgeliefert hat!) Nein, das hat er nicht, der Bauer liefert sich keinem aus, nicht links und auch nicht rechts! (Widerspruch bei den Kommunisten.) Nein, das ist nicht wahr. Es dauert zwar sehr lange, bis er von dem schweren Boden mit seinen schweren Füßen wegkommt. Aber er wird kommen. Ich habe eben gesagt, daß das ganze deutsche Volk seine Tarife hat, und daß man diese Tarife auch dem deutschen Bauern geben muß. Diese Tarife bedeuten einen gerechten Lohn auch für den Bauern. Wenn man das aber nicht kann, dann soll man die Tarife abschaffen und wieder alle Freiheit gestatten; und man soll nur dann eingreifen, wenn die Not am Mann ist. (Sehr richtig! rechts.)

Weit über dieser einen Forderung unserer Bauern steht noch eine viel größere Forderung. Wenn heute hier wieder Klassen- und Sowjetherrschaft verlangt wurde, so stellt der deutsche Bauer demgegenüber die Hauptforderung, für die wir bis zum letzten Tropfen Blutes kämpfen würden: die Forderung nach der Einigkeit des deutschen Volkes! Die Forderung, daß jeder Deutsche so denkt, fühlt und handelt, daß jeder in jedem in erster Linie seinen deutschen Bruder sehen kann und muß. (Beifall bei der Bauernpartei.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat bereits erwähnt, daß der Sachausschuß sich auch eingehend mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt hat.

Wenn ich die Denkschrift des Herrn Oberpräsidenten oder die Bestimmungen über den freiwilligen Arbeitsdienst zur Hand nehme, dann stelle ich bei dem Studium dieser Dinge fest, daß die Privatwirtschaft dabei vollkommen außer Betracht gelassen ist. (Abge-

ordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Meine Damen und Herren! Es ist eine Unmöglichkeit, landwirtschaftliche Arbeiter auszubilden, ohne gleichzeitig die Privatwirtschaft zu diesem Zwecke in Anspruch zu nehmen. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Ueberlegen Sie doch einmal: Was wollen denn die Leute, die freiwilligen Arbeitsdienst für die Landwirtschaft leisten wollen? Ich spreche jetzt von dem Anfangsstadium, wenn die Leute ihre Arbeit aufnehmen wollen. Dann wollen sie ausgebildet werden. Diese Leute, die bisher der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Arbeit gänzlich fern gestanden haben, wollen dann lernen, wie man mit landwirtschaftlichem Handwerksgerät, mit der Schaufel, dem Spaten und der Hacke und was es sonst gibt, und wie man mit Pferden und anderen Tieren umzugehen hat. Das wollen sie lernen, entweder um landwirtschaftliche Lohnarbeiter oder aber um landwirtschaftliche Siedler zu werden.

Ich will zunächst einmal ein paar Worte über die landwirtschaftliche Siedlung sagen. Nicht ich allein, sondern die gesamte Landwirtschaft steht auf dem Standpunkt, daß ein Mann, der nicht in der Landwirtschaft groß geworden ist, ein Siedlungsunternehmen erst dann in die Hand nehmen darf, wenn er bis ins kleinste darauf vorbereitet ist (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!), wenn er in der gründlichsten Form und in der gründlichsten Art und Weise bei den erfahrensten Landwirten gelernt hat und wenn er mit jedem Handgriff der landwirtschaftlichen Arbeit mit der Viehhaltung und allem auf das innigste vertraut ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Leute, die sich mit der Landwirtschaft beschäftigen, kommen zu der Ueberzeugung, daß ein solcher Mann mindestens fünf bis sechs Jahre ausgebildet werden muß. Meine Damen und Herren! Wenn der Mann auf die Siedlerstelle gesetzt wird, dann muß er nicht nur die Landwirtschaft beherrschen, sondern dann muß auch — etwas, was mit diesem Thema nichts zu tun hat — die Landwirtschaft wieder rentabel sein. Sonst braucht er mit dem Siedeln erst gar nicht anzufangen. Wenn schon der alte, gelernte Bauer, der auf seiner Scholle groß geworden ist, unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen mit seinem Betrieb nicht fertig werden kann, wird es der unglückselige Siedler, der jetzt erst seine Nase in den landwirtschaftlichen Betrieb steckt, erst recht nicht können. (Sehr richtig! rechts.)

Man muß sich auch sagen: Wenn jeder andere, mag er Schuster, Schneider oder sonst etwas werden wollen, eine Lehrzeit durchzumachen hat, so muß der landwirtschaftliche Arbeiter diese Lehrzeit auch durchmachen. Nun haben wir die sehr segensreiche Einrichtung, daß sich freiwillige Arbeitskolonnen gebildet haben. Ich kenne eine solche Arbeitskolonne aus eigener Anschauung, weil ich darum gebeten worden war, vor einer solchen freiwilligen Arbeitskolonne einige Vorträge zu halten. Ich muß sagen, daß all diese Leute, die auf Landarbeit hinaus wollen, mir ausgezeichnet gefallen haben, weil sie das Herz auf dem richtigen Fleck haben, weil es Leute sind, die gern etwas leisten und von der Strafe weg möchten. Diese Leute sind in Koblenz, in meiner Heimat, in einer Kaserne untergebracht. Sie möchten landwirtschaftliche Arbeit lernen, haben dazu aber bloß einen etwa zwei Morgen großen Garten zur Verfügung. Selbstverständlich

kann ich auf einem zwei Morgen großen Garten nicht Rüben und Kartoffeln hacken lernen und all diese Dinge. Infolgedessen möchten diese jungen Leute gerne auch einmal auf das Land hinaus, denn sie sollen ja später als landwirtschaftliche Arbeiter, soweit sie nicht Siedler werden wollen, Verwendung finden. Sie sollen später in größeren Zusammenfassungen ausgebildet werden. Aber sie müssen dazu auch erst einmal eine Grundlage mitbringen. Nun erhebt sich für den einzelnen Landwirt, der ja auf privatwirtschaftlichem Boden steht, die Frage: Kann ich, darf ich und werde ich solche junge Leute zur Ausbildung annehmen? Da muß ich Ihnen sagen, daß der Eindruck, den ich bisher habe, nach allem, wo ich mich umgehört habe, und auch bei mir selbst, der ist, daß man sich sagt: Das kann ich nur mit den größten Bedenken tun. Das kann ich nur dann tun, wenn der allgemeine Begriff der Einstellung gegen die Privatwirtschaft sich erst einmal gründlich geändert hat. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Heute läuft jeder, der die jungen Leute zum Anlernen nehmen will, die Gefahr, daß er mit dem Vorwurf angegriffen wird: Du willst dich an diesen jungen Leuten, die du ausbildest, privatwirtschaftlich bereichern. Gestern wurde im Fachauschuß von linksgerichteter Seite absolut richtig gesagt: Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert. Meine Damen und Herren! Das ist ein Ausspruch, den ich vollkommen unterstreichen kann. Aber ich muß im selben Atemzug auch sagen: Auch die Unterweisung und Anlernung solcher junger Leute ist ihres Lohnes wert. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Denn der viele Mergel, den die Betriebsleiter und Aufseher haben, die die Leute anlernen sollen, das Zerbrechen von Geräten und alle diese Dinge erschweren doch zweifelsohne einen landwirtschaftlichen Betrieb in ganz anderem Maße, als wenn man es mit gelernten Arbeitern zu tun hat.

Meine verehrten Damen und Herren! Es steckt in dieser ganzen Frage ein groß Teil Idealismus (Zuruf des Abgeordneten Krawinkel: Sehr wahr!), darüber darf man sich keinem Zweifel hingeben. Wir haben lange Jahre und bis in die neueste Zeit hinein große Kolonnen von landwirtschaftlichen — polnischen und anderen — Saisonwanderarbeitern gehabt. Diese Wanderarbeiter haben — das ist nachgewiesen — in ganz ungeahntem Maße gerade die polnischen, uns feindlich gesinnten, an der Grenze liegenden Sparkassen durch Einzahlungen stark gemacht, Kapitalien, die sich heute gegen das Deutschtum im Osten auswirken. (Sehr wahr! rechts.) Daraus ergibt sich ohne weiteres die Frage: Ist es denn gar nicht möglich, diese Arbeiten auch mit deutschen Arbeitern auszuführen? Diese Frage muß bejaht werden. Es muß möglich sein und möglich gemacht werden, solche Arbeiten auch mit deutschen Arbeitern auszuführen. (Sehr richtig! rechts.) Und weil ich diese ideale Auffassung der Sache vertreten möchte, darum möchte ich an den Provinziallandtag und vor allen Dingen an alle die Stellen, die mit der Ausarbeitung der Bestimmungen für den freiwilligen Arbeitsdienst zu tun haben, besonders auch an den Herrn Oberpräsidenten, die dringende Bitte richten, sich auch einmal mit der Frage zu beschäftigen, ob die Ausweitung des Personen- und Aufgabentranges nicht dadurch möglich gemacht werden könnte, daß man auch das Privatunternehmen in diesen Prozeß der Be-

schäftigung freiwilliger Arbeiter einschaltet, statt wie bisher den freiwilligen Arbeitsdienst lediglich auf öffentliche Arbeiten abzustellen, wobei landwirtschaftliche Arbeiter jedenfalls nicht vorgebildet werden können. (Beifall bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Vorsitzender Dr. Jares: Das Wort hat Herr Abgeordneter Müller-Mülheim.

Abgeordneter Müller-Mülheim: Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokratische Partei und auch ihre Provinziallandtagsfraktion hat in verantwortungsbewusster zäher Arbeit alle Wege, die gezeigt worden sind, überprüft und einer sachlichen Kritik unterzogen, und stets ist sie bereit gewesen, Wege, die die wirtschaftliche Not und das Elend beheben können, zu gehen. So hat sie auch in sorgfältiger Ueberprüfung die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes einer sachlichen Bearbeitung unterzogen. Da müssen wir schon zum Ausdruck bringen, daß die Auffassung des Herrn Voredners, daß die Ausbildung von Erwerbslosen für die Landwirtschaft nur von Idealismus getragen sein müsse, doch sehr den wirtschaftlichen Notwendigkeiten widerspricht. Eine durchaus wirtschaftliche Notwendigkeit ist es auch, daß man, bevor man an die Ausbildung dieser erwerbslosen Kräfte geht, daran denken müßte, die 245 000 erwerbslosen Landarbeiter (Zuruf des Abgeordneten Pikard: Hört, hört!), die längst einer beruflichen und sachlichen Ausbildung sich unterzogen haben, wieder in den Produktionsprozeß einzureihen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese wirtschaftliche Notwendigkeit dürfen wir nicht übersehen. Hinzu kommt noch, daß, entsprechend diesen 245 000 erwerbslosen Landarbeitern, ungezählte Bauernöhne im Rahmen der Produktionswirtschaft ihrer Familie ihr Brot nicht mehr verdienen können. (Zuruf links: Die müssen nach Rußland gehen!) Deshalb vertreten wir die Auffassung, daß man bei der Durcharbeitung des freiwilligen Arbeitsdienstes sich durchaus auf die Fragen beschränken muß, die zunächst wichtig sind: Dienste mit vorwiegend fürsorgerischem Charakter, Dienste mit vorwiegend volksbildnerischem Charakter finden stets und immer wieder die Unterstützung der Sozialdemokratie. (Zuruf des Abgeordneten Marx: Sehr gut!) Arbeitsdienst zum Zwecke der Helfer- und Führerschulung! Stets wird die Sozialdemokratie bereit sein, hier fördernd mitzuarbeiten. Aber wozu die Sozialdemokratie unter keinen Umständen ihre Hand bieten wird, das ist, daß der neue Arbeitsdienst zur Durchlöcherung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik ausgenutzt wird (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), daß dieser freiwillige Arbeitsdienst zu Arbeiten ausgenutzt wird, die auf dem freien Arbeitsmarkt ausgeschrieben werden müßten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist durchaus eine Verkennung dessen, was die Sozialdemokratie will. So sehr, wie ich noch einmal betone, wir gewillt sind, sachliche Aufbaubarbeit auch in dieser Frage zu leisten (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Abbauarbeit!), so sehr sind wir dafür, daß von vornherein solche Möglichkeiten ausgeschaltet werden.

Wir sind auch dagegen, daß der freiwillige Arbeitsdienst Formen annimmt, wie sie in einem Aufruf des Fridericus-Bundes zum Ausdruck gekommen sind, wonach die ehemaligen Offiziere als Führer des freiwilligen Arbeitsdienstes in Erscheinung treten sollen.